

**Unterrichtung
durch die Bundesregierung**

Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland 2025

35 Jahre: Aufgewachsen in Einheit?

Vorwort

35 Jahre: Aufgewachsen in Einheit?

von Elisabeth Kaiser, Staatsministerin und Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland

Liebe Leserinnen und Leser,

in diesem Jahr feiern wir 35 Jahre Deutsche Einheit. Ost und West wachsen weiter zusammen. Gleichzeitig bleiben die Spuren der Teilung bis heute sichtbar – in Gesellschaft, Politik und Wirtschaft. Zum Jubiläum präsentieren wir neue Perspektiven und lassen diejenigen zu Wort kommen, die damals noch nicht oder gerade erst geboren waren. Junge Menschen aus Ost und West schreiben darüber, was die Deutsche Einheit für sie bedeutet und welche Relevanz die Kategorien „Ost“ und „West“ heute noch haben.

Das betrifft auch mich ganz persönlich. Die Zeit der Wiedervereinigung habe ich nicht bewusst erlebt, doch die Erzählungen meiner Eltern und Großeltern haben mich geprägt. Meine Generation hat ihr gesamtes Bildungs- und Berufsleben im vereinten Deutschland verbracht. Von Anfang an haben wir dieselben Fremdsprachen gelernt und dieselben Bildungszertifikate erworben wie unsere westdeutschen Altersgenossen. Im Fernsehen liefen „DuckTales“, die „Mini Playback Show“ und bald auch MTV. Unsere Kinderzimmer schmückten zunächst „Medizini“- und später „Bravo“-Poster. Das war in Gera sicherlich nicht anders als in Aachen oder München. Später mussten sich die Jungs im Westen wie im Osten dann zwischen Bundeswehr

oder Zivildienst entscheiden. Zum Studium gingen viele von uns an westdeutsche Universitäten oder ins Ausland. Ich selbst bin zum Studium im Osten geblieben und habe auch viele westdeutsche Kommilitoninnen und Kommilitonen kennengelernt. Kein Zweifel, wir Kinder der späten 1980er- und der 1990er sind die erste gesamtdeutsch sozialisierte Generation.

Trotzdem ist „der Osten“ für junge Menschen, die dort aufgewachsen, bis heute weit mehr als eine Himmelsrichtung.

Er ist ein Raum, der Identitäten prägt ...

... und Biografien beeinflusst. Das beschreiben die Autorinnen und Autoren dieses Berichts. Jana Faus und Simon Storks haben dazu geforscht (s. S. 50). Ein Ergebnis lautet: Viele junge Menschen, die aus dem Gebiet der alten Bundesrepublik stammen, können mit der Zuschreibung „westdeutsch“ nichts anfangen – zumal wenn sie an der Küste oder in Alpennähe leben. Demgegenüber identifizieren sich junge Ostdeutsche weit aus häufiger als „Ossis“. Außerdem sind junge

Menschen in Westdeutschland überwiegend der Meinung, es sei nicht länger relevant, ob man aus dem Westen oder dem Osten kommt. Zwei Drittel der Ost-Millennials sagen hingegen, dass das sehr wohl noch eine Rolle spielt.

Dafür gibt es gute Gründe. Denn auch wenn junge Deutsche seit dreieinhalb Jahrzehnten in ein und demselben Land aufwachsen, unterscheiden sich die Rahmenbedingungen dieses Aufwachsens eben doch bis heute in gewichtigen Punkten. Das gilt insbesondere außerhalb der ostdeutschen Metropolen, also in Kleinstädten und ländlichen Regionen. Der Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung zeigt auf, dass in diesen Gegenden die öffentliche Da-seinsvorsorge nicht mehr umfassend gesichert ist, dass die Menschen unterdurchschnittlich wenig verdienen und überdurchschnittlich oft auf Sozialleistungen angewiesen sind. Auch sind die Vermögen im Osten niedriger als im Westen. Hinzu kommt, dass die Alterung der Bevölkerung in den ländlichen Regionen Ostdeutschlands weit vorangeschritten ist. Der Anteil junger Menschen liegt hier weit unter dem Bundesdurchschnitt.

Konkret gesprochen, bedeutet das: Junge Menschen treffen in der ostdeutschen Peripherie nur auf wenige Gleichaltrige. Die soziale Interaktion mit der Peer-Group wird außerhalb der Schulbesuchszeiten immer schwieriger, zumal der ÖPNV nur alle paar Stunden verkehrt. So verlagert sich der Austausch mit Gleichaltrigen weitgehend in den virtuellen Raum. Analoge Freizeitgestaltung findet demgegenüber viel öfter als im Westen innerhalb der Familie statt. Oder auch in Vereinen und Klubs, die dann allerdings ebenfalls von der Eltern- oder GroßelternGeneration geprägt werden.

Oft fehlt also schlicht die kritische Masse an Jugendlichen, die es eigentlich braucht, um sich von den älteren Generationen zu emanzipieren

und vor Ort eigene Ideen und Projekte in die Tat umzusetzen. Wer sich selbst verwirklichen will, verlässt als Erwachsener häufig notgedrungen die ländliche Heimat und sucht ein neues Zuhause in den Metropolen.

Dabei sollten junge Menschen auch auf dem Land Bedingungen vorfinden, die Lust aufs Bleiben machen. Kaum etwas entfacht so starke Bindungskraft wie enge Freundschaften vor Ort. Deshalb benötigen Kinder und Jugendliche mehr Treffpunkte für Begegnung und Austausch mit Gleichaltrigen. Genauso wichtig ist eine ernst gemeinte Jugendbeteiligung. Denn nichts stärkt die Verbundenheit mit der eigenen Kommune nachhaltiger als die Erfahrung, mitreden und mitentscheiden zu dürfen.

Junge Menschen müssen gehört werden

Genau deshalb zeichnet der von mir geförderte Wettbewerb „machen!“ immer auch Projekte in der Kategorie „Junges Engagement“ aus. Mit dem Preisgeld können gemeinnützige Organisationen in ländlichen Regionen Ostdeutschlands kreative Projekte verwirklichen. Die jungen Preisträgerinnen und Preisträger beeindrucken mich sehr. Mit ihrem Engagement bereichern und beleben sie ihre Kommunen. Deswegen ist es mir wichtig, diesen Jugendlichen den Rücken zu stärken. Alle jungen Menschen, die mitmachen und mitgestalten wollen, sollten wir mit offenen Armen empfangen.

Eine Herkunft aus Ostdeutschland bedeutet außerdem überdurchschnittlich oft ein Aufwachsen in Familien mit niedrigem Einkommen und wenig oder gar keinem Vermögen. Das prägt den Lebensweg vieler Ostdeutscher bis weit ins Erwachsenenalter hinein. In heiklen Lebensphasen, wie etwa bei einem Start in die berufliche Selbstständigkeit, beim

Wechsel des Studien- oder Ausbildungsfachs oder bei der Familiengründung, können sich Ostdeutsche viel seltener auf finanzielle Unterstützung durch die Eltern verlassen als Westdeutsche. Auch die Ressource „Vitamin B“ ist im Westen in höherem Maße vorhanden als im Osten. Bis heute sind Führungspositionen in Wirtschaft, Medien, Wissenschaft, Kultur oder Justizwesen überdurchschnittlich häufig mit Westdeutschen besetzt. Selbst im Osten übrigens.

Ich möchte mein Amt als Staatsministerin für Ostdeutschland, das seit dieser Legislaturperiode im Bundesfinanzministerium angesiedelt ist, dazu nutzen, die Angleichung der Lebensverhältnisse weiter voranzubringen.

Herkunft darf nicht über Lebenschancen entscheiden

Wir müssen die Startbedingungen für junge Menschen aus weniger wohlhabenden Elternhäusern weiter verbessern und über neue Möglichkeiten der Vermögensbildung diskutieren. Die geplante Frühstart-Rente ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dies ist übrigens kein rein ostspezifisches Thema. Auch in Westdeutschland gibt es viel zu viele Familien, die trotz täglicher Anstrengungen in einer Armut- und Schuldenfalle stecken. Das dürfen wir nicht hinnehmen.

Ein weiterer Schwerpunkt meiner Arbeit wird die Besetzung von gesellschaftlichen Führungspositionen sein. Hier hat die Bundesregierung in der vergangenen Legislaturperiode einen entscheidenden Schritt unternommen und ein Konzept beschlossen, das den Anteil von Ostdeutschen in Führungspositionen des Bundes maßgeblich erhöhen soll. Damit das Konzept auch in andere Bereiche Strahlkraft entfalten kann, müssen wir das



Elisabeth Kaiser, Staatsministerin und
Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland.
Foto: BMWSB/Henning Schacht

Thema auf der politischen Agenda halten und mit Fakten unterfüttern. Daher erheben wir jährlich die Herkunft der Führungskräfte in der Bundesverwaltung. Ein weiteres Instrument ist der jährliche Elitenmonitor, der Daten in zwölf gesellschaftlichen Sektoren auswertet, Ursachen der Unterrepräsentation erforscht und Handlungsoptionen entwickelt (s. S. 102 ff.).

Auch hier gilt wieder, dass ein gerechter Zugang zu Führungspositionen kein exklusives Ost-Anliegen ist. Wenn es um die Besetzung von Spitzenpositionen geht, müssen auch Frauen, „Arbeiterkinder“, Migrantinnen und Migranten oder Menschen mit Behinderungen besser berücksichtigt werden. Denn ohne Vielfalt in allen Bereichen des öffentlichen Lebens geht der gesellschaftliche Zusammenhalt verloren. Wenn ganze Bevölkerungsgruppen nicht

angemessen repräsentiert sind, wenn ihre Perspektiven und Probleme in den öffentlichen Debatten nicht vorkommen, dann leiden das Vertrauen in unsere Demokratie – und auch das Miteinander. Und ganz nebenbei: Diverse Teams sind oft einfach erfolgreicher.

35 Jahre Deutsche Einheit: Trotz der vielen Herausforderungen hat Ostdeutschland insgesamt eine beeindruckende Entwicklung genommen. Die ostdeutsche Wirtschaft wächst bereits seit Jahren stärker als die westdeutsche. Viele Regionen im Osten haben sich als attraktive Standorte für Forschung, Technologie und Start-ups etabliert. Die Arbeitslosigkeit ist auf niedrigem Niveau, und beim Ausbau erneuerbarer Energien oder der Verkehrsinfrastruktur nimmt Ostdeutschland inzwischen eine Vorreiterrolle ein. Milliardeninvestitionen des Bundes haben hierbei maßgeblich zur positiven Dynamik beigetragen.

Hinzu kommt eine lebendige Kulturlandschaft, die dieses Jahr besonders in der europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz sichtbar wird. Viele der spannendsten literarischen Werke der vergangenen Jahre stammen aus der Feder junger ostdeutscher Autorinnen und Autoren. Einige von ihnen haben an diesem Bericht mitgewirkt.

Diese positive Bilanz der letzten 35 Jahre wird in Ost wie West oft zu wenig gesehen. Höchste Zeit also, dass wir noch selbstbewusster über unsere Errungenschaften sprechen – und zugleich hart daran arbeiten, dass Ostdeutschland weiterhin auf

Erfolgskurs bleibt. Dabei dürfen wir nicht aus dem Blick verlieren, dass es Regionen gibt, die Unterstützung brauchen, um an den positiven Entwicklungen besser zu partizipieren. Damit meine ich vor allem die strukturschwachen und vom demografischen Wandel besonders betroffenen Regionen. Klar ist:

Der ländliche Raum kann auch mit Pfunden wuchern

Etwa mit erneuerbaren Energien, neuen Konzepten zu Daseinsvorsorge und Tourismus. Diese Stärken müssen wir ausbauen und weitere Perspektiven, vor allem auch für junge Menschen, entwickeln.

Genau darum geht es also im Jahr 35 als vereintes Deutschland: die besondere Situation des Ostens angemessen zu würdigen, die erfolgreichen Entwicklungen ebenso wie die großen Herausforderungen. Dafür sucht die junge Generation einen neuen Weg. Hören wir ihr zu, und nehmen wir ihre Sichtweisen als Anstoß, um mit allen Generationen ins Gespräch über die Zukunft unseres gemeinsamen Landes zu kommen.

Mit herzlichen Grüßen

Elisabeth Kaiser

In den nachfolgenden Beiträgen im Teil A werden Schlaglichter gesetzt, wie Friedliche Revolution, Wiedervereinigung, Transformation und die seither vergangenen 35 Jahre Deutschland als Ganzes geformt haben. Für einen differenzierten Blick auf den heutigen Osten und auf das vereinte Deutschland stellen die Autorinnen und Autoren der Generation, die bereits im vereinten Deutschland aufgewachsen ist, ihre individuelle Sicht vor. Die Beiträge und Perspektiven spiegeln dabei nicht die Haltung der Bundesregierung wider.

Zahlreiche im vorliegenden Bericht im Teil B genannte Maßnahmen werden von der Bundesregierung bereits umgesetzt und sind in ihren finanziellen Auswirkungen bereits im Bundeshaushalt 2025 und im geltenden Finanzplan abgebildet. Weitere Maßnahmen stehen, soweit der Bundeshaushalt betroffen ist, unter dem Vorbehalt der Finanzierung und der Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers. Weder die laufenden noch künftige Haushaltsverhandlungen werden durch die Nennung im vorliegenden Bericht präjudiziert. Der von der Verfassung vorgegebenen Zuständigkeit zwischen Bund und Ländern ist Rechnung zu tragen. Auch die Sozialversicherungssysteme werden durch diesen Bericht nicht präjudiziert.

Inhalt

Vorwort	3
Teil A: Deutschland heute	11
<i>Aron Boks Warum fragen junge Menschen heute nach Ost und West? Perspektive 1</i>	12
<i>Marie Eisenmann Warum beziehen sich Menschen, die nach der deutschen Teilung geboren sind, auf Ost und West? Perspektive 2</i>	16
<i>Caspar de Boor Ostbewusstsein und das DDR-Unbewusste</i>	20
<i>Clemens Böckmann Weit weg ist die DDR – Perspektiven auf ein unbekanntes Land</i>	24
<i>Paula Fürstenberg Zum Begriff der Einheit</i>	28
<i>Jakob Springfield Warum Rechtsextremismus (k)ein ostdeutsches Phänomen ist</i>	32
<i>Vanessa Beyer und Lisa Trebs Aufgewachsen in der (K)Einheit – Die ostdeutsche Generation Z als Zuhörerin und Erzählerin</i>	36
Interview mit Bürgermeister Albrecht und Bürgermeisterin Burth über Kommunalpolitik in Ost und West	40
<i>@Wir_in_Ost_und_West – Bericht aus der Praxis eines Social Media Projekts zur deutsch-deutschen Geschichte</i>	46
<i>Jana Faus und Simon Storks Im vereinten Deutschland geboren, noch immer nicht geeint?</i>	48
Fotoserie: Stiller Wandel – Junge Perspektiven aus der östlichsten und westlichsten Region Deutschlands	55

Teil B: Ausgewählte Vorhaben der Bundesregierung in der 21. Legislaturperiode mit Bezug zu aktuellen Herausforderungen in Ostdeutschland	71
Engagement und Ehrenamt in Ostdeutschland? – vielfältig und aktiv!	72
Ungenutztes Fachkräftepotenzial: Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost und West	76
Das Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen	80
Aufbaufortschritt des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation	85
Kulturhauptstadt Chemnitz 2025	88
Kultur- und Erinnerungsförderung in Ostdeutschland	89
Fortschreibung des Bundeskonzepts „Ostdeutsche in Führungspositionen“ in der Bundesverwaltung	92
Teil C: Studien und Datenerhebungen	100
Aktuelle Ergebnisse aus dem Elitenmonitor	102
Ergebnisse aus dem Diversitäts-Survey 2024	108
Deutschland-Monitor 2025: Gesellschaftliche und politische Einstellungen: Kurzbericht „Wie veränderungsbereit ist Deutschland?“.....	112
Literatur	134
Autorinnen und Autoren	135
Impressum	137

Teil A:

Deutschland heute

Warum fragen junge Menschen heute nach Ost und West? Perspektive 1

von Aron Boks

Ich wusste lange Zeit gar nicht, dass ich aus dem Osten komme.

Als ich vor fast zehn Jahren nach Berlin zog, stellte ich mich mit dem Anspruch eines Weltbürgers aus Wernigerode „near Hannover“ vor. Ich bin mehr als 20 Jahre lang mit dem Gedanken aufgewachsen, dass nicht mehr zwischen Ost und West unterschieden werden sollte. Vor ein paar Jahren merkte ich aber, dass das so nicht funktioniert.

Ich bin 1997 geboren und dachte, dass weder ich noch meine Familie mit der DDR und der Diktatur dort in Verbindung stünden. Schließlich redeten wir ja nie darüber. Das änderte sich erst im Dezember vor fünf Jahren, als mir meine Großmutter ein Gemälde von Willi Sitte zeigte. Einem der berühmtesten Maler der DDR, dazu Funktionär, Mitglied im Zentralkomitee der SED und: der „Lieblingsonkel“ meiner Oma. Offenbar hatte die DDR viel mit meiner Familie zu tun gehabt. Und nicht nur das: Während meine Großmutter über ihre Kindheit, Jugend und ihre Arbeit damals sprach, wurde mir klar, dass sie sogar ziemlich gern in der DDR gelebt hatte.

Als ich mit meiner Mutter über ihre Erfahrungen sprach, erfuhr ich von ihrer Zeit im Chor und von den Feiern im Club ihrer Schule und davon, wie toll der Gruppenzusammenhalt war. In der Schule fanden aber auch, wie überall in der DDR, Fahnenappelle statt, im Fach Staatsbürgerkunde wurde den Schülerinnen und Schülern beigebracht, den Sozialismus zu lieben und seine Feinde zu hassen. Im Wehrkundeunterricht lernten alle, wie man sich vor Gegnern schützt.

Meine Mutter erzählte mir von Pionierlagern, in denen sie als kleines Kind die Verteidigung gegen die NATO üben musste. Wo ihr gesagt wurde, dass die Leute aus der Bundesrepublik, aber besonders die Amerikaner, sie im Ernstfall angreifen würden. Und sie erzählte mir, wie sie sich als Kind gefragt hatte, warum sie nicht überallhin reisen könne. Und von der Angst ihres Vaters, der ihr am Abendbrottisch klargemacht hatte, solche Fragen niemals laut zu stellen.

Ich wollte mehr über das Schulsystem erfahren, in dem sie aufgewachsen ist, und fand in den Unterlagen der SED-Kreisleitung von Wernigerode einen Redebeitrag von einem meiner ehemaligen

Lehrer vom Dezember 1989. Er hatte sich für eine „bessere DDR“ eingesetzt, „weil ich vor allem auch um unserer Kinder willen hoffe, dass uns die Vorzüge des Sozialismus erhalten bleiben.“

Eine solche Perspektive war nach der Wende nie Thema bei mir in der Schule. Im Geschichtsunterricht wurden ausschließlich das Einparteiensystem, die Stasi und die Mauertoten behandelt. DDR-Alltag oder persönliche Erfahrungen der Lehrerinnen und Lehrer spielten nie eine Rolle. Wieso schien die DDR in meiner Schulzeit so fern? Schließlich haben meine Lehrerinnen und Lehrer das „Einheitlich Sozialistische Bildungssystem“ nicht nur gelehrt, sondern wurden selbst von ihm erzogen.

„Ich frage mich, was diese Zeit mit dem Jetzt zu tun hat“, sagte ich an einem Abend zu meiner Mutter.

„Wo um alles in der Welt soll da ein Zusammenhang sein?“

„Na in dem, wie dich die DDR geprägt hat ...“

„Ich will doch diesem Scheißsystem nicht noch die Möglichkeit geben, über meine Persönlichkeit zu bestimmen!“

Zu meiner Überraschung übergab mir meine Mutter ein paar Monate später ihre sämtlichen Tagebücher und Briefe, die sie in der Wendezeit geschrieben hatte. Vermutlich hatte sie zunächst so abgeblockt, weil sie sich für mich gewünscht hatte, dass das System, das sie abgelehnt hatte, mich nicht berühren könnte. Doch mit den Tagebüchern wurde sie neben meiner Großmutter zu meiner wichtigsten Quelle, um mehr über die DDR und den Umbruch zu erfahren.

Meine Eltern haben 1990 Abitur gemacht und sind später nach Hannover gezogen. Für sie begann die beste Zeit ihres Lebens, wie sie immer sagen. Als ich allerdings mit ihnen über meine Großeltern sprach, stellte sich heraus, dass die Eltern meiner Mutter damals extreme Existenzangst hatten und in der Familie meines Vaters mehrere Männer arbeitslos wurden. Sein Vater, den ich hauptsächlich still in Erinnerung habe, ging mit 55 in den Vorruhestand.

Wenn ich heute mit anderen Menschen über die DDR spreche, trete ich Erzähllawinen los. Die meisten berichten dann von ihrem Betrieb, von Brigadefeieren und anderen Sachen, die es oft nicht mehr gibt. In manchen dieser Geschichten existiert die DDR sogar ohne Repressionen und Gewalt, dafür mit günstigen Mieten, kostenloser Kinderbetreuung, Vollbeschäftigung und emanzipierten Frauen.



Aron Boks

wurde 1997 in Wernigerode geboren. Er lebt als Schriftsteller und Slam Poet in Berlin und schreibt unter anderem die taz-FUTURZWEI-Kolumne „Stimme meiner Generation“. Nach einem Buch über seinen Urgroßonkel Willi Sitte erschien 2025 sein neues Buch „Starkstromzeit. Vom Leben in einem Staat, den es nicht mehr gibt“.

Wie kann es sein, dass Menschen so unterschiedlich über diese Zeit sprechen?

Als ich mich für Ostdeutschland als Herkunftsstadt zu interessieren beginne, wird das Thema medial für ganz Deutschland immer interessanter. Aus irgendeinem Grund scheinen die Leute hier weniger Lust auf Demokratie zu haben, heißt es, wenn Umfragen zeigen, wie viele Menschen im Osten rechtsextrem wählen. Sie würden sich nicht gesehen und abgehängt fühlen. Irgendwie scheint der Osten anders zu sein.

Immer wieder ist das Gesprächsthema. So auch bei einer Veranstaltungsreihe, die ich im Sommer 2024 gemeinsam mit dem PEN Berlin in 37 verschiedenen Orten in Sachsen, Thüringen und Brandenburg organisiert habe. Als ich an einem Abend nach einer Veranstaltung in Bautzen am Tisch über meine Erfahrungen sprechen wollte, schaute mich ein Gästepaar aus Mainz irritiert an: „Aber das spielt doch für euch junge Leute keine Rolle mehr!“ Und ein Ende 50-jähriger Freund aus Bayern wurde noch etwas direkter:

„Ich kann das auch alles nicht mehr hören! Was hast du denn für ein Problem, Aron? Es betrifft dich doch nicht!“

Vielleicht steckt in dieser Abwehrhaltung, die ich ziemlich oft erlebt habe, eine gewisse Scham, wie die Psychoanalytikerin Annette Simon es in einem Buch über ostdeutsche Identitäten beschreibt. Eine Scham, als Westler so lange nichts vom „Zwillingsbruder“ im Osten mitbekommen zu haben, sich auch nicht wirklich dafür interessiert zu haben und nur vor und nach Landtagswahlen zu merken, dass irgendwie irgend etwas nicht stimmt und selbst die jungen Ossis nicht mit dem Gejammer aufhören.

Ich erinnere mich daran, diese Abwehrmechanismen zu Beginn meines DDR-Interesses auch in mir getragen zu haben, wenn Leute ernsthaft an der Einheit rumnörgeln mussten. Ich fühlte keine Scham damals, vielmehr ein Unbehagen, weil mir viele Unterschiede und Erfahrungen erst nach und nach bewusst wurden – dass Menschen im Osten durchschnittlich weniger verdienen und viel seltener in Führungspositionen sind, dass viele wenig bis gar nichts erben und die Generation vor mir schon in den 90er- und Nullerjahren von ständiger rechtsextremer Gewalt bedroht war.

Davon habe ich zu Hause nichts gehört, wenn von der Zeit nach der Wende gesprochen wurde. Vielleicht gab es in meiner Jugend zwischen dem Nichtreden über die DDR und die Wendezeit und dem westdeutschen Nichtbenennen von Ost und West einen Zusammenhang. Eine Art doppeltes Nichtreden über die DDR.

Heute sage ich jedenfalls bewusst, dass ich aus dem Osten komme und die DDR etwas mit mir zu tun hat. Die Menschen, die mich erzogen, unterrichtet oder mir das Tennis- und Theaterspielen beigebracht haben, haben einen Großteil ihres Lebens in einem komplett anderen System gelebt – und wurden sicher davon geprägt. Es macht also einen Unterschied, ob ich in einem ost- oder westsozialisierten Umfeld aufgewachsen bin oder nicht. Aber was bedeutet das für mich heute?

Ich habe noch keine Antwort darauf gefunden. Aber ich glaube, dass es spannend wäre, wenn sowohl junge Ost- als auch Westdeutsche über die unterschiedlichen Erfahrungen ihrer Familien und ihre gemeinsame Gegenwart sprächen.

Laut einer Untersuchung der Soziologen Steffen Mau, Thomas Lux und Julian Heide nimmt das Bewusstsein für Unterschiede zwischen Ost und

West gegenwärtig bei jungen Westdeutschen ab, während es bei jungen Ostdeutschen zunimmt. Es scheint daher nicht so sinnvoll zu sein, darauf zu warten, dass der Nachwendekinder-Dialog von West beginnt.

Ich habe selbst kaum eine Ahnung, was es bedeutet, seine Wurzeln in der alten Bundesrepublik zu haben. Dafür habe ich eine Menge offener Fragen, die sich an junge Westdeutsche richten, die ich wie die Ostdeutschen auch als Nachwendekinder ansprechen möchte:

Haben sich eure Großeltern mehr vor dem Teufel oder vor den Kommunisten im Osten gefürchtet? Wie haben die Leute im Westen überhaupt ihre Gemeinschaft zusammengehalten ohne Sozialismus und Tauschgesellschaft? Lag das alles an der Kirche? Redet ihr mit euren Eltern und Großeltern über die alte Bundesrepublik, wenn es um die Vergangenheit geht oder gleich über die Nazizeit?

Was bedeutete es für unsere Familienmitglieder, in Staaten aufzuwachsen, die ihre Diktatur durch Antifaschismus legitimiert und ihre Demokratie durch eine Stunde null begonnen haben?

Ich glaube, dass es gut wäre, darüber zu sprechen.

Wir haben vielleicht trotzdem ganz unterschiedliche verinnerlichte Abwehrmechanismen, die wir aus unserer unterschiedlichen Prägung mit uns tragen, aber möglicherweise fällt es uns leichter als unseren Eltern und Großeltern, diese abzubauen. Damit hätten wir als Nachwendekinder, die die Teilung nicht erlebt haben, die Möglichkeit, gemeinsam zu überlegen, was das eigentlich für eine Geschichte über die „Deutsche Einheit“ ist, mit der wir aufgewachsen sind.

Eine, in der eigentlich nur weiße Menschen mit Deutschlandfahnen ab dem Mauerfall glücklich darüber waren, zusammen zu sein, und in der die Kategorien Ost und West der Vergangenheit angehören. Das hatte mir die Schriftstellerin Paula Fürstenberg in einem Gespräch verdeutlicht. Und wieder haben nur Ossis miteinander geredet.

Wenn wir aber als Nachwendekinder aus Ost und West gemeinsam unsere Fragen an die Vergangenheit richten und uns über unsere Familiengeschichten austauschen, wird vielleicht deutlich, dass diese uns erzählte Einheitsgeschichte so nicht ganz aufgeht und anders erzählt werden muss. Vielleicht auch in millionenfach unterschiedlicher Ausführung. Nicht, um Schuld, Scham oder Wut zu verteilen. Sondern um die Gegenwart besser zu verstehen.

Warum beziehen sich Menschen, die nach der deutschen Teilung geboren sind, auf Ost und West? Perspektive 2

von Marie Eisenmann

Es hatte für mich keine Grenze gegeben, als ich das erste Mal in den Osten fuhr. Durchfuhr eigentlich, um vom Bodensee nach Berlin umzuziehen. Mit AnnenMayKantereit im Radio und meiner besten Freundin auf dem Fahrersitz. Wir wunderten uns ein wenig über die Straße, die Betonplattenautobahn, die uns ab Thüringen mehr durchrüttegte, als wir es von Autofahrten in Süddeutschland gewohnt waren. Dass an den Landesgrenzen große Schilder die Überfahrt in die ostdeutschen Bundesländer – erst Thüringen, dann Sachsen, schließlich Brandenburg – ankündigten, interessierte uns wenig. Ich zog nach Ostberlin. Auch das hatte keine Bedeutung für mich. Die Mauer war ohnehin seit 29 Jahren gefallen, wieso hätte ich mir darüber Gedanken machen sollen?

Am zweiten Tag unseres neuen Lebens in Berlin gingen wir zu Fuß von der Humboldt-Universität in Mitte an der ehemaligen Berliner Mauer entlang bis zum Mauerpark in Prenzlauer Berg. Wir überlegten uns, ob wir auf der West- oder Ostseite entlangliefen, wechselten durch die Streben,

mit denen heute der Verlauf der Mauer angedeutet wird, auf die andere Seite. Hin und her, erst West, dann Ost.

In der Schule stand irgendwann ein Zeitzeuge aus der DDR vor meiner Klasse, aber trotzdem schrumpfte das vergangene Land für mich auf wenige Seiten im Geschichtsbuch zusammen. Und verließ es nicht. Ich wunderte mich über meine Eltern, die von den „neuen“ Bundesländern sprachen. Die gleiche Verwunderung, wenn sie in D-Mark umrechneten. Aus den Jahren gekommene, abgelaufene Bezugsgrößen. Ein seltsamer Reflex, am Alten festzuhalten. Das spielt doch keine Rolle mehr, meinte ich. Ärgerte mich manchmal sogar, weil ich dachte, die Kategorien Ost und West würden eine Distanz herstellen, die es nicht mehr gab.

In meiner ersten Woche an der Uni lernte ich jemanden aus Dresden kennen. Wir freundeten uns an. Sie bezeichnete sich als „Ossi“, ein Begriff, von dem ich dachte, dass ihn niemand in unserem

Alter mehr verwendet. Manchmal nannte sie mich und andere von unseren Freunden sogar „Wessi“.

Ein paar Jahre später verliebte ich mich in einen Ostdeutschen, der es aufregend fand, dass ich in der Nähe der Berliner Mauer wohnte, sich aber aufregte, weil es mir nichts bedeutete. Als er das erste Mal meine Familie besuchte, erfuhr ich, dass meine Oma mehrmals in die DDR gereist war, sie sich dort verliebt hatte und beinahe „drüber“ geblieben wäre. Ich erfuhr, wieso meine Mutter eine Brieffreundin in der DDR hatte („das war damals chic“) und dass mein Vater bereute, am 9. November 1989 nicht einfach spontan nach Berlin gefahren zu sein, um den Mauerfall zu feiern. Mein Freund stellte ganz andere Fragen an meine Familie als ich. Fragen, die Geschichten hervorholten, die ich vielleicht nie gehört hätte.

Anders als meine Freundin aus Dresden bezeichnete sich mein Freund nicht nur als „Ossi“, sondern auch als Nachwendekind, um seine Perspektive auf seine ostdeutsche Identität von der älteren Generationen zu unterscheiden. Ende der 90er-Jahre geboren, galt auch ich als „Nachwendekind“. Ich kannte aber niemanden aus Westdeutschland, der sich so bezeichnet hätte. Schließlich hatte sich in westdeutschen Familien durch die Wende wenig verändert, und sie war deswegen selten Thema beim Abendessen.

Plötzlich war dieses Thema aber Teil meines Lebens. Wolfgang Tiefensee, ehemaliger Beauftragter für die neuen Bundesländer, sagte zum 20-jährigen Jubiläum der Deutschen Einheit, dass Ost-West-Paare ein Vorbild für das zusammenwachsende Deutschland seien. Durch meine eigene Ost-West-Beziehung wurde mir zum ersten Mal deutlich, dass mein Freund und ich unterschiedlich geprägt worden sind, obwohl ich dachte, dass das nicht möglich wäre.

Während mein Freund sich Fragen zu seiner (Ost-) Identität stellte, sah ich nur blinde Flecken. Als Literaturwissenschaftsstudentin näherte ich mich der deutschen Geschichte literarisch und las Bücher aus der DDR, als wären sie in einer Fremdsprache geschrieben. Ständig musste ich mir unbekannte Abkürzungen googeln, geschichtliche Ereignisse nachschlagen. Mehr als ein Jahr lang las ich Bücher von Sarah Kirsch, Stefan Heym und Christa Wolf, die eine meiner Lieblingsautorinnen wurde.

Gleichzeitig bemerkte ich, dass ältere Leserinnen und Leser – egal, ob sie aus Ost oder West kamen – sich vor allem an ihrer Rolle in der DDR arbeiteten. Es schien bei ihnen einen Drang zu geben, sich selbst zur DDR positionieren zu müssen, wenn man über Christa Wolfs Bücher sprach. Während sie in der Vergangenheit herumrumstocherten, fühlte sich Christa Wolfs Schreiben über den



Marie Eisenmann

wurde 1999 in Konstanz geboren. 2024 kuratierte sie die literarische Veranstaltungsreihe „Geteilte(r) Meinung“ im Literaturhaus Magdeburg. Derzeit ist sie Co-Host des „Nachwendekindertalks“ im Podcast Mauerecho der taz Panter Stiftung. Sie studiert europäische Literaturen im Master.

Glauben an eine bessere Gesellschaft und das Hadern mit ihrer eigenen Rolle für mich unglaublich aktuell an.

Zeitgleich las ich westdeutsche Literatur von Heinrich Böll, Ingeborg Bachmann und Rolf Dieter Brinkmann, die sich mit ganz anderen Fragen auseinandersetzen. Ich hatte mir nie darüber Gedanken gemacht, dass es in Deutschland vor meiner Geburt nicht nur zwei verschiedene Länder, sondern auch zwei verschiedene Systeme gegeben hatte.

Plötzlich half es mir, mich als Westdeutsche zu sehen, deren eigene Familiengeschichte westdeutsche Motive aufwies: katholische Moralvorstellungen und traditionelle Geschlechterrollen. Einer meiner Verwandten hatte in den 50er-Jahren bei seinen Großeltern aufgewachsen müssen, weil er als uneheliches Kind auf die Welt gekommen war; eine andere war von ihren Schwiegereltern dazu gedrängt worden, ihren Ehemann zu verlassen, weil sie keine Kinder bekommen konnte.

Die Allgegenwärtigkeit von Kreuzen und Gottesdiensten in meiner eigenen Kindheit nahm ich damals hin, ohne sie zu hinterfragen. Für mich war das alles selbstverständlich, bis ich Jahre später begriff, dass im Osten nicht alle getauft waren, nicht alle Schülerinnen und Schüler in den Religionsunterricht mussten.

Ich fuhr jetzt selbst öfter in den Osten. Im vergangenen Jahr begleitete ich den PEN Berlin auf eine Veranstaltungsreihe zum Thema Meinungsfreiheit nach Sachsen, Thüringen und Brandenburg. Kurz vor den Landtagswahlen veranstaltete die Schriftstellervereinigung in den drei Bundesländern Podiumsdiskussionen, bei denen auch das Publikum zu Wort kommen sollte.

Es wurde über den Ukrainekrieg, die Medien und den Osten gestritten. Immer wieder standen

Menschen aus dem Publikum auf, deren Lebensgeschichte fast aus ihnen herausplatzte. So viele Menschen, die von ihren Niederlagen oder ihren Errungenschaften nach der Wende erzählten, um entweder auf die Ungerechtigkeit der Wiedervereinigung hinzuweisen oder Anerkennung für ihre Leistung einzufordern. Manche schienen eigentlich sagen zu wollen: „Jetzt schaut doch endlich hin!“

Die meisten meiner westdeutschen Freundinnen und Freunde machen diese Erfahrung nicht. Ihnen geht es wie mir, sie machen sich erst Gedanken über den Osten, wenn er in den Nachrichten auftaucht. Ein seltsamer Kontrast: so viel Erzähldrang und trotzdem so wenige Geschichten, die es über die Mauer schaffen, die eigentlich gar nicht mehr steht. Die fehlende Auseinandersetzung, der Zwang zum „Das spielt doch alles keine Rolle mehr“ derer, die eigentlich zuhören könnten, wirkt im Gegensatz manchmal gewaltvoll gegenüber den Menschen, die sprechen. Je mehr Geschichten ich über die Zeit höre, desto ignoreranter wirkt die Annahme, dass ein ganzer Systemwechsel in einem Teil des Landes abgehakt sein soll.

Während ich diesen Text schreibe, sitze ich im Zeitungslesesaal der Staatsbibliothek zu Berlin. Hier könnte ich heute nicht sitzen, wäre die Mauer nicht vor mehr als 35 Jahren gefallen. Ich hätte nicht an der Humboldt-Universität studiert, wäre nicht nach Ostberlin gezogen, wäre nicht entspannt am Mauerstreifen spazieren gegangen, wäre vielleicht überhaupt nicht nach Berlin gegangen, dieser westlichen Insel inmitten eines sozialistischen Systems. Ich hätte manche Menschen nie kennengelernt, wäre nicht mit meinem Freund zusammen und würde diesen Text nicht schreiben. Ich bin ein westdeutsches Nachwendekind.

Aber spielt die Kategorie „westdeutsch“ für meine Identität eine Rolle? Nach wie vor entsteht kaum

eine emotionale Regung, wenn ich mich selbst so bezeichne. Sie ist eher eine Hilfskonstruktion, um mich in der Gegenwart zu verorten. Eine Brille, die ich mir aufsetze, um die Umrisse des Jetzt besser zu erkennen. Noch mehr erlaubt sie mir, Fragen zu stellen und zuzuhören. Die Geschichten derer, die von damals erzählen und damit viel über das Heute verraten.

Ostbewusstsein und das DDR-Unbewusste

von Caspar de Boor

Schiefe Töne in der Debatte

Auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung ist die Kakofonie politischer Verweise auf die Zeit der deutsch-deutschen Teilung nicht leiser geworden: Die Journalistin Valerie Schönian fordert für die Generation, die den Mauerfall nicht mehr erlebt hat, ein ausgeprägtes „Ostbewusstsein“. Sie verband dies in ihrem 2020 erschienenen gleichnamigen Buch mit vagen politischen Forderungen, deren Konnex vor allem darin bestand, die DDR-Vergangenheit weniger kritisch zu sehen.

Der Germanist Dirk Oschmann beschreibt das Ost-West-Verhältnis 2022 mit dem Vokabular postkolonialistischer Theorien. Die Comedian Hazel Brugger trägt 2025 im Interview mit Gregor Gysi ein T-Shirt, das mit dem Satz „Ich war noch nie in Westdeutschland“ bedruckt ist.

Auch wenn diese Beiträge, die das Ostbewusstsein und die Kritik an „dem Westen“ forcieren sollen, nicht immer inhaltlich überzeugen mögen, so ist doch der politische Einfluss dieser „seismografischen“ Debatte für die politische Stimmung in Gesamtdeutschland kaum zu unterschätzen.

Populistische Strömungen schlagen ihr politisches Kapital bei der jüngeren Generation dabei nicht nur aus einer privat von Eltern und Großeltern weitergegebenen Erinnerung an die „gute alte Zeit“ in der DDR, sondern aus einem konstruierten „Ostbewusstsein“ der Jetztzeit, das sie politisch auch für die Nachwendegeneration zu nutzen wissen.

Dass dieses Ostbewusstsein konstruiert ist, sieht man daran, wie leichtfertig sich geradezu gegensätzliche politische Positionen darauf stützen können: Die ostdeutsch geprägte FDP-Politikerin Katja Adler warnt vor einer „Rolle rückwärts DDR“ und benutzt dabei die DDR-Zeit als Schablone für gegenwärtige gesellschaftliche Debatten. Dies tut die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht aber genauso, wenn sie eine aus ihrer Sicht eingeengte Meinungsfreiheit der Jetztzeit mit der DDR-Zensur in ihrer Vergangenheit vergleicht.

Zugleich wird oft positiv auf ein gegenwärtiges Ostbewusstsein rekurriert, teilweise mit nostalgischen Verweisen auf die Zeit vor 1990, welche die jungen Adressatinnen und Adressaten dieser Nostalgie nicht mehr selbst erlebt haben. Als ein momentan in den Umfragen erfolgreiches Beispiel mag der AfD-Politiker Björn Höcke dienen,

der vor einer Rückkehr in die DDR-Diktatur zwar warnt, zugleich aber einige Vorteile der ostdeutschen Vergangenheit beschwört: „Simson statt Lastenfahrrad“.

Persönliche Erfahrungen

Als ostdeutsches Nachwendekind aus Mecklenburg musste ich die schiefe Debatte über das konstruierte Ostbewusstsein am eigenen Leib erfahren. Während meines Studiums in Leipzig wurde mir meine Ostidentität abgesprochen, weil ich keinen sächsischen Dialekt sprach. Studierende gingen davon aus, dass ich nicht „ostdeutsch“ sei, weil ich es, anders als sie, nicht sofort erwähnte. Ausgerechnet westdeutsche Studierende reklamierte die ostdeutsche Identität aber für sich, z. B. in der Gruppierung „Aufbruch Ost“. Offensichtlich kann man in der Gen Z eine ostdeutsche Identität mühelos auch als im Westen sozialisierter Mensch annehmen.

Die Jahre, die ich in Westdeutschland verbrachte, waren anders: Kommilitoninnen und Kommilitonen lösten durch ihren betrunkenen Gesang der Internationalen ein Störgefühl in mir aus, weil sie ignorierten, dass dieses Lied für mich mit dem DDR-Regime und seiner Ideologie kontaminiert ist. Rechtsextreme Strömungen wurden mir gegenüber noch vor wenigen Jahren als ein vor

allem „ostdeutsches“ Problem verkauft. Und ehemalige Klassenkameradinnen und -kameraden, die in Westdeutschland leben, thematisieren ihr Ostbewusstsein so selten, dass es geradezu im umgekehrten proportionalen Verhältnis zu der Häufigkeit steht, mit der westdeutsche Studierende in Leipzig sich auf dieses berufen.

Seit einigen Jahren lebe ich in Schleswig-Holstein. Ich arbeite als Pastor für die evangelisch-lutherische Nordkirche. Diese Nordkirche ist eine der wenigen größeren Institutionen, die auf ihrem Gebiet Ost- und Westdeutschland umfassen.

Für mich als – zumindest den biografischen Stationen nach – „Ost-West-Ost-West-Deutscher“ war das einer der Gründe, mich dort zu bewerben. Bei meinen gleichaltrigen Kolleginnen und Kollegen im westdeutschen Teil der Nordkirche erlebe ich das anders: Entweder wird von vornherein ausgeschlossen, in den „Osten“ zu gehen. Oder es wird ignoriert, dass die Unterschiede zwischen den Gebieten selbst in ihrer fusionierten Form weiterhin von Bedeutung sein könnten.



Caspar de Boor

Caspar de Boor (*1994) wuchs in Mecklenburg auf. Er studierte in Göttingen, Strasbourg und Leipzig Theologie. Er arbeitet als Pastor in Heiligenhafen (SH). Er ist Mitglied bei Aktion Sühnezeichen Friedensdienste und veröffentlichte mehrere Essays für die Deutsche Gesellschaft e. V.

Das „DDR-Unbewusstsein“

Ich möchte deswegen von einem regelrechten „DDR-Unbewusstsein“ sprechen: Wird in den neuen Bundesländern das Ostbewusstsein zwar fleißig konstruiert, wird die Wichtigkeit der DDR-Geschichte oft ignoriert. Dies macht es den Generationen, die keine Zeitzeuginnen und -zeugen sind, noch schwerer, davon zu erfahren.

Von meinem jetzigen Tätigkeitsort in Ostholstein kenne ich viele Beispiele: Der Klaustorfer Turm war einst Überwachungsstützpunkt im Kalten Krieg. Heute ist er eine touristische Aussichtsplattform. Auf dem Zeltplatz Wulfener Hals auf der Insel Fehmarn landete 1988 eine Flüchtlingsfamilie aus der DDR mit einem Schlauchboot an. Heute bucht man sich dort einen Golfkurs oder geht surfen.

Erst in den Familiengeschichten, die mir als Pastor persönlich erzählt werden, zeigt sich unter der sichtbaren schleswig-holsteinischen Identität bisweilen eine durch die DDR oder durch die Teilung geprägte Biografie, die aber ins kollektiv Unbewusste verschoben ist: Migration und zerrissene Familien, Gefahren des Kalten Kriegs oder Durchsuchungen an der Grenze bestimmten die Lebensgeschichten vor 1990.

Von solch einem „DDR-Unbewusstsein“ kann man selbst in Ostdeutschland sprechen. Denn wenn dort eine nostalgische Identität konstruiert werden soll, geht es viel zu selten um eine tatsächliche Erinnerung an die DDR-Geschichte. Literarische Ausnahmen bilden die Regel: Ines Geipel schreibt über ihren Bruder, Anne Rabe über gewaltvolle Pädagogik. Bettina Wilpert stürzt sich in Recherchen zu DDR-Jugendheimen, Lutz Seiler widmet sich den Ostseefluchten.

Die Themen, die bei der Aufarbeitung der unbewussten DDR-Geschichte auftauchen, zeigen dabei

ihre eigentliche Brisanz für die Jetztzeit. Dass Migration kein neues, sondern ein altes, weitverbreitetes Phänomen ist, genauso wie die schwend-schwelende Kriegsgefahr, muss immer wieder ins Bewusstsein gebracht werden, damit aus hitzigen nüchterne Debatten werden können.

Die Aufgabe, die Zeit der DDR aufzuarbeiten, ist eine Aufgabe politischer Bildung. Gerade in meiner Generation, die keine direkten biografischen Erinnerungen an die Zeit des Kalten Kriegs mehr hat, muss die Realität der Vergangenheit studiert werden, um nicht in unrealistische, konstruierte Identitäten abzurutschen, die diesen politischen Realitätssinn längst verloren haben.

Dies gilt umso mehr, weil die Rede vom „Unbewussten“ impliziert, dass sich ansonsten die Spuren der Vergangenheit in den Nachwendegenerationen anders Bahn brechen könnten: in „Ostdeutschland“, indem man sich dort von den gesellschaftlichen, demokratisch-offenen Debatten in eine Parallelwelt abkapselt, in der die wichtigsten Probleme Lastenräder darstellen sollen oder Menschen das Grundrecht zur Flucht verwehrt wird, von dem doch so viele ostdeutsche Menschen einst profitiert haben. In „Westdeutschland“, indem dort die seismografischen Schwingungen nicht wahrgenommen werden, die auf die erdbeben-gleichen Gefahren hinweisen, mit der unser gemeinschaftliches Zusammenleben bedroht ist.

„Säkularisierte“ Gesellschaften

Von dorther, wo die Jugendweihe statt der Konfirmation den Standard bildet, kostete es mich einige Überwindung, das Theologiestudium zu beginnen. Wie in der politischen Debatte ist „der Osten“ nämlich auch für die religiöse Entwicklung Seismograf: Die Säkularisierung ist in Mecklenburg-Vorpommern deutlich weiter fortgeschritten als in Schleswig-Holstein. Doch Westdeutschland holt auf.

Könnte es etwa sein, dass die ausbleibenden Lerneffekte in Sachen Religiosität und Politik miteinander zusammenhängen? Die Parallele ist verblüffend: Der Wegfall von religiöser Bindung findet parallel zum Wegfall der Bedeutung gesellschaftlicher Öffentlichkeit statt, die wiederum erhitzte und populistische Debatten begünstigt. Und in beiden Fällen ist genau dieser Prozess in dem Gebiet der ehemaligen DDR durch die geschichtlichen Bedingungen weiter fortgeschritten, aber dennoch vergleichbar.

An meinem jetzigen Arbeitsort in Heiligenhafen gibt es z. B. mehrere aktive Vereine. Eine solche lebendige Vereinsstruktur ist mir aus Mecklenburg unbekannt. Anfang Juni 2025 war ich zum „Gildefest“ eingeladen: Nach einer Rede gegen Radikalisierung, Rassismus und Realitätsverlust wurde erst die Deutschland-, dann die Schleswig-Holstein-Hymne angestimmt. Obwohl ich weder schleswig-holsteinisch noch patriotisch gesinnt bin, berührte mich dieser Versuch, Beheimatung und „Einwurzelung“ bei gleichzeitiger Wahrung des offenen Gemeinsinns herzustellen.

Doch die „Gilde“ hat, wie viele andere Vereine und die Kirche, ein Problem, weiter relevant zu bleiben. Egal, was man von ihrem Traditionalismus hält: Durch diese Entwicklung, diese „Säkularisierung“ könnte eine Gesellschaft entstehen, in der eine gemeinschaftsstiftende Öffentlichkeit vor Ort nicht mehr existiert. In der DDR wurde der Versuch unternommen, diese ganz bewusst zu zerstören, um den Zentralismus und die Eingriffsmöglichkeit des Staates zu stützen. Heute verfällt sie von ganz allein.

Der Bewusstwerdung von Geschichte, also eine Reflexion über den je eigenen Standort und die bürgerliche Verantwortung angesichts all der Herausforderungen im Großen und Kleinen, wird nicht über die Konstruktion eines Ostbewusstseins begegnet werden können. Doch die Bewusstmachung der DDR-Geschichte als eine lokale und regionale politische Bildungsaufgabe könnte den gemeinschaftsstiftenden Realitätssinn schaffen, dessen unsere Gesellschaft dringend bedarf. Oder, um es auf eine Formel zu bringen: Es geht um Bewusstwerdung von Geschichte und Identität statt konstruiertem Ostbewusstsein.

Weit weg ist die DDR – Perspektiven auf ein unbekanntes Land

von Clemens Böckmann

Vor mir auf dem Tisch liegt ein vier Wochen altes Baby. Es hat zwei Arme und zwei Beine, kann noch nicht wirklich gucken. Liegen, Trinken und Verdauen sind große, kaum zu bewältigende Aufgaben. Gerade ist das Kind voll und ganz damit beschäftigt, die Wirkung der Schwerkraft zu erfahren. Dass Dinge und Menschen auch weiterhin existieren, wenn es sie nicht mehr sehen kann, weiß dieses Kind noch nicht. Die Wirklichkeit ist das Unmittelbare. Von der DDR hat dieses Kind noch nicht einmal gehört.

Und doch ist die Vergangenheit immer schon da. Obwohl das Kind auf dem Gebiet der ehemaligen DDR geboren wurde, sind keinerlei offensichtliche Spuren der Geschichte an ihm zu finden. Langsam und Stück für Stück jedoch werden sich die unterschiedlichsten Ebenen der Geschichte auch in diesen Menschen unsichtbar einarbeiten. Die DDR, ein vergangener Staat, ist 35 Jahre nach ihrem Ende noch immer weit mehr als nur eine Erzählung. Das ist eine der wesentlichen Erfahrungen, die auch dieses Kind in seinem Leben machen wird. Das Wissen über die Geschichte wird ihm helfen, die Gegenwart besser zu verstehen und

Handlungsmöglichkeiten für die Zukunft zu entwickeln. Im Umgang mit den Menschen in seiner näheren und weiteren Umgebung wird ihm das Wissen über die Geschichte helfen. Es wird die Interaktionen nicht reibungsloser, einfacher oder unkomplizierter machen. Doch je mehr Wissen auch dieses Kind anhäuft über eine – dann gemeinsam geteilte – Geschichte, desto sorgsamer kann es das eigene Handeln reflektieren, Gesten, Gedanken und Ausdrücke seiner Umgebung einordnen und bewerten.

1989, während ich als Baby auf einem Teppich in Nordrhein-Westfalen das Krabbeln lernte, zwang der Protest weiter Teile der DDR-Bevölkerung die Regierung des Landes, die Grenzen zu öffnen. Grundlegende Veränderungen der gesellschaftlichen Verhältnisse sollten darauf folgen. Während im Osten Deutschlands ein Jahrzehnt beispielloser Umbrüche begann, hatten die Ereignisse auf meine Wirklichkeit kaum Einfluss. Es waren mediale Beobachtungen, in Fernsehen, Zeitung oder Radio, die nur bedingt bis in die eigene Wirklichkeit vordrangen. In den Familien im Westen blieb die Auflösung der

DDR daher oftmals unerzählt. Sofern es keine eigenen oder biografischen Bezüge zur DDR gab, war diese für viele in Westdeutschland ein Nicht-Ort. Selbst in meiner Schulzeit in Nordwestdeutschland tauchte die DDR höchstens als Randerscheinung auf: Als peripherer Bereich der Geschichte markiert, war man in der alten Bundesrepublik gewillt, das 20. Jahrhundert als vereinigtes Deutschland abzuschließen. Erzählungen zur DDR hätten immer auch Fragen zu den Ursachen für die Teilung Deutschlands und dem Versuch einer anderen Form der Gesellschaft aufgeworfen. Gerade auch die Umbrüche von 1989/90 zu thematisieren, hätte eines hohen Maßes an Differenzierung bedurft. Notwendigerweise wäre es dabei auch um die selbtkritische Hinterfragung der eigenen Rolle gegangen. So jedoch blieb die DDR lange Zeit auch für mich unbesetzt, eine große, unbekannte freie Fläche jenseits des eigenen Horizonts – Zuschreibungen, die grundsätzlich mein Interesse und meine Neugier wecken, nicht selten aber auch getragen werden von Projektionen und fehlerhaften Vorannahmen.

Für viele Menschen in den neuen Bundesländern blieb in der folgenden Zeit die DDR als Ort der eigenen Kindheit und Jugend positiv besetzt. Einige hielten sie weiterhin als politische Utopie hoch, als vorgeblümtes Gegenmodell zum nationalsozialistischen Deutschland und zur kapitalistischen Bundesrepublik. Andere sahen in ihr ein weiteres

Schreckgespenst des 20. Jahrhunderts. Egal, welche Erfahrungen die Menschen mit ihr bis heute verbinden, bleibt die DDR in beiden Teilen der Republik Referenz-, Projektions- und Reibungsfläche. Ob in der Architektur, in Rollenbildern, in der Verteilung von Vermögen oder der Verbreitung von Vereinen: Die DDR und ihre Nachwirkungen prägen bis heute fast alle Bereiche unserer Gesellschaft. Die Ambivalenzen, Widersprüche und Vielfältigkeit sind enorm – vorausgesetzt, man war und ist gewillt, diese zu sehen.

Wie von der DDR erzählen

Bei Lesungen aus meinem Roman „Was du kriegen kannst“ wurde ich im vergangenen Jahr häufig gefragt, warum ich mich für das Thema DDR entschieden habe. Ich hatte mich vor der Arbeit an dem Roman wenig mit der DDR beschäftigt. Es war mehr Zufall, dass mir die Geschichte einer Sexarbeiterin im Auftrag der Staatssicherheit zugeschrieben wurde. Je mehr ich mich mit dieser Figur beschäftigte, desto mehr bemerkte ich meine eigenen Leerstellen, Wissenslücken, Vorurteile und Projektionen. Plötzlich war ich auf eine Figur aufmerksam geworden, die es mir ermöglichte, unterschiedliche Zugänge zur Geschichte und ihren Folgen zu finden. Dabei spannte sich der Bogen von einer kommunistisch geprägten Familiengeschichte im Erzgebirge über den



Clemens Böckmann

ist Autor, Herausgeber und Filmemacher. 2024 erschien sein Roman „Was du kriegen kannst“, 2025 das Buch „Aus Fassungslosigkeit – Thomas Harlans Täterliteratur“. Im kommenden Jahr erscheint seine Recherche „Das richtige Leben des Alvaro Maderholz“.

Aufbruch und die Sehnsüchte einer jungen Frau in kleinbürgerlichen Verhältnissen hin zu einer Figur, die gefangen ist zwischen Staatssicherheit und Alkoholmissbrauch.

Schließlich begann ich an dem Text zu arbeiten. Ein autobiografischer Zugang war mir durch Geburtsort und -zeit verwehrt. Würde ich jedoch immer nur davon erzählen, was ich selbst erlebt habe, bliebe mein Wortschatz klein und meine Vorstellungen von der Welt erdrückend eng. Als Kind der späten 1980er-Jahre musste ich mir die Welt der 1960er- und 1970er-Jahre – nicht nur im Erzgebirge – lesend erschließen. Es war mein Glück, dass viele Menschen bereit waren, mir ihre Erfahrungen dieser Jahre zu schildern. Vor Ort auch die Menschen nach ihren Lebenserinnerungen und den Bedeutungen der Ortschaften zu befragen, war Türöffner und Last zugleich. Egal, wie meine Erzählung am Ende strukturiert sein würde, die Erinnerungen meiner Gesprächspartnerinnen und Gesprächspartner würden darin verzerrt erscheinen. Meine Erzählungen würden die Ortschaften in jedem Fall umarbeiten und nicht für jede oder jeden wiedererkennbar werden lassen. Die erzählte DDR des Buches würde keinen Ersatz anbieten können für einen untergegangenen Staat, verloren gegangene Orte der Kindheit oder gar rechtsstaatliche Entschädigung. Ich konnte und musste also die Gegenwart und die Bearbeitung von Erinnerung und Geschichte zum Thema das Buches machen. Die Figuren im Roman tauschen sich darüber aus, wie sie mit ihren Geschichten umgehen wollen, welche Erwartungen sie haben und wo Erzählungen instrumentalisiert werden für eigene Bedürfnisse. Verkaufte die Hauptfigur ehemals ihre Beobachtungen und Erlebnisse an die Stasi, ist es im Roman der Ich-Erzähler, der sein Interesse an den aufregenden Geschichten der Prostituierten der Stasi geltend macht. Wie weit Geschichte(n), Erfahrungen und Erlebnisse ausgeschlachtet, ausgestellt

oder emphatisch beschrieben werden können, blieb immerzu Herausforderung beim Schreiben des Romans. Vergangenheit und Gegenwart waren hier nie voneinander zu trennende Einheiten. So arbeitete ich mich an den unterschiedlichen Ebenen der Zeit und ihren Verschränkungen ab.

Je länger ich am Roman schrieb, desto mehr wurde mir bewusst, wie weit die Geschichte reicht und wie sie ganz unmittelbar meine Wirklichkeit tangiert. Gleichzeitig war mein Blick auf die Ereignisse und Geschichten anfänglich ein distanzierter. Ich musste mir die Nähe zur Geschichte erarbeiten. Dabei spielten natürlich meine Erfahrungen, Prägungen und (Un-)Wissen(-heiten) eine Rolle. Die Distanz machte aber immer wieder auch Möglichkeiten zum Perspektivwechsel auf. „Vielleicht“, sagte eine meiner Gesprächspartnerinnen, „hat eben dieser zeitliche Abstand es erst möglich gemacht, über die Dinge so zu schreiben und zu sprechen.“ Damit, so erklärte sie weiter, wäre eine Offenheit erreicht, die es möglich machte, sensibel, aber ehrlich über die Ereignisse und ihre Wirkungen zu sprechen. Am Ende ist mit „Was du kriegen kannst“ ein Buch entstanden, das eine junge Frau durch die DDR begleitet. Nicht ein moralisches Werturteil aus sicherer Distanz sollte dieses Buch werden, sondern die emphatische Annäherung an eine ambivalente Figur, die in den Widersprüchen ihrer Gegenwart unterschiedliche Wege sucht. Nicht die Aburteilung als Täterin oder Opfer sollte das Ergebnis sein, sondern der Versuch, auch komplexe Erzählungen aushalten zu können.

Das wäre die Grundlage eines gemeinsamen Erinnerns: ein wertschätzender Umgang miteinander, um auch Worte und Sprache zu finden für die unangenehmen und schwierigen Stellen. Das Buch kann im besten Fall Teil einer gemeinsamen Erzählung der DDR werden. Es kann nicht andere Erzählungen ersetzen.

Mittlerweile bin ich Mitte 30. Aus dem krabbelnden Baby von 1989 ist ein erwachsener Mann geworden. Meine Wirklichkeit ist nicht mehr nur das Unmittelbare, sondern die Kontinuität unterschiedlichster Beziehungen und die Vielfalt diverser Erfahrungswelten. Längst wächst die zweite Generation nach dem Ende der DDR auf. Stärker noch als zuvor stellt sich für sie die Frage nach der Auseinandersetzung mit deren Geschichte. Immer häufiger entdecken junge Leute den Osten als ausschließenden Identitätsmarker. Völkische und antidemokratische Kräfte haben in den neuen Bundesländern ungebremst starken Zuwachs. Das Wissen über die DDR und ihre Kontinuitäten verblasst. Gleichzeitig scheinen Prägungsmuster ungebrochen durch. In vielen Familien durchkreuzen sich mittlerweile die Erfahrungen von Ost und West. Die DDR nicht zu erzählen, ist auch für die Zukunft unvorstellbar. Vielmehr gilt es, die DDR zu erzählen als einen integralen Bestandteil eines gemeinsamen Erfahrungshorizonts und einer gemeinsamen Zukunft. Dies bleibt Aufgabe dieser und kommender Generationen.

Zum Begriff der Einheit

von Paula Fürstenberg

Wir brauchen die Einheit nicht

Dieser Gedanke begleitet mich schon seit 2017, ganze acht Jahre. Es ist ein unerhörter Gedanke, denn dass Ost und West zu einer Einheit zusammenwachsen sollen, ist, seit ich denken kann, eine unwidersprochene gesellschaftliche Zielsetzung. Ich bin 1987 in Potsdam geboren, im Nachwendeosten aufgewachsen und vom Glauben an die sogenannte innere Einheit abgefallen, ich bin eine verblühte Landschaft.

Wenn ich sage, dass wir die Einheit nicht brauchen, dann meine ich ausdrücklich nicht die politische Einheit, also die schlichte Tatsache, dass die zwei deutschen Staaten, die es bis 1990 gab, jetzt ein Staat sind. Die politische Einheit ist vollzogen, und ich kenne niemanden, der das rückgängig machen möchte. Es gibt einzelne Ostdeutsche, insbesondere der älteren Generationen, die trotz allem überzeugte Sozialistinnen oder Sozialisten geblieben sind, aber selbst die wollen den Sozialismus nicht in Form der SED-Diktatur zurück. Es gibt auch vereinzelte Westdeutsche, bei denen ich mir nicht sicher bin, ob sie insgeheim ihre alte Bundesrepublik lieber wieder für sich allein hätten, aber auch die haben das so nie laut gesagt. Die einzige, die je die politische Forderung erhoben hat, die Mauer wieder aufzubauen, ist die Satirepartei Die Partei. Angeichts dessen ist es absurd, wie oft ich beteuern

muss, dass ich die DDR nicht zurückwill. Aber auch Phantomschmerzen sind echte Schmerzen, also schreibe ich es hier lieber noch mal hin: Ich will die DDR auf keinen Fall zurück.

Seit zehn Jahren spreche und schreibe ich über den Osten, aber mir kommen die Worte abhängen. Eins nach dem anderen erscheinen sie mir plötzlich fragwürdig.

1 Innere Einheit

Wenn ich sage, dass wir die Einheit nicht brauchen, dann meine ich die sogenannte innere Einheit – die mentale, geistige, emotionale Seite der Einheit, das angestrebte Zusammengehörigkeitsgefühl. Ich halte die innere Einheit für ein Phantom, die Soziologinnen Sandra Matthäus und Daniel Kubiak nennen es die Einheitsfiktion: „Gemeint ist damit die Vorstellung, dass der politischen Einheit eine kulturelle Einheitlichkeit entspricht und entsprechen muss.“ 2017 sagte die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky: „Die innere Einheit kommt nicht von heute auf morgen, aber sie kommt.“ Ich bin anderer Meinung. Die innere Einheit kommt nicht, und wir brauchen sie auch nicht. Das Problem liegt im Wort selbst: Einheit ist zu eng verwandt mit Einheitlichkeit, Einigkeit und Homogenität.

Die numerische erste Silbe passt nicht zu dem Land, in dem wir leben. Die ganze Idee ist innerhalb einer pluralistischen Gesellschaft hinfällig.

2 Einheitstaumel

Am 3. Oktober 1990 sind beim Festakt am Brandenburger Tor zwischen vielen Deutschlandfahnen auch etliche Reichsflaggen zu sehen, und in der Nacht prügeln sich 1.500 Neonazis durchs frisch vereinte Deutschland. Angegriffen werden Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter, Menschen of Colour, Linke und Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer. Die Einheit ist der Startschuss für eine Eskalation rechter Gewalt, die jene Jahre prägt, in denen ich aufwachse. Für manche verläuft die friedliche Revolution in den ihr folgenden Baseballschlägerjahren also gar nicht so friedlich, wie es der Begriff nahelegt. Es ist auch eine Geschichte des Versagens von Polizei und Justiz, die die Bedrohten nicht schützen, während sie die Nazis oft gewähren und straffrei davonkommen lassen. Das Nichteingreifen der Ordnungskräfte ist im Herbst 1989 ein großes Glück und danach eine andauernde Schande. Und der 3. Oktober bleibt ein gefährliches Datum für alle, die rechter Gewalt ausgesetzt sind. Die Angriffe werden als Einzelfälle betrachtet, die im

Einheitstaumel passiert seien. Taumel bedeutet laut Duden a) Schwindel(-gefühl); b) rauschhafter Gemütszustand, innere Erregung, Begeisterung, Überschwang. Die gute Stimmung möchte man sich nicht von den Nazis ruinieren lassen, die also lediglich etwas einheitsduselig sind. Ganz nach dem Motto: Im Rausch der Deutschen Einheit kann einem schon mal eine rechte Parole aus dem Mund oder ein Baseballschläger in die Hand rutschen. Der Politiker Klaus Landowsky beschreibt die 90er als euphorische Entwicklung in einer patriotischen Stimmung. Und er sagt auch, wer nicht mitgemeint war: „Natürlich gab es Prioritäten. Die patriotische Aufgabe war: Integration des Ostens, nicht die der zugewanderten Arbeitnehmer.“ Es war von Anfang an klar, wer von der Einheitsparty ausgeladen ist.

3 Wiedervereinigung

Was ist mit wieder eigentlich gemeint, an welche historische Wirklichkeit knüpft es an? Auch wenn damit auf Bismarcks deutsche Einigung angespielt werden sollte, auch wenn es anders gemeint war: Das Wort ruft auch den Faschismus als Epoche direkt vor der deutschen Teilung auf. Deshalb entscheide ich, nur noch von Vereinigung zu sprechen. Ich streiche das wieder, weil es mir zuwider ist.



Paula Fürstenberg,

geboren 1987 in Potsdam, ist Schriftstellerin und beschäftigt sich in ihrer Arbeit mit der Nachwendegeneration und ihrer Ost-Sozialisierung. Ihre Romane „Familie der geflügelten Tiger“ (2016) und „Weltalltage“ (2024) erschienen im Kölner Verlag Kiepenheuer & Witsch. Sie lebt in Berlin.

4 Einheitssprache

Und dann beschwert sich eine Frau im Publikum, dass die Moderatorin von den neuen Bundesländern spricht, sie fragt: Wie lange sollen wir noch die Neuen sein? Die Moderatorin erklärt sich, sie wolle nicht von dem Osten im Singular sprechen, als seien die Ostdeutschen eine homogene Gruppe, und die neuen Bundesländer seien immerhin ein Plural. Ich finde, dass beide recht haben, und überlege, ob Ostdeutschland eine Lösung sein könnte. Aber dann fällt mir ein, dass die Rechten es geschafft haben, Ostdeutschland zur Chiffre für Rechtsextremismus zu machen. „Ost-, Ost-, Ostdeutschland“, grölten sie im Fußballstadion. Sie kleben es in Fraktur auf ihre Autos und tätowieren es in ihre Nacken. Weil das von allen Varianten die schlechteste wäre, lasse ich die Moderatorin und die Frau im Publikum allein mit dem Problem und sage nichts. Uns fehlen die Worte, wir bekommen nicht mal eine unproblematische geografische Bestimmung hin.

5 Endlich wieder homogen

Im „Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland“ steht in allen Auflagen von 1992 bis 2005 im Artikel zur Wiedervereinigung Folgendes: „Wahrscheinlich braucht es eine ganze Generation, bis Deutschland wieder eine vergleichsweise homogene staatsbürgerliche Gesellschaft sein wird.“ Wieder. Homogen. Könnte es sein, dass das mit der Deutschen Einheit genau so gemeint war? Schon in ihrer Geburtsstunde hat sie völkisch-homogene Phantasien beflügelt, als sich die Lösung von „Wir sind das Volk“ zu „Wir sind ein Volk“ verschob. Und das wird immer weiter festgeschrieben, wenn Forsa allherbstlich fragt, ob die Deutschen denn nun zu einem Volk zusammengewachsen sind. Was, wenn das alles nicht bedauernswerter Beiwuchs, sondern im Kern der gängigen Worte

angelegt war? Dann habe auch ich, Jugend in linken Subkulturen hin oder her, den Kern dieser Worte jahrzehntelang ausgepflanzt. Dann pflanzen alle, die die Worte in den Mund nehmen, diesen Kern immer weiter aus.

6 Deutsche Einheit

Die Deutsche Einheit ist als vieles erzählt worden. In den allherbstlichen Reden zu den Jubiläen von Mauerfall und Einheit ist sie eine Erfolgsgeschichte, in der der Kalte Krieg friedlich beendet wird und die Demokratie über die Diktatur siegt. In den Erzählungen der damaligen Erwerbsbevölkerung ist sie eine Geschichte der sozialen Abstiege, die im Jobcenter spielt. In den Erzählungen der damals Jüngeren ist sie eine Geschichte der so gewonnenen wie zerronnenen Freiräume, die auf Brachen, in Techno-Kellern und besetzten Häusern spielt und die entweder mit Räumung oder mit Mietvertrag und Brandschutzauflagen endet. In den Erzählungen von Westdeutschen ist sie ein ewiges Fragezeichen, wieso die Ostdeutschen trotz Asphaltierung ihrer Innenstädte so unzufrieden sind. Aber jetzt ist 2025, eine rechtsextreme Partei ist stärkste Kraft in allen fünf ostdeutschen Flächenländern und bundesweit auf Platz zwei. Die Zahlen rechter Gewalt steigen stetig. Von hier sieht es so aus, als wäre die vereinte Bundesrepublik der dritte gescheiterte Versuch, nach dem Nationalsozialismus einen antifaschistischen Staat einzurichten, der diesen Namen verdient. Von hier sieht es so aus, als wäre es Zeit, die Deutsche Einheit als das zu erzählen, was sie eben auch ist: eine Geschichte des Wiedererstarkens des Faschismus in Deutschland. Und es ist mir wirklich egal, wie gut unsere Gründe dafür sind, dass es so weit kommen konnte. Als verblühte Landschaft interessiere ich mich nicht für Rechtfertigungen. Es geht darum, ein fundamentales Scheitern anzuerkennen. Es geht darum, eine verpasste Chance zu betrauern. Denn wir hätten es Einigung, Vereinigung oder Neuvereinigung nennen können,

aber wir nannten es Wiedervereinigung. Wir hätten es Deutsche Vielfalt nennen können, aber wir nannten es Deutsche Einheit. Forsa könnte jeden Herbst fragen, wie es um die 1989 errungene Demokratie steht, aber Forsa fragt jeden Herbst, ob wir zu einem Volk zusammengewachsen sind. Steffen Mau schreibt, es kam zu einer „Unternutzung des demokratischen Potenzials der friedlichen Protestbewegung“ und zu einer „Übernutzung des nationalen Potenzials“. Wegen dieses nationalistischen, völkischen und letztlich rechtsextremen Potenzials in den Worten verschlägt es mir die Sprache. Rechte Gruppierungen haben es verdammt leicht, die Erinnerung an 1989/90 für ihre Zwecke zu beanspruchen. Und all dem haben wir, die wir für eine demokratische und pluralistische Gesellschaft einstehen, nicht mal wehrhafte Worte entgegenzusetzen.

Das Scheitern anzuerkennen, ist deprimierend, aber notwendig – um den Kern der Worte nicht immer weiter auszupflanzen und um neue Narrative zu finden, die die Vereinigung antifaschistisch und pluralistisch erinnern und weiterdenken. Und wenn ich als Schriftstellerin eines gelernt habe, dann, dass Worte zwar wirkmächtig, aber auch ersetzbar sind.

„Nie wieder ist jetzt“, stand Anfang 2024 bei den größten Demos seit dem Mauerfall auf vielen Plakaten. In diesem Sinne wünsche ich mir eine Nie-wieder-Vereinigung.

Warum Rechtsextremismus (k)ein ostdeutsches Phänomen ist

von Jakob Springfield

Als Aktivist und Autor für Demokratie, Klimarechtigkeit und Antidiskriminierung fahre ich seit mittlerweile über zwei Jahren zu Lesungen und Diskussionsrunden durch ganz Deutschland. Weil ich mich nicht nur in meiner eigenen politischen Blase bewegen will, diskutiere ich häufig mit Schülerinnen und Schülern, in Kirchengemeinden oder auch mal mit Angehörigen der Bundeswehr. Vor wenigen Monaten war ich zu Lesungen in München – in einem Literaturhaus und in Schulen. Wie immer habe ich über meine Jugend im sächsischen Zwickau, meine wechselseitige Beziehung zu diesem Stück Erde, Neonazismus und Möglichkeiten zur Stärkung der demokratischen Zivilgesellschaft referiert.

Im Anschluss an eine dieser Veranstaltungen war ich etwas erschrocken. Erschrocken darüber, wie sehr mit zweierlei Maß gemessen wird, wenn es um die Krise der Demokratie geht. Eine Gruppe Jugendlicher kam auf mich zu, bedankte sich und zeigte sich erleichtert: „Wir in München leben wirklich in einer heilen demokratischen Welt! Das, was in Sachsen passiert, schockiert uns sehr.“ Zunächst habe ich mich für die Gesprächsaufnahme bedankt, und dennoch hat ihre Aussage wieder diese Bauchschmerzen in mir ausgelöst. Diese Bauchschmerzen, die ich immer dann spüre,

wenn Influencerinnen und Influencer, Podcasterrinnen und Podcaster oder Politikerinnen und Politiker einen wichtigen Punkt ausblenden: Die extreme Rechte ist im gesamten Bundesgebiet auf dem Vormarsch, und die Normalisierung des Neonazismus ist schon seit Langem ein gesamtdeutsches Problem, selbstverständlich auch in der bayerischen Landeshauptstadt München.

Häufig ist es so: Hören meine Mitmenschen aus anderen Regionen dieses Landes das Wort Zwickau, denken sie (berechtigterweise) häufig an Neonazis, rechte Gewalt oder an das Untertauen des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) in meiner Heimatstadt. Hören die gleichen Mitmenschen dann das Wort München, schießen ihnen Weißwürste, Oktoberfest oder der FC Bayern in den Kopf. Das ist natürlich nicht nur deren Problem, sondern auch das von klischehafter Berichterstattung, von Vorurteilen und von stauzigem Schubladendenken. Vor allem aber ist es völlig absurd, schließlich steht München für vieles Gute, war aber auch schon häufiger Schauplatz rechtsextremer Gewalt: 2001 ermordeten die Neonazis vom NSU den Gemüsehändler Habil Kılıç, 2005 den Einzelhändler Theodoros Boulgarides. 2016 tötete ein rechtsradikaler 18-Jähriger neun Menschen am und im Olympia-Einkaufszentrum.

Was ich mit diesen Anekdoten ganz sicher nicht bewirken möchte? Dass wir Ossis jetzt plump auf Wessis zeigen und die Vorgänge im Osten kleinerreden. Bei meinen Schullesungen in Ostdeutschland sind Betroffene von Queerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und anderen Formen von Diskriminierung noch immer präsenter als in Westdeutschland. Vor wenigen Wochen brach Gelächter aus, als ich in einer Schule in Sachsen-Anhalt die Biografie eines vom NSU ermordeten Menschen vorgelesen habe. So was Drastisches ist mir in Westdeutschland noch nie begegnet. Mir sind an dieser Stelle drei Punkte besonders wichtig:

Erstens: Alltagsrassismus, Normalisierung von neonazistischen Gruppierungen und die Zustimmung zu extrem-rechtem Gedankengut¹ sind im Osten weiter fortgeschritten als im Westen. Die beschriebenen Phänomene finden sich aber im gesamten Bundesgebiet.

Zweitens: Auch wenn die Lage in Bezug auf demokratifeindliche Einstellungen in Westdeutschland entspannter ist, ist das keinesfalls ein Garant oder gar ein Automatismus dafür, dass das auch so bleibt. Wer sich das nicht bewusst macht, handelt fahrlässig, zeigt einseitig auf den Osten und sieht im

Zweifel den Wald vor lauter Bäumen nicht. Viele Neonazis, die nach der Wiedervereinigung in den Osten gezogen sind und dort in Regionen wesentlichen Einfluss auf die Gesellschaft gewonnen haben, werden ihr „Erfolgsmodell Ostdeutschland“ heute auf den Westen übertragen wollen – wenn sie nicht schon voll dabei sind.

Drittens: Sie sind schon voll dabei. Extrem-rechte Jugendgruppen schießen in Ost- und Westdeutschland aus dem Boden², die Mobilisierungen gegen Christopher Street Days nehmen überall zu³, und neben dem Ost-West-Gefälle spielen vor allem Unterschiede zwischen Stadt und Land⁴ eine große Rolle.

Was mir in der Debatte über „den“ Osten dann aber vor allem zu kurz kommt? Der stärkere (aber gesamtdeutsche) Rechtsextremismus in Ostdeutschland hat Ursachen: Wenn im Osten noch immer weniger verdient wird als in Westdeutschland, wenn Ostdeutsche weniger erben und nicht so oft in Spitzenpositionen vertreten sind, dann macht das was mit der Bevölkerung. Etwas, das auch an meiner Generation – ich bin 23 Jahre alt – nicht vorbeigeht und eine (von vielen) Ursachen für den Aufstieg der Extremrechten darstellt.



Jakob Springfield

ist ein Aktivist aus Zwickau. Er engagiert sich für einen solidarischen Osten und erhielt die Theodor-Heuss-Medaille für sein Demokratie-Engagement. Am 31. Januar 2025 erschien sein Buch „Der Westen hat keine Ahnung, was im Osten passiert – Warum das Erstarken der Rechten eine Bedrohung für uns alle ist“.

Foto: CocoVillosa

¹ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/autoritarismus-deutschland-studie-100.html#:~:text=31%2C1%20Prozent%20der%20Befragten,auf%2044%2C3%20Prozent%20gestiegen>

² <https://www.zeit.de/2025/17/deutsche-jugend-voran-rechtsextremismus-jugendliche-gewalt-chats>

³ https://cemas.io/publikationen/neue-generation-neonazis-mobilisierung-gegen-csd-veranstaltungen/cemas_-_2024-11_-_research_paper_-_neue_generation_neonazis.pdf

⁴ <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/studie-afd-waehler-100.html>

Meine Eltern sind beide zu DDR-Zeiten geboren und aufgewachsen. Meine Mama in Dresden, mein Papa in Mosel bei Zwickau. Sie waren und sind in der evangelischen Kirche aktiv und fanden die DDR schon immer blöd. Sogar die Arbeitslosigkeit meines Papas nach der Wiedervereinigung hat keinen bleibenden Frust hinterlassen – zu groß die Dankbarkeit, endlich frei reden, frei reisen und frei wählen zu dürfen. Diese grundsätzliche Dankbarkeit, die freiheitlichen Privilegien nutzen zu können, und dass das eben nicht selbstverständlich ist, wurden an mich weitergegeben und prägen bis heute, bei aller Kritik, meinen Blick auf diese Gesellschaft.

In Familien, in denen die Elterngeneration angepasster an die DDR-Diktatur gelebt hat, sieht das ganz anders aus. Wer die Kinderbetreuung, die geringe soziale Ungleichheit oder die Vollbeschäftigung der DDR lobt oder diesen (meiner Meinung nach in der Tat positiven) Aspekten nostalgisch-beschönigend hinterhertrauert, war wahrscheinlich kein Systemgegner oder politisch Verfolgter. Ganz unabhängig davon, dass ich das kurzsichtig und diktaturverherrlichend finde, hat auch das Auswirkungen auf meine Generation. Wo Eltern ihren Kindern von Abstiegserfahrungen während des massiven Transformationsprozesses nach der Wiedervereinigung erzählen – also von Arbeitslosigkeit, Umbruch und Familiendramen –, dort entsteht in erneut umbrüchigen Zeiten, geprägt von multiplen Krisen, Angst. Angst davor, dass Ossis, ob jung oder alt, wieder einmal absteigen könnten und während der zeitgleich stattfindenden Transformation auf der Verliererseite stehen.

Für mich ist klar, dass beide Perspektiven wahrgenommen werden müssen: Natürlich gibt es einzelne Dinge, die in der DDR (für die Angepassten) gut gewesen sind. Wer dabei aber unausgesprochen lässt, dass die DDR eine autoritäre Diktatur gewesen ist, unter der viele Menschen gelitten haben,

der hilft nicht der demokratischen Sache, sondern nährt den Boden für heutige Autoritäre. Natürlich müssen wir über Ost-West-Ungleichheiten sprechen. Wir müssen darüber sprechen, dass diese Ungleichheiten viel zu selten angegangen werden, darüber, dass der Osten im Bundestags-Wahlkampf kaum thematisiert wurde. All das darf aber niemals zur Legitimation von Neonazismus, Demokratiefeindlichkeit oder stumpfem Wessi-Hass führen.

Bei Lesungen im Westen werde ich häufig gefragt: „Warum redest du überhaupt noch über Ost- und Westdeutschland? Was spielt das für eine Rolle für deine Generation?“ Meistens antworte ich: „Na, weil die Wiedervereinigung für Ossis viel mehr verändert hat als für euch! Und weil das die Leute betroffen macht. Es sät während heutigen Transformationsprozessen ein Grundmisstrauen, das auch vor meinen Freundinnen und Freunden nicht hält.“ Ich rede nicht über Ost- und Westdeutschland, weil ich das so toll finde, sondern weil ich die Hoffnung habe, dass dieses Sprechen eines Tages dazu führt, nicht mehr darüber sprechen zu müssen! Nur wenn wir Demokratinnen und Demokraten über „Ostdeutschland“ sprechen, verhindern wir eine Vereinnahmung dieses Begriffes durch Antidemokraten.

Wenn junge Neonazis „Ost-, Ost-, Ostdeutschland“ schreien, würde ich manchmal gern noch lauter „Ost-, Ost-, Ostdeutschland“ zurückrufen. Warum? Natürlich sehe ich mich in erster Linie als Europäer und Mensch, aber wenn Neonazis den Flecken Erde, den ich meine Heimat nenne, vereinnahmen wollen, dann kann ich doch nicht einfach so dabei zusehen. Ich bin auch Ossi, und ich bin kein Neonazi. Denke ich aber an die jungen Leute, denen ich im Schulkontext begegne, dann wird mir wirklich angst und bange. So oft wurde ich in letzter Zeit von Lehrkräften als eine Art Feuerlöscher kontaktiert: „Bring mal unsere Neonazi-Kids

davon ab, Neonazis zu sein!“ Danach folgen Berichte über Hakenkreuze in Schulbänken, Hitlergrüße oder rechte Gewalt. Warum mir das oft zu kurz greift?

Die Idee, mich als Feuerlöscher zu buchen, ist kein langfristiger Ansatz. In der Zeit, in der ich einen Neonazi davon überzeugen kann, kein Neonazi mehr zu sein, kann ich im besten Falle mit zehn Willigen eine Antidiskriminierungs-AG gründen, einen Protest organisieren oder ein Dutzend Nichtwählende zur Wahl animieren. Denn auch wenn wir über junge Neonazis sprechen, ist mir die Diskussion oft zu platt. Wenn Medien über „die“ Neonazi-Jugend im Osten sprechen, dann nehmen das die Kaderschmieden dankend an und sagen: „Ja, wenn du jung und ostdeutsch bist, dann musst du auch Neonazi sein!“ Unter diesen Umständen fällt es mir schwer, mich „ostdeutsch“ zu nennen, obwohl das eigentlich nichts Schlimmes sein sollte.

Neonazis erweisen mit ihrem Verständnis von „Ostdeutschland“ den demokratischen Ossis einen Bären Dienst, denn jeder neonazistische Ossi unterfüttert die klischeehafte Erzählung über „den“ extrem-rechten Osten mit Tatsachen, die mein Unwohlsein, mein mulmiges Gefühl immer weiter stärken. Nur sollten im Jahr 2025 vielleicht auch mal langsam einige Wessis ein mulmiges Gefühl bekommen. Nur weil sie zufällig in (West-)Deutschland geboren sind, sind sie nicht frei von Rassismus, Antisemitismus und Co.

Aufgewachsen in der (K)Einheit – Die ostdeutsche Generation Z als Zuhörerin und Erzählerin

von Vanessa Beyer und Lisa Trebs

Woran denken wir, wenn wir uns eine ostdeutsche Person vorstellen?

Weiß, männlich, rückwärtsgewandt und abgehängt? Dieses stereotype Bild hält sich hartnäckig – auch mehr als 30 Jahre nach der Wiedervereinigung. Das zeigt eine Datenanalyse der Produktionsfirma Hoferichter & Jacobs in Zusammenarbeit mit der Universität Leipzig. Sie ließen mehrere Hundert Millionen Presseartikel seit 1990 untersuchen und zeigten auf, was auch wir bereits spürten: Ostdeutschland wird medial überwiegend negativ dargestellt, als Abweichung von einer Norm, als Krisenregion, geprägt von Demokratiezweifeln und Machtlosigkeit. Begriffe wie vielseitig, solidarisch oder demokratisch kamen selten vor.

Doch diese anderen Narrative gibt es! Und es gibt Menschen wie uns, Vanessa Beyer und Lisa Trebs, die vermutlich nicht ins gängige Bild passen. Wir sind im Osten aufgewachsen – jung, weiblich und mit Blick nach vorn. Sind wir gemeint, wenn Ostdeutsche als politikverdrossen oder rückständig beschrieben werden? Was bedeutet die ostdeutsche Identität für uns, wir, die die DDR und Wende nur aus Erzählungen kennen?

Diese Fragen haben uns lange beschäftigt. Zu oft fehlten unsere Erfahrungen in der öffentlichen Debatte, zu selten hörten wir junge Menschen sprechen. Deshalb haben wir im Jahr 2022 die Seriendoku „(K)Einheit – Wie die Gen Z über den Osten denkt“ gestartet. Wir porträtieren zehn junge Menschen zwischen 18 und 26 Jahren, zeigen ihre Lebensrealitäten fernab gängiger Klischees und ihren Blick auf das vereinte Deutschland, ihre Herkunft und fragen nach Zukunftsperspektiven.

Wir zeigen Stimmen, wie die von Mazlum, der erzählt, wie es ist, als nicht weißer Ostdeutscher aufzuwachsen und den erzgebirgischen Dialekt auch in seiner neuen Wahlheimat Mannheim nicht ablegen zu wollen. Marie fragt sich, ob sie nach dem Studium zurück nach Brandenburg geht, weil Veränderung für sie vor Ort beginnt. Und Hoang wünscht sich, dass Chemnitz für die dortige Techno-Szene bekannt wird.

Diese Seriendoku ist eine Einladung, Ostdeutschland durch die Augen einer neuen Generation zu erleben – lebendig, widersprüchlich, erzählenswert.

Zuhören, reden, weiterdenken

Schnell wurde klar: Eine Seriendoku allein reicht nicht. Das Thema bewegt – und viele in unserer Generation haben Redebedarf. Deshalb organisieren wir mit unserer Initiative (K)Einheit Workshops, Filmgespräche und Diskussionsrunden, ehrenamtlich und oft generationenübergreifend.

Unsere Veranstaltungen sind meist offen für alle – und oft kommen dabei verschiedene Generationen ins Gespräch. Ältere fragen uns dann: Warum beschäftigt das die Jugend noch? Das hat doch nichts mehr mit euch zu tun! – Als wäre das Thema längst abgehakt. Doch fast alle Nachwendegeborenen haben eine Meinung dazu. Das Thema ist bis heute präsent, weil es uns in Familien, in der Schule, in Medien und im politischen Alltag begegnet.

Die Deutsche Einheit wurde von relativ wenigen Menschen in der Bürgerbewegung der DDR herbeigeführt und ist vielen passiert. Aber was sie mit den Menschen gemacht hat, wurde anscheinend

zu oft übergangen. Gerade ältere Generationen erzählen uns von Brüchen in ihrer Biografie – wirtschaftlichen Verlusten, persönlichen Enttäuschungen und emotionalen Verletzungen nach der Wende. Bei vielen unserer Veranstaltungen entstehen daraus sehr persönliche Gespräche. Jüngere Teilnehmende erkennen darin Zusammenhänge mit heutigen Erfahrungen. Manchmal sind die Workshops die ersten Augenblicke, in denen sie die Verknüpfungen verstehen lernen und Worte dafür finden. Sie spüren: Vieles wurde nie richtig ausgesprochen. Die Erzählungen, die wir kennen, lassen oft keinen Platz für Ambivalenzen – für all das, was gleichzeitig mit der Wende passiert ist: Aufbruch und Abschied, Erfolg und Verlust, Neuanfang und Unsicherheit.

Auch die Generation Z braucht Raum für ihre Erfahrungen: Viele junge Menschen im Osten fühlen sich mit dem Ort verbunden, an dem sie aufgewachsen sind – mit ihrer Gemeinde oder ihrer Region, mit Dialekten, kulinarischen Traditionen und kulturellen Besonderheiten. Und sie erleben,



Vanessa Beyer,
geb. 1997, aufgewachsen bei Leipzig, Beraterin für politische Kommunikation und öffentliche Beteiligung. Co-Gründerin der Initiative (K)Einheit und Co-Leitung von „Generationsgeschichten: Grenzen überwinden, Identität(en) gestalten“ für die Kulturhauptstadt Europas – Chemnitz 2025.



Lisa Trebs,
geb. 1997, aufgewachsen bei Leipzig, Referentin in der Entwicklungspolitik. Co-Gründerin der Initiative (K)Einheit und Co-Leitung von „Generationsgeschichten: Grenzen überwinden, Identität(en) gestalten“ für die Kulturhauptstadt Europas – Chemnitz 2025.

wie genau das in überregionalen medialen Diskursen, aber auch persönlichen Begegnungen mit Gleichaltrigen belächelt oder abgewertet wird. Gleichzeitig fühlen sich viele entfremdet, wenn in ihrem Umfeld rechte bis rechtsextreme Positionen normaler werden. Das führt zu einem Gefühl innerer Zerrissenheit.

Als (K)Einheit nehmen wir diese Emotionen ernst. Doch oft fehlen reale Räume, in denen sie ihren Platz finden. Unsere Formate sind Werkstätten für ehrliche Gespräche – auch wenn es emotional wird und gegensätzliche Positionen aufeinandertreffen. Wir reden weiter über das, was war, und das, was sein kann. Wir setzen uns für die Vermittlung von Emotionen in Räumen ein, in denen Platz für Spannungen, Gleichzeitigkeiten und Widersprüche ist.

Identität(en) – alle, keine und dazwischen

Wir gehören zu einer Generation, die mehrheitlich europäisch denkt, sich einmischt und demokratisch engagiert. Viele von uns leben ihre ostdeutsche Identität bewusst – oft anders als frühere Generationen, die ihr Ostdeutschsein bewusst nicht zur Sprache brachten. Und diese Identität gehört nicht denen, die sie für politische Zwecke missbrauchen wollen.

Populisten und extreme Parteien versuchen, ostdeutsche Identität für ihre Zwecke zu vereinnahmen. Sie füllen sie mit Angst, Ausschluss und alten sowie neuen Feindbildern. Wir setzen dagegen: Identität, die in Begegnungen, Erfahrungen und Geschichten entsteht – offen, vielfältig und widersprüchlich. Und sie ist hybrid, schließt andere Identitäten nicht aus:

Sammy aus Sachsen beschreibt sein politisches Engagement für Demokratie als Teil seiner ostdeutschen Identität. Mazlum bezeichnet sich als Sachse mit Migrationshintergrund, verbunden

mit seiner erzgebirgischen Heimatstadt, auch wenn er inzwischen woanders lebt. Für Lea ist Heimat verknüpft mit Kindheitserinnerungen an nachbarschaftliche Schrebergärten, Spirelli mit Jagdwurst und „Kling Klang“, aber auch mit dem Erstarken rechter Haltungen. Und Hoang fühlt sich nicht ostdeutsch, hat aber ein Verständnis für die Erfahrungen seiner Eltern als Vertragsarbeiterinnen und Vertragsarbeiter in der DDR und wie wenig diese Biografien gesehen wurden. Diese Geschichten zeigen: Identität ist nicht festgelegt. Sie entsteht im Alltag – durch Sprache, Musik, Architektur, Nachbarschaft, Familie. Sie verändert sich, ist nicht eindeutig, ist vielschichtig.

Wo steht diese Generation Z im Ostdiskurs?

Die Generation Z erlebt die Emotionalität und versteht die sachliche Analyse. Anders als frühere Generationen verspüren viele von uns nicht mehr das unmittelbare Gefühl von „Der Westen hat uns alles genommen“. Stattdessen schauen wir analytisch auf strukturelle Unterschiede: wirtschaftliche Disparitäten, fehlende Repräsentation, schwächere Infrastruktur. Und wir schauen auf gewachsene Strukturen von Macht, die wir besprechbar machen wollen. Was uns trifft, ist das Schweigen darüber. Die Leerstelle im Diskurs. Die Unsichtbarkeit von vielfältigen ostdeutschen Erfahrungen.

Wenn die dritte Generation Ost sich eine besondere Transformationskompetenz zuschreibt, sehen wir bei unserer Generation eine klare Erzählkompetenz. Wir erklären nicht, wie die DDR war oder Treuhand ablief. Wir erzählen, wie wir heute Ostdeutschland erleben. Erinnerung ist keine Ostalgie mit der Sehnsucht nach einer Zeit, die wir nie kennengelernt haben. Für uns ist sie der Versuch, die Gegenwart zu verstehen und daraus Zukunft zu gestalten.

Wir verstehen uns als Teil einer gesamtdeutschen Erzählung. Ostdeutsche Herausforderungen betreffen das ganze Land. Wenn Misstrauen wächst und rechte Narrative an Boden gewinnen, geht es um mehr als um regionale Probleme – es geht um unsere gemeinsame Zukunft. Zusammenhalt entsteht nicht von allein. Es braucht Anerkennung, Vielfalt und das Gespräch darüber, was uns verbindet. Deshalb suchen wir den Austausch – auch mit westdeutschen Gesprächspartnerinnen und -partnern.

Wir sehen Ostdeutschland nicht als Abweichung von der Norm. Für uns ist der Osten Teil eines europäischen Raums. Das zeigt unser aktuelles Projekt „Generationsgeschichten – Grenzen überwinden, Identität(en) gestalten“, das wir für die Kulturhauptstadt Europas – Chemnitz 2025 umsetzen. Gemeinsam mit Partnerinnen und Partnern aus Polen und Tschechien und Akteurinnen und Akteuren aus Thalheim, Zwickau und Chemnitz fragen wir: Wie erinnern sich Gesellschaften an den Sozialismus? Und wie gehen junge Menschen mit den spürbaren Folgen des Systemwandels um?

Dabei entstehen lebendige Aushandlungsprozesse über Begriffe wie Heimat, Zugehörigkeit, Enttäuschung und Verantwortung. Unser Ziel ist ein gemeinsames Verständnis von Gegenwart und Zukunft – lokal verwurzelt und europäisch vernetzt.

Der Blick nach vorn: Generation Z(ukunft)

Wir blicken kritisch auf Vergangenheit und Gegenwart – und gestalten die Zukunft aktiv: in Ostdeutschland, in Deutschland, in Europa. Dabei begleiten wir junge Menschen, ihre Perspektiven sichtbar zu machen. Gemeinsam mit ihnen entwickeln wir konkrete Zukunftsbilder. Wir sprechen über demokratische Teilhabe, kulturelle und soziale Zugehörigkeit, über Mobilität und Bleibeperspektiven.

Unsere Räume stehen jungen Menschen offen, auch abseits der Großstädte. Denn Zukunft entsteht nicht nur in Berlin oder Leipzig, sondern auch in Zwickau, Gera oder Oberbösa. Sie zeigt sich vor Ort beim Wunsch nach Volleyballspielen mit Alt und Jung am Sonntag oder in überregionalen Diskussionen über politische Bildung. Sie beginnt lokal – und reicht weit darüber hinaus.

Unser Ziel für die kommenden Jahre: Perspektiven schaffen im Osten und dabei immer das größere Ganze im Blick behalten. Wir stehen für einen reflektierten, zukunftsoffenen Umgang mit ostdeutscher Erfahrung. Für einen Osten, der Unterschiede aushält, Verantwortung übernimmt und neue Geschichten zulässt.

(K)Einheit ist unsere Stimme. Wir laden ein zum Zuhören, Mitdenken, Mitmachen. Denn neue Perspektiven entstehen nur im Dialog – im Streit, im Zweifel, im Gespräch vor Ort. Für ein Land, das alle Geschichten miteinander teilt.

Was treibt junge Bürgermeister in Ost und West um?

Die Kommune ist die politische Einheit, die den Alltag der Menschen prägt. In den Gemeinden werden aus abstrakten Regeln von europäischer, nationaler und Landesebene sehr konkrete Straßen, Kita-Plätze und ÖPNV-Anbindungen. Zugleich sind die Bürgermeister im direkten Austausch mit den Menschen – eben „vor Ort“. Sie wissen, was funktioniert und was nicht, was die Menschen bewegt und was aufregt. Zwei der jüngsten Bürgermeister aus ländlichen Gemeinden berichten aus Ost und West.

Warum sind Sie so jung Bürgermeister geworden, und wie lief das ab?

Lena Burth: Ich war in der Finanzverwaltung als Betriebsprüferin tätig. Bei einer Veranstaltung in Ludwigsburg habe ich „Bürgermeisterin“ als Berufsbild kennengelernt und mir gedacht, das kann ich mir vorstellen, das traue ich mir zu.

Bei der Bürgermeisterwahl waren insgesamt sechs Bewerber, davon übrigens vier Frauen. Ich bin als freie Kandidatin angetreten mit der Unterstützung von Familie und Freunden: Die Bilder für die Flyer hat eine Freundin von mir gemacht, die Hobbyfotografin ist. Gestaltet hat sie der Dirigent meines Musikvereins, und verteilt habe ich sie selber.

Patrick Albrecht: Ich habe eine Ausbildung gemacht zum Verwaltungsfachangestellten und dann 2022 noch ein Studium angefangen zum Diplom-Verwaltungswirt. Eines Abends saß ich in Gotha, dort ist mein Studienort, mit meinem

Kommilitonen am WG-Tisch, und wir haben ge Grübelt: Wer könnte sich bei der Bürgermeisterwahl in unserem Ort aufstellen lassen? Von da an reifte der Gedanke, selbst anzutreten. Ich war und bin parteilos. Das heißt, ich brauchte 80 Unterstützerunterschriften, um mich aufstellen lassen zu können. Für diese Unterschriften bin ich von Tür zu Tür gegangen. Und viele Unterschriften bekam man nur, wenn man sich auch ordentlich unterhielt: Ich saß da an so manchem Küchentisch bei den Bürgerinnen und Bürgern. Sie haben mir Anregungen mit auf den Weg gegeben, was sie gerne in der Stadt anders hätten. Die Tagespresse hat dann jedem der vier Bewerber die Möglichkeit gegeben, ein Porträt von sich zu veröffentlichen. Außerdem gab es eine Podiumsveranstaltung – also alles ganz fair. Ein bisschen unsportlicher wurde es bei der Stichwahl. Mein Konkurrent hat einen Flyer veröffentlicht, in welchem er – so interpretiere ich es – ausdrücken wollte, wenn man noch studiert, kann man nicht vernünftig Bürgermeister sein.

Wenden wir den Vorwurf ins Positive: Was machen Sie beide als unter 35-Jährige anders als ältere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister?

Burth: Ich glaube, das Alter ist nicht entscheidend, jeder Bürgermeister bringt so oder so seinen eigenen Stil mit. Da ich vom Finanzamt komme als Betriebsprüferin, liegt mir zum Beispiel der Kommunalhaushalt sehr, sehr am Herzen.

Albrecht: Ich denke, was uns von älteren Kollegen unterscheidet, ist der Zugang zu den Medien. Ich habe zum Beispiel nach der Wahl direkt einen WhatsApp- und einen Instagram-Kanal eröffnet, über den ich einfach die Bürgerinnen und Bürger mitnehme. Über das, was halt so tagesaktuell in der Stadt passiert, wo ich auch das Feedback bekomme. Die Menschen, die hier wohnen, wollen mitgenommen werden.

Burth: Die Transparenz von Politik und der direkte Austausch sind zusammen ein wichtiger Punkt. Das sehe ich auch so. Was wir jetzt neu machen werden dieses Jahr, ist eine Gemeinde-App.

Aber das heißt, Sie haben keine Themen, mit denen Sie als junge Bürgermeisterin und Bürgermeister angetreten sind, sondern Sie regeln das, was in Ihrem Ort zu regeln ist?

Burth: Ja, und anders geht es auch nicht. Unsere Haushaltsslage ist sehr prekär. Wir haben in diesem Jahr gerade mal die schwarze Null hinbekommen. Ich glaube aber nicht, dass wir im nächsten Jahr noch einen ausgeglichenen Haushalt haben werden. Und so wird uns der Gestaltungsspielraum genommen; eigentlich haben wir nur noch das Geld für unsere Pflichtaufgaben.

Albrecht: Das hast du schön gesagt. Das ist hier bei uns genauso. Das ist eigentlich ganz schlimm.

Was sind denn die drei zentralen Themen Ihrer Gemeinde, die Sie regeln müssen?

Burth: Das größte Thema ist der Investitionsrückstau. Ostrach ist eine der flächengrößten Gemeinden in Baden-Württemberg. Wir sind relativ zersiedelt in 29 Teilorte. Dafür reicht das



Patrick Albrecht

Mein Name ist Patrick Albrecht, ich bin 24 Jahre alt und lebe schon immer in der ländlichen Kleinstadt Gößnitz am Rande von Thüringen. Nach meinem Abitur verschlug es mich in die öffentliche Verwaltung, machte hier eine Ausbildung, danach ein Studium und seit 2024 bin ich Bürgermeister dieser idyllischen Stadt.



Lena Burth

Abschluss des Bachelor of Laws sowie die Laufbahnprüfung des gehobenen Dienstes an der Hochschule für öffentliche Verwaltung Ludwigsburg. Von 2018–2023 tätig als Landesfinanzbeamte, zuletzt in der Funktion als Betriebsprüferin. Seit 2023 Bürgermeisterin der Gemeinde Ostrach.

Geld aber nicht. Meine Straßen sind einfach absolut desolat. Was uns jetzt noch zusätzlich Sorgen macht, ist das Thema Breitband. Wir kriegen zwar die Bundesförderung, allerdings hat sich die Förderkulisse geändert, sodass wir trotzdem eigenes Geld investieren müssen, damit unsere Bürgerinnen und Bürger überhaupt einen Glasfaseranschluss haben, und unsere Bürgerinnen und Bürger müssen auch einen Eigenanteil zahlen. Und so geht es weiter über das Feuerwehrhaus, dessen Brandschutz nicht mehr ausreicht, zur Ganztagesbetreuung an Grundschulen. Das ist eine Bundesvorgabe. Dafür müssen wir anbauen an unsere Schule. Das ist einerseits ein gutes Projekt, aber andererseits haben wir genügend andere Investitionen, die wir für den Erhalt der Schule aufbringen müssten – in unsere Sporthalle regnet es rein.

Also viele Aufgaben, aber wenig Geld. Und bei Ihnen, Herr Albrecht?

Albrecht: Das ist bei uns genauso. Ich war vor Kurzem bei einer Fachtagung, wo auch die Thüringer Aufbaubank dabei war. Die haben selber gesagt, seit Jahren haben wir eine negative Investitionsrate. Das heißt, wir leben auf Verschleiß. Wir können nicht mehr investieren, weil wir kein Geld haben. Wenn man dann ins Auge fasst, das Ganze mit Krediten zu finanzieren, dann muss man schauen, ob die Rücklage der Gemeinde überhaupt passt, damit wir kreditwürdig sind. Was wir zum Glück nicht haben, ist die Herausforderung mit der Ganztagsbetreuung. Hier im Osten gab es die sogenannten Horte an den Grundschulen früher schon.

Ich möchte außerdem noch das Thema Fachkräftemangel in der Verwaltung unterstreichen.

Jedes Jahr überlegen sich Bund oder Land, dass sie noch ein paar Aufgaben an die Kommunen abgeben wollen. Wir hier in der Kommunalverwaltung wissen gar nicht mehr, mit welchen Personalressourcen wir das stemmen sollen. Und das wird auch noch verstärkt, wenn größere Gemeinden bei uns einfach in der Lage sind, höhere Gehälter, höhere Entgeltgruppen zu zahlen.

Burth: Ja! Wir haben fast ein Dreivierteljahr eine Erzieherin für unseren Kindergarten gesucht.

Themen, die medial eine große Rolle spielen, wie die Aufnahme von Flüchtlingen, sind bei Ihnen nicht wichtig?

Burth: Doch, das war meine allererste Aufgabe, als ich frisch gewählt worden bin. Da hat es direkt vom Landratsamt geheißen, Sie müssen mehr Flüchtlinge aufnehmen. Aber bei uns war alles voll. Wir hatten dann mehrere Krisensitzungen im Gemeinderat. Am Ende konnten wir die Aufgabe lösen. Wir haben eine Immobilie gekauft, weil wir zur Integration nicht beitragen, wenn wir Container irgendwo aufstellen. Die Bürger waren am Anfang nicht begeistert, aber ich würde sagen, die Flüchtlinge haben sich ganz gut integriert.

Albrecht: Ich hatte das Problem nicht. Als der Ukrainekrieg losging, hat der Landkreis die Flüchtlinge untergebracht. Viele wurden auch privat aufgenommen. Ansonsten wäre die Einstellung auch vermutlich in der Gemeinde ähnlich wie bei Frau Burth, dass da erst mal eine große Skepsis da wäre.

Nehmen Sie eine Polarisierung in der Gesellschaft wahr? In Deutschland allgemein und in Ihrer Gemeinde im Speziellen? Und welche Themen sind es dann, wenn es so was gibt bei Ihnen?

Burth: Also was wir feststellen, ist, dass es grundsätzlich weniger Gemeinschaftsbewusstsein bei den Bürgerinnen und Bürgern gibt. Wir haben zum Beispiel einen Badesee bei uns mit einer Liegewiese und haben dafür auch einen Parkplatz unbürokratisch ausgewiesen, weil wir diesen schönen Ort für viele sichern wollten. Aber es funktioniert leider nicht: Besucher parken in der landwirtschaftlichen Fläche, weil sie vielleicht fünf Meter weniger laufen wollen, es wird wild Müll abgelagert, und Stand-up-Paddler nehmen häufig keine Rücksicht auf die Badegäste. Das ist schade; es könnte da draußen so schön sein, wenn jeder einfach ein bisschen Rücksicht auf die anderen nimmt.

Albrecht: Wir haben hier die Polarisierung im Osten, ganz typisch, wie es allseits bekannt ist. Es werden immer krassere Meinungen zur Landes- oder Bundespolitik vertreten. Aktuell bestimmend ist der Ukrainekrieg, mit dem wir gar nicht so viel zu tun haben als Gemeinde, aber der hier immer wieder Thema ist.

Ein großes Thema, mit dem wir als Gemeinde wirklich zu tun haben, sind die Energiepreise: sei es das Gas bei uns oder aber auch, dass die Spritpreise durch die CO₂-Abgaben immer weiter steigen. Das ist hier auf dem Land ein ganz großes Problem. Durch diese gestiegenen Energiepreise steigen zum Beispiel auch die Baukosten im Allgemeinen. Personalkosten steigen immer weiter. Es bringt uns als Gemeinde auch immer wieder Probleme, und ich sitze als Gemeinde eigentlich im gleichen Boot wie die Bürger.

Und wie ist der Ton in der Politik bei Ihnen in der Ratsversammlung? Gibt es da eine Polarisierung zwischen den Fraktionen?

Albrecht: Bei uns lebt der Stadtrat nicht von den großen Parteien, wie sie bekannt sind aus Bundes- oder Landespolitik. Bei uns lebt der Stadtrat von Bürgerinitiativen. Da sehen sich die wenigsten als Bestandteil einer Partei.

Burth: Wir haben drei verschiedene Listen, CDU, SPD und Freie Wähler. Aber ich würde jetzt sagen, alle drei Listen, auch wenn sie einen Parteinamen tragen, machen bei uns keine Parteipolitik. Es gibt auch keinen Fraktionszwang wie in Bundes- oder Landespolitik.

Sie sind beide aufgrund Ihres Alters im vereinten Deutschland aufgewachsen. Nehmen Sie Ost und West noch persönlich als relevante Unterscheidung wahr? Und wie ist es bei Ihnen in der Gemeinde?

Burth: Ich habe für mich nie einen Unterschied gemacht, ob jemand aus dem Osten oder Westen kommt. Aber bei mir in der Gemeinde hätte ich jetzt doch einen Punkt: Kindergartengebühren. Da schauen unsere Bürgerinnen und Bürger immer neidisch in Richtung Osten, weil wir die Gebühren regelmäßig erhöhen müssen. Vorgesehen ist, dass eigentlich 20 Prozent der tatsächlichen Kosten für die Kita-Betreuung von den Eltern gezahlt werden müssen. Bei uns in der Gemeinde tragen die Eltern ca. 11 bis 12 Prozent der Kosten, und wir müssen die auch regelmäßig erhöhen. Aufgrund der Tariferhöhungen haben wir allein letztes Jahr die Beiträge um fast 12 Prozent erhöhen müssen. Im U3-Bereich für Kinder in der Ganztagesbetreuung zahlen die Eltern 639 Euro und im Ü3-Bereich aktuell 381 Euro.

Das ist viel Geld, und da kommt dann schon auch die Aussage: „Hier müssen die Eltern Kita-Gebühren zahlen, während sich im Osten die Länder darum kümmern – mit unserem Geld aus dem Länderfinanzausgleich.“

Albrecht: Bei uns zahlen die Eltern tatsächlich auch. Wir haben Gebühren von ca. 350 Euro pro Monat. Bei uns sind nur die letzten beiden Jahre kostenlos.

Wir wollen ja noch wissen, was Herr Albrecht über Ost und West denkt und ob das in seiner Gemeinde noch ein Punkt ist.

Albrecht: In den Köpfen der Älteren gibt es diese Trennung häufig noch, das kriege ich dann auf Geburtstagsfeiern oder größeren Festen immer mal zu hören. Oft sind hier unterschiedliche Gehälter der ausschlaggebende Punkt. Und umgekehrt nehme ich so ein Jugend-Ding wahr, dass die Jugendlichen von hier stolz darauf sind, Ossi zu sein. Das versteh ich nicht, denn rein vom Leben her, finde ich, gibt es heute keinen Unterschied mehr. Ich sage das bewusst, weil ich es früher selbst anders erlebt habe: Als ich 2019 mit meiner Ausbildung angefangen habe, hat der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst noch zwischen Ost und West unterschieden, trotz 30 Jahre Mauerfall.

Jetzt, da Sie sich gegenseitig ein bisschen zugehört haben: Nehmen Sie eher wahr, dass Sie in einem Team sind, weil Sie beide eher kleine ländliche Gemeinden vertreten? Oder haben Sie eher Unterschiede zwischen Ost und West gesehen?

Burth: Ich glaube, wir kämpfen mit den gleichen Problemen, oder?

Albrecht: Spätestens als ich das mit den Straßen gehört habe, dachte ich: ja!

Ich dachte immer, im Westen sind die Straßen aus Gold, wie ich es von den Älteren gehört habe. Aber ich glaube inzwischen, dass die Gemeindestraßen dort genauso schlecht sind wie bei uns.

Burth: Aus meiner Sicht ist nicht der Unterschied Ost-West entscheidend, sondern der zwischen Stadt und Land. Ostrach ist eine der ländlichsten Gemeinden in ganz Baden-Württemberg. Wir fahren eine Stunde in jede Richtung, bevor man überhaupt die Autobahn sieht. Der Bus, der einmal stündlich fährt, bindet mir auch nur 2 von 29 Teilorten an. Ein Drittel unserer Kommune hat überhaupt gar kein Handy-Netz. Also wir sind tatsächlich sehr abgehängt hier im ländlichen Raum.

Albrecht: Dem kann ich mich anschließen. Stadt – Land ist der zentrale Gegensatz in Deutschland. Unsere Lage ist da allerdings besser:

Wir haben überall Handy-Empfang, sind schon gut ans Glasfasernetz angeschlossen, und eine Autobahn haben wir auch in zehn Minuten Entfernung.

Wenn Sie sich eine Sache wünschen können für die Zukunft Ihrer Gemeinde, was würden Sie sich wünschen, damit Sie Ihre Themen regeln können?

Burth: Mehr Gestaltungsspielraum. Sowohl finanziell als auch bürokratisch.

Albrecht: Ich wünsche mir einfach wieder eine vernünftige finanzielle Mittelausstattung.

@Wir_in_Ost_und_West

Bericht aus der Praxis eines Social-Media-Projekts zur deutsch-deutschen Geschichte



Zu Instagram: @wir_in_ost_und_west

2024 und 2025 sind wichtige Jubiläumsjahre der deutschen Geschichte: 75 Jahre Grundgesetz, 35 Jahre Friedliche Revolution, 35 Jahre Vereinigung. Für viele junge Menschen klingen diese Daten aber wie Kapitelüberschriften in einem Geschichtsbuch – weit weg vom eigenen Alltag. Gleichzeitig ist die Wahrnehmung von „Ost“ und „West“ nach wie vor präsent: in Wahlanalysen, Medien oder Klischees – erlernte Zuschreibungen wirken fort; Abgrenzungen nach alten Mustern kommen sogar neu hinzu.

Hier setzt @wir_in_ost_und_west auf Instagram an. Das Bildungsprojekt will Jugendliche zur

Beschäftigung mit der deutsch-deutschen Geschichte anregen, Klischees hinterfragen und dadurch politische Teilhabe und Medienkompetenz stärken. Es wird von der Eduversum GmbH in Zusammenarbeit mit der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur umgesetzt. Gefördert wird das Projekt durch die Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland.

Der Kanal erreicht junge Menschen dort, wo sie sich oft bewegen – in den sozialen Medien. Info-Postings, Reels und Memes wecken das Interesse an Geschichte, regen zur Auseinandersetzung mit der DDR und der Bundesrepublik an, zeigen



Eduversum: Post @wir_in_ost_und_west

Gemeinsamkeiten und regionale Unterschiede. Niedrigschwellige, lebensweltnahe Wissensvermittlung und Austausch sollen das gegenseitige Verständnis auf Augenhöhe und das Verständnis von kollektiver Identitätsbildung stärken – auch durch Kontroversen und Diskussionen.

Hinter den Kulissen von @wir_in_ost_und_west

Der Kanal @wir_in_ost_und_west ist das Herzstück des Projekts. Dort wird historisch-politisches Wissen faktenbasiert, lebensnah und diskussionsoffen vermittelt. Zentral ist zudem

der Austausch mit der Community: Kommentare, Abstimmungen und Fragerunden binden die Follower aktiv ein.

Ein Peer-to-Peer-Ansatz sorgt für Authentizität: Zwei junge Frauen aus Ost- bzw. Westdeutschland moderieren den Kanal, bringen ihre Perspektiven ein und eröffnen Denkanstöße. Sie sprechen die Sprache der Community und stellen Fragen, um Fakten im Kontext zu präsentieren. Dies reflektiert, dass deutsch-deutsche Geschichte bis heute vor allem privat „am Küchentisch“ vermittelt wird. Der quellenbasiert, multiperspektivisch und visuell mit authentischem Bildmaterial arbeitende Kanal knüpft deshalb an diese Situation an.

Die Inhalte bewegen sich zwischen historischen Ereignissen, heutigen Lebensrealitäten und jugendlichen Interessen. Der Kanal beleuchtet regionale Vielfalt, fragt alltagsgeschichtlich nach Konsum und Arbeitswelten, vergleicht politische Strukturen und Erinnerungskulturen, zieht protestgeschichtliche Linien von Friedensgebeten und Montagsdemos bis Fridays for Future und thematisiert die Einwanderungs- und Transformationserfahrungen. Jahrestage, Trends und Community-Impulse fließen dabei als Anlässe kontinuierlich ein. So entsteht ein wachsender Mix aus Fakten und Debatten.



Eduversum

Das Team: Janina Franke (rechts), Frauke Hagemann (Mitte), Minalde Wagner (links) und Frederic Zauels (nicht im Bild). Die Bundesstiftung Aufarbeitung unterstützt mit ihrer fachlichen Expertise und ihrem Netzwerk.

Foto: Eduversum GmbH

Im vereinten Deutschland geboren, noch immer nicht geeint?

von Jana Faus und Simon Storks

36 Jahre sind eine lange Zeit. Vor 36 Jahren fiel die Berliner Mauer. Vor 36 Jahren stand Bobby McFerrin mit „Don’t Worry, Be Happy“ zehn Wochen in den deutschen Charts, dicht gefolgt von David Hasselhoff mit „Looking For Freedom“. Westdeutsche trugen Nylon-Trainingsanzüge in Neonfarben und Karottenjeans mit bunten Oversize-Shirts, das Stadtbild war geprägt von Popfern und Punks.

Es war 1989, und am Jahresende kamen – aus westdeutscher Perspektive – plötzlich die „Ossis“ dazu. Ein Jahr später wurde Deutschland „wieder vereinigt“ – passiv formuliert, als sei das Land schlicht erweitert worden, zurückgekehrt zur Normalität. Viel änderte sich für Westdeutsche zunächst nicht. Der passive Terminus „Wieder-vereinigung“ verrät einiges über ihre Perspektive. Nicht einmal neue innerdeutsche Urlaubsziele kamen für einige hinzu. Daten von 2019 zeigen: Jede und jeder sechste Westdeutsche war noch nie im Osten der Bundesrepublik. Den Ostdeutschen kann man diesen Vorwurf nicht machen: Jede und jeder Zweite besuchte über zehnmal den Westen der Republik (Ehni et al. 2019). Das Interesse vieler Westdeutscher am Osten hält

sich bis heute in engen Grenzen. In den letzten Jahren haben wir uns in mehreren qualitativen wie quantitativen Studien mit der Frage nach dem Stand der Deutschen Einheit beschäftigt. Eine dieser Studien zeigt: 46 Prozent der Westdeutschen stimmen zu, dass Westdeutsche sich bis heute wenig für Ostdeutschland interessieren (Faus et al. 2020).

Aus ostdeutscher Sicht war es alles andere als ein passives „Wiedervereinigtwerden“. Es war eine tiefgreifende Veränderung, für viele eine biografische Zäsur, die in friedlichen Zeiten ihresgleichen sucht. Während in der alten Bundesrepublik der Neuaufbau der Demokratie nach dem Nationalsozialismus im engen zeitlichen Zusammenhang stand mit wirtschaftlichem Aufschwung und Wohlstandversprechen, ging dieser in Ostdeutschland nach 1989 in vielen Fällen Hand in Hand mit Frustration, Enttäuschungen und Arbeitslosigkeit (Mau 2024). Schmerhaft sind bis heute viele persönliche Erfahrungen, etwa mit den Ergebnissen der von der letzten DDR-Regierung eingesetzten Treuhand, die häufig mit den Erwartungen an die von Helmut Kohl versprochenen „blühenden Landschaften“ kollidierten.

Ostdeutsche sprechen hier im grammatischen Aktiv: Sie sprechen vom Mauerfall, den sie selbst herbeigeführt haben. Doch bis heute vermissen sie Anerkennung dafür, dass dieser Umbruch friedlich verlief: 71 Prozent der Ostdeutschen stimmen dem zu (Faus et al. 2020).

Noch heute sind reale Unterschiede in Vermögen, Renten und Löhnen zwischen Ost und West deutlich sichtbar. Sie sind gut dokumentiert. Dieser Text aber widmet sich dem subjektiven Erleben.

Mehr als die Hälfte der Deutschen kennen das geteilte Deutschland nicht mehr

Laut Daten der Deutschen Rentenversicherung liegt die durchschnittliche Zahl der Versicherungsjahre pro Person inklusive Kindererziehungszeiten

bei rund 41 Jahren (Deutsche Rentenversicherung 2024). Die Vereinigung liegt mittlerweile also fast ein ganzes Erwerbsleben zurück. Wer 1990 junger Erwachsener war, ist heute im Großelternalter. Viele, die damals schon im Rentenalter waren, leben nicht mehr.

Die zur Zeit der Vereinigung Geborenen sind heute Anfang bis Mitte 30, stehen im Berufsleben und sind im durchschnittlichen Alter für das erste eigene Kind. Sie kennen das geteilte Deutschland nicht mehr aus dem eigenen unmittelbaren Erleben – weder emotional noch erfahrungsorientiert. Sollte sich in dieser Generation also nicht alles angeglichen haben?

Nicht ganz. Zwar verwischen sich Unterschiede über Generationen, doch Erfahrungen werden über Sozialisation „vererbt“, Stereotype wirken weiter.



Jana Faus

ist Diplom-Sozialwissenschaftlerin sowie Gründerin und Geschäftsführerin der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research. Sie forscht seit mehr als 20 Jahren zu politischen und gesellschaftlichen Themen in Asien, Australien und Deutschland und ist Autorin zahlreicher Publikationen zu gesellschaftlichen Themen in Deutschland.



Simon Storks (Soziologe M. A.)

ist Senior-Berater bei der Forschungs- und Beratungsagentur pollytix strategic research. In mehreren Studien für die Otto Brenner Stiftung ist er der Frage nach dem Stand der Deutschen Einheit nachgegangen – mit speziellem Fokus auf die Nachwendegeneration.

„Ossis sind faul“

Ein junger Westdeutscher der Nachwendegeneration sagte in einer unserer Studien: „Mein bester Freund kommt aus dem Osten, und ich habe da nie einen Hehl draus gemacht“ (Faus et al. 2020). Was als Zeichen von Offenheit gemeint ist, zeigt, dass Herkunft noch immer markiert wird. Implizit „Ossis“ sind anders – der „Wessi“ schaut gerne mal auf sie herab.

In einer Studie (Faus/Storks 2019) wurden Menschen aus der Nachwendegeneration gebeten, Ostdeutsche mit einem Wort zu beschreiben. Während Ostdeutsche sich als bodenständiger, menschlicher, fleißiger sehen, schreiben Westdeutsche ihnen Attribute wie rassistischer, dümmer und auch fauler zu. Diese Vorurteile sind präsent. Es ist die alte westdeutsche Erzählung des faulen Ossis, die hier fortwirkt.

Mit einem Wort: Im Vergleich zu Westdeutschen sind Ostdeutsche viel ...

West



13 % weiß nicht/keine Angabe
1 % keine Unterschiede

Ost



7 % weiß nicht/keine Angabe
20 % keine Unterschiede

Basis: alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren.

Quelle: Faus/Storks 2019

Mit einem Wort: Im Vergleich zu Ostdeutschen sind Westdeutsche viel ...

West



19 % weiß nicht/keine Angabe
6 % keine Unterschiede

Ost



13 % weiß nicht/keine Angabe
4 % keine Unterschiede

Basis: alle Wahlberechtigten zwischen 18 und 29 Jahren.

„Wessis sind arrogant“

Auch in die andere Richtung gibt es Stereotype. Das wohl gängigste: „Wessis sind arrogant.“ Ein Ostdeutscher der Nachwendegeneration sagte: „Man merkt das auch bei sich selber manchmal, wenn man irgendwo ist, dass man sagt: „Oh, typischer Wessi.“ [...] Dieses Abgehobene, vielleicht Arrogante. Teilweise haben die auch ein anderes Einkommen als wir. Also ich finde, dass man das immer noch merkt“ (Faus et al. 2020). In der oben

genannten Ein-Wort-Abfrage beschreiben Westdeutsche sich als disziplinierter, freundlicher. Ostdeutsche hingegen charakterisieren die Westdeutschen als arroganter, eingebildeter. Sich selbst beschreiben Ostdeutsche hingegen als bescheider, bodenständig und ärmer – sie definieren sich demnach häufig über ihre finanzielle Situation. Auch Westdeutsche begegnen als Stereotype: „Ich habe Freunde, die, als sie in den Osten gezogen sind, beschimpft worden sind als reiche Wessis“ (Storks et al. 2023).

Identität: Ost und West

Zumindest „Ost“ lebt in der Nachwendegeneration weiter. Es ist dabei nicht nur ein geografisches Label, sondern Identitätsschicht – wobei das Spektrum dabei von der bewussten Identifikation mit Ostdeutschland bis hin zum Generativsein von eben dieser Identifikation mit Ostdeutschland reicht¹. Auch drei Jahrzehnte nach der Vereinigung identifizierten sich Ostdeutsche als ostdeutsch, ohne dass es dazu eine westdeutsche Entsprechung gibt. Man versteht sich dort z. B. als süd- oder norddeutsch. In getrennten Gruppendiskussionen nur mit west- bzw. ostdeutscher Nachwendegeneration fällt auf: Westdeutsche messen ihrer gemeinsamen westdeutschen Herkunft kaum Bedeutung bei. Ostdeutsche hingegen merken sofort: „Wir sind hier die Ossi-Gruppe.“ Und empfinden das als Stigmatisierung (Storks et al. 2023).

Sind es also die Erzählungen der Eltern, die fortwirken? Müsste man nicht denken, dass Eltern solch eine Zäsur weitergeben – ihre Verletzungen, Brüche, Hoffnungen? Und doch: Nur 47 Prozent der jungen Ostdeutschen haben mit ihrer Familie über die Vereinigung gesprochen. In Westdeutschland sind es gar nur 28 Prozent (Storks / Faus 2019).

Entscheidend ist aber nicht nur, ob, sondern auch wie gesprochen wurde. Unsere Studie von 2019 zeigt: In Westdeutschland wurde seltener darüber gesprochen, aber wenn, dann mit 22 Prozent deutlich häufiger positiv als negativ (6 Prozent). In Ostdeutschland geben 31 Prozent an, eine positive Erzählung der Zeit der Vereinigung erhalten zu haben, 16 Prozent eine negative.

Bemerkenswert dabei: Kinder von Eltern, die sich eher als „Wendeverliererinnen“ oder „Wendeverlierer“ sehen, berichten am häufigsten von Gesprächen über diese Zeit – und haben deutlich häufiger ein negatives Narrativ vermittelt bekommen. Da sich im Osten deutlich mehr junge Menschen als Kinder von „Wendeverliererinnen und -verlierern“ einordnen als im Westen (21 vs. 11 Prozent), erklärt dies mit, warum Ostdeutsche im Schnitt negativer darüber sprechen (Faus/Storks 2019).

Und nun?

Wie kann ein gemeinsames Selbstverständnis entstehen, das die Erfahrungen aus Ost und West zusammenführt? Zeit allein scheint nicht auszureichen. Was es braucht, sind Begegnungen, Gespräche, das bewusste Interesse füreinander. Nur wenn wir zuhören, ohne vorschnell zu werten, entsteht ein Raum für Verständnis. Und wenn wir reden – miteinander, nicht übereinander.

Die einen blicken zurück auf Jahre des Umbruchs, des Verlusts und der Neuorientierung. Die anderen auf im Vergleich relative Stabilität, Organisation und Verantwortung im Wandel. Beide Perspektiven tragen zum deutschen Erinnerungsraum bei – und beide verlangen nach Anerkennung.

Eine geteilte Erzählung lässt sich nicht erzwingen. Aber sie kann wachsen, wenn wir Differenz nicht als Gegensatz, sondern als Teil eines größeren Ganzen begreifen. Wenn das Bekenntnis „Ich bin ostdeutsch“ nicht mehr als Trennlinie, sondern als gleichwertige Stimme verstanden wird. Wenn

¹ Siehe weiterführend dazu: Storks et al. 2023.

westdeutsche Selbstverständlichkeiten hinterfragt werden dürfen, ohne dass daraus sofort ein Konflikt erwächst.

Nach 35 Jahren ist eines sicher: Die Vereinigung ist nicht abgeschlossen, nur weil sie in Geschichtsbüchern steht. Sie ist ein Prozess. Und der beginnt immer wieder von vorn – im Alltag, im Gespräch, im gegenseitigen Respekt.

Dabei sind ost- und westdeutsch nicht die einzigen bestimmenden Kategorien. Zum vereinten Deutschland als Einwanderungsland und plurale moderne Gesellschaft gehören u. a. auch migrantische Perspektiven.²

Literatur

- Deutsche Rentenversicherung (2024). Statistikband Rente 2023. Berlin: DRV.
- Ehni, E.; Riesewieck, F. & Heinrich, R. (2019). ARD – DeutschlandTREND November 2019. Berlin: infratest dimap.
- Faus, J.; Hartl, M. & Unzicker, K. (2020). 30 Jahre deutsche Einheit: Gesellschaftlicher Zusammenhalt im vereinten Deutschland. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.
- Faus, R.; Storks, S. (2019). Im vereinten Deutschland geboren – in den Einstellungen gespalten?: OBS-Studie zur ersten Nachwendegeneration. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.
- Foroutan, N. (2021). Die postmigrantische Gesellschaft: ein Versprechen der pluralen Demokratie. Bielefeld: transcript Verlag.
- Mau, S. (2024). Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt. Berlin: Suhrkamp.
- Storks, S., Faus, R., & Faus, J. (2023). Auf der Suche nach Halt. Frankfurt am Main: Otto Brenner Stiftung.

² Siehe dazu: Foroutan 2021.



„Bärwalder See“: Annika Thomas, 24, Niesky

Fotoserie: Stiller Wandel

Junge Perspektiven aus der östlichsten und westlichsten Region Deutschlands

Deutschland ist das Land zwischen Aachen und Görlitz. 630 Kilometer Luftlinie liegen zwischen der westlichsten und der östlichsten Stadt. Auf den ersten Blick scheint mehr zwischen diesen beiden Städten zu liegen als nur die geografische Distanz. So betrug das mittlere Bruttonomona-tsgesamt in der Städteregion Aachen 2023 3.667 Euro; im Landkreis Görlitz waren es nur 2.820 Euro. Das Durchschnittsalter im Landkreis Görlitz betrug 2023 49,7 Jahre, in der Städteregion Aachen waren es 42,5 Jahre. Doch beide Orte sind eingebettet in traditionsreiche Industrie- und Energie-regionen. Sie sind Teil des Rheinischen beziehungsweise des Lausitzer Reviers und versorgen seit dem 19. Jahrhundert einen großen Teil unseres Landes mit Strom.

Sowohl das Rheinische Revier von Aachen bis zum Rhein-Erft-Kreis als auch das Lausitzer Revier mit sächsischer Oberlausitz und brandenburgischer Niederlausitz stehen mitten im Strukturwandel, wenn auch mit unterschiedlichen Ausgangsbedingungen. Gut bezahlte Jobs in der Kohleverstromung werden bis 2038 kontinuierlich abgebaut –

oder wurden bereits seit 1990 abgebaut. Beide Regionen erlebten und erleben einen stillen Wandel, der nicht von heute auf morgen passiert. Er kann sehr schmerhaft sein, bietet jedoch auch viele Chancen.

Unter der Trägerschaft des sächsischen Kulturver eins Löbaulebt und der WeltenTausch-Initiative konnten junge Menschen – bis 25 Jahre – aus beiden Strukturwandelregionen zum Motto „Stiller Wandel – 35 Jahre Deutsche Einheit“ Fotografien einsenden und ihre Perspektive auf ihre jeweilige Heimatregion teilen. Aus über 130 Einsendungen hat dann eine Jury, bestehend aus jungen Menschen aus dem Rheinischen und Lausitzer Revier, eine Auswahl getroffen und eine Ausstellung kuratiert, die gemeinsam mit der Vertretung des Freistaates Sachsen beim Bund in Berlin präsentiert wird. Ein Auszug dieser Ausstellung findet sich in diesem Bericht wieder. Es wurden sieben Bilder pro Region ausgewählt, die hier paarweise gegenübergestellt sind und durch die Jugendjury kommentiert wurden.

Autoren und Jurymitglieder (alphabetisch)

Rheinisches Revier: Paul Bank, Leon Bardhi, Lena Blomberg, Ida Görlitz, Nikolas Thörner, Robin Wolff

Lausitzer Revier: Selin Ceylan, Richard Fiedler, Max Hilse, Evi Hoffmann, Annalena Liebner, Hanna Müller

Projektleitung: Max Hilse



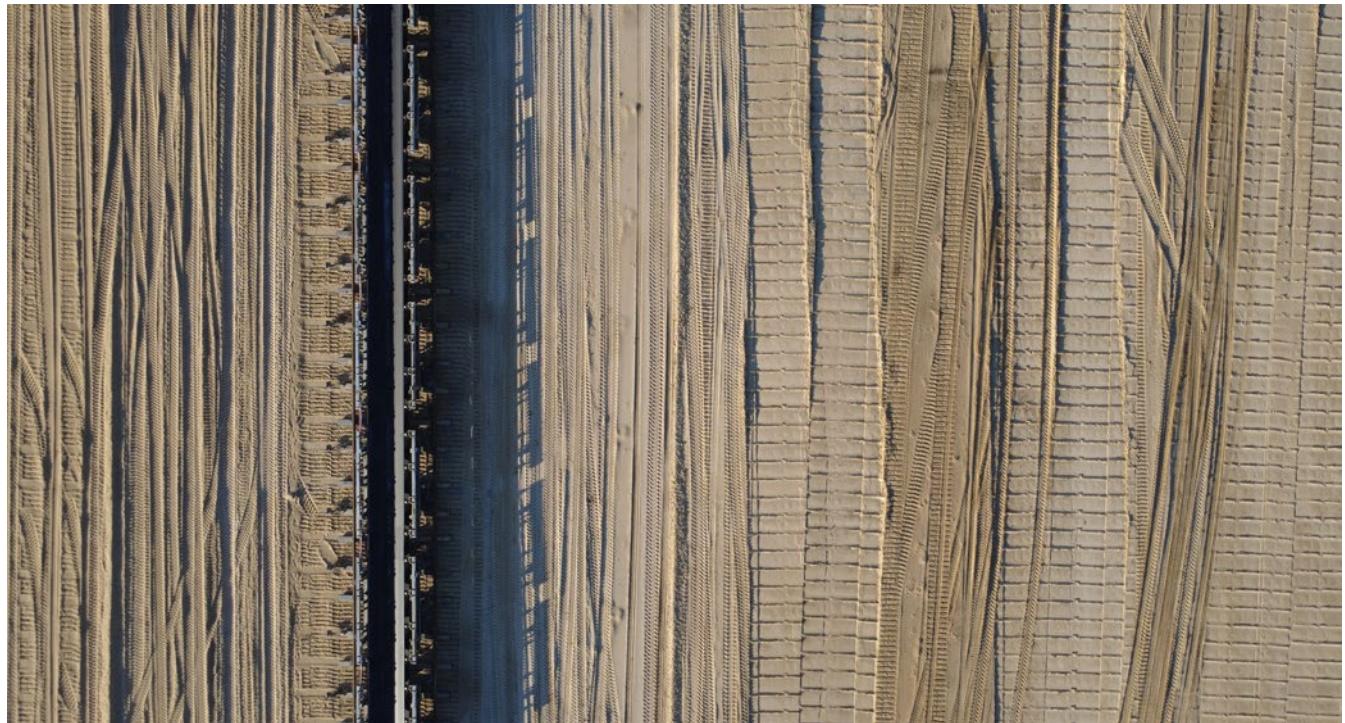
Tagebau Hambach: Samuel Buch, 24, Elsdorf

Im Westen der Republik frisst sich der Tagebau Hambach weiter in den Boden. Alles ist groß: die Kräne, die Löcher, die Versprechen. Was bleibt, ist eine Landschaft ohne Plan: bereit für Renaturierung, Innovationspark oder einfach für das nächste Luftbild.

Im Osten: gleiche Braunkohle, gleicher Bagger, weniger Schlagzeilen. Das Kraftwerk Boxberg wird 2038 als letztes deutsches Kohlekraftwerk vom Netz gehen.

Unsere Regionen haben jahrzehntelang das Licht am Leuchten gehalten, über 20 Prozent des deutschen Stroms kamen aus dem Rheinischen Revier oder dem Lausitzer Revier. Garzweiler, Hambach, Lausitz, Reichwalde: riesige Löcher, verschwundene Dörfer, Bagger, größer als Häuser. Unsere Eltern haben hier geschuftet, unsere Großeltern ganze Orte verlassen, weil der Strom eben irgendwoher kommen musste.

Als junger Mensch wächst man in diesen Landschaften auf und fühlt sich manchmal genauso leer geräumt. Ob Hambach oder Nockten: Die Fragen sind dieselben. Was bleibt, wenn die Bagger weiterziehen? Was kommt, wenn nichts geplant ist? Wer entscheidet über den Boden, auf dem ich wohne, und über das Leben, das ich in meinem Zuhause haben kann? Diese Orte sind Zuhause, kein Projekt. Zukunft wächst nicht aus der Grube. Zukunft wächst aus Vertrauen.



Tagebau Reichwalde: Fanny Wolff, 23, Brandenburg an der Havel, aufgewachsen in Rietschen



Aussichtspunkt Terra Nova: Samuel Buch, 24, Elsdorf

Auf dem Schwarz-Weiß-Bild ist nicht etwa ein Strand mit Sonnenschirmen und Liegen, sondern die Abbruchkante des Tagebaus Hambach zu sehen. In der Lausitz gibt es diese Strände tatsächlich.

Viele ehemalige Tagebaue wurden bereits renaturiert und geflutet und haben sich zu Naherholungsgebieten und touristischen Anlaufpunkten entwickelt. Eines der bekanntesten Beispiele ist der Barwälzer See – siehe Seite 60. 1992 wurde der Tagebau kurz vor dem geplanten Abriss der Gemeinde Klitten stillgelegt. 1997 wurde mit der Flutung des Tagebaus begonnen, 2009 wurde sie abgeschlossen. Entstanden ist der größte See Sachsen, der mit 13 Quadratkilometern ein beliebter Badesee geworden ist. Jährlich findet an seinem Strand eines der größten Festivals der Region statt.



Cottbuser Ostsee: Finn Weinert, 19, Cottbus

Zu sehen ist auf dem Bild oben der Cottbuser Ostsee, ca. 10 Monate vor dem Ende der Flutung. Ende 2024 hatte er seinen finalen Wasserpegel erreicht. Bis der See zum Baden zugelassen wird, wird es allerdings noch bis 2030 dauern. Ab dann soll übrigens auch der Tagebau Hambach geflutet werden. Voraussichtlich 2070 wird das abgeschlossen sein. Renaturierung und Strukturwandel allgemein sind Aufgaben für Generationen.



Ruine bei Aachen: Hanne Undorf, 24, Städteregion Aachen

Lost Places. Grau. Zurückgelassen. Verfallen. Auf dem ersten Bild, aufgenommen in einer ehemaligen belgischen Kaserne in der Nähe Aachens, steht prominent in schwarzen Versalien: „VERBODEN TE ROKEN“ („Rauchverbot“) – doch nicht nur darum kümmert sich hier wohl keiner mehr.

Das Schwarz-Weiß-Bild zeigt die Überreste eines vermutlich ehemals stattlichen alten Stadthauses in der Oberlausitzer Stadt Zittau. Die Ruine steht mitten im Zentrum. Diese Anarchie, die von Lost Places ausgeht, ein „Dem-Wandel-Trotzen“ und gleichzeitig „sich selbst(ständig) verwandeln“, zeigt nicht nur das gesprayte „A“ als Symbol der Anarchie.

Beide Bilder zeigen, dass Veränderung immer ungeplant und auch chaotisch erfolgt und dass sie Lücken lässt. 1988 hatte Zittau über 38.000 Einwohner, 2024 waren es mit Eingemeindungen noch 25.000 Einwohner. Andere Orte wie Weißwasser oder Hoyerswerda hat es noch schlimmer getroffen. An vielen Stellen gibt es prächtige Gebäude, aber zu wenige Menschen, um sie zu bewohnen.

Die vielen aktuellen Strukturwandelmaßnahmen gibt es, um einen erneuten Strukturbruch wie in den 90er-Jahren zu verhindern. Der Wandel heute ist langsamer, und die Schritte zum Ausgleich erfolgen für viele Menschen still und unscheinbar.

So hat sich z. B. Zittau in den letzten Jahren mit Ansiedlungen von Forschungsinstituten im Umfeld der Hochschule Zittau/Görlitz zu einem echten Forschungsstandort entwickelt. In Görlitz wird gerade mit dem Deutschen Zentrum für Astrophysik ein Großforschungszentrum aufgebaut, das in

Zukunft Arbeitsplätze für Menschen schaffen wird, die bislang nicht in Erwägung gezogen haben, in die Oberlausitz zu gehen oder zurückzukehren. Orte im Rheinischen Revier waren von einer solchen Abwanderung bisher nicht so stark betroffen, zu nah liegen dazu die Ballungszentren Köln und Aachen.



Ruine in Zittau: Jakob Gasse, 17, Dürrhennersdorf

Einer der ersten deutschsprachigen Dichter, Andreas Gryphius, schrieb schon 1637 in seinem bekannten Sonett „Es ist alles eitel“: „Wo itzund Städte stehn / wird eine Wiesen seyn.“ Viele blicken mit ähnlicher Skepsis auf den Strukturwandel. Abriss, Leerstand und Rückbau bestimmen allzu oft das Bild und prägen die öffentliche Wahrnehmung. Doch es gibt auch eine andere Realität.

Westwärts ragt das Universitätsklinikum Aachen als technoider Gigant: 257 Meter Sichtbeton, fast so lang wie die „Titanic“, 1985 in Betrieb gegangen, zuvor Europas größte Baustelle. Erschaffen auf grüner Wiese. Rasterfassaden, Leitungsstränge und Versorgungstürme stehen offen wie ein Schaltplan. Als anachronistisches Monument des Industriealters thront der Bau am Rande der Stadt und wirft einen futuristischen Schatten auf den benachbarten Universitätscampus Melaten.



Riese mitten in der Natur: Meliksah Uzeirovski, 19, Städteregion Aachen



Neues Muskauer Schloss: Fanny Wolff, 23, Brandenburg an der Havel, aufgewachsen in Rietschen

Auch die Türme des Neuen Muskauer Schlosses im Weltkulturerbe Fürst-Pückler-Park beherrschen ihre Umgebung. Das Schloss besticht ebenso mit Symmetrie und klaren geometrischen Formen. Das führt jedoch zu einem ganz anderen Erscheinungsbild. Das Schloss in seiner heutigen Form ist jünger als die Aachener Uniklinik. Das Neue Schloss bestand nach dem verheerenden Brand 1945 lange als rußgeschwärzte Ruine. Erst nach 1990 begann die Restauration. 2013 fand sie ihren Abschluss.

Die beiden abgebildeten Gebäude zeugen von menschlicher Gestaltungskraft, die aus Wiesen Krankenhäuser und aus überwucherten Ruinen wieder Schlösser macht. Strukturwandel ist mehr als Verlust. Er bietet die konkrete Chance, Räume neu zu denken.



Platz der Deutschen Einheit Neuss: Alexandra Ottensmann, 17, Neuss

Da wächst zusammen, was zusammengehört – oder? Die Wikipedia-Liste zum „Platz der Deutschen Einheit“ enthält 14 Einträge. Den Platz in Neuss im Rheinischen Revier hat bisher noch niemand ergänzt. Plätze wie diese gibt es von Braunschweig bis Wiesbaden, außerdem in drei ostdeutschen Städten. Besonders prunkvoll sind sie meist nicht. Die Orte, an denen die Schilder auf dem anderen Bild verkauft werden, sind nicht auf Wikipedia zu finden. Aber es kann wohl davon ausgegangen werden, dass sie überdurchschnittlich häufig da auftreten, wo es die Einheits-Plätze unterdurchschnittlich häufig gibt, nämlich in der ostdeutschen Provinz.

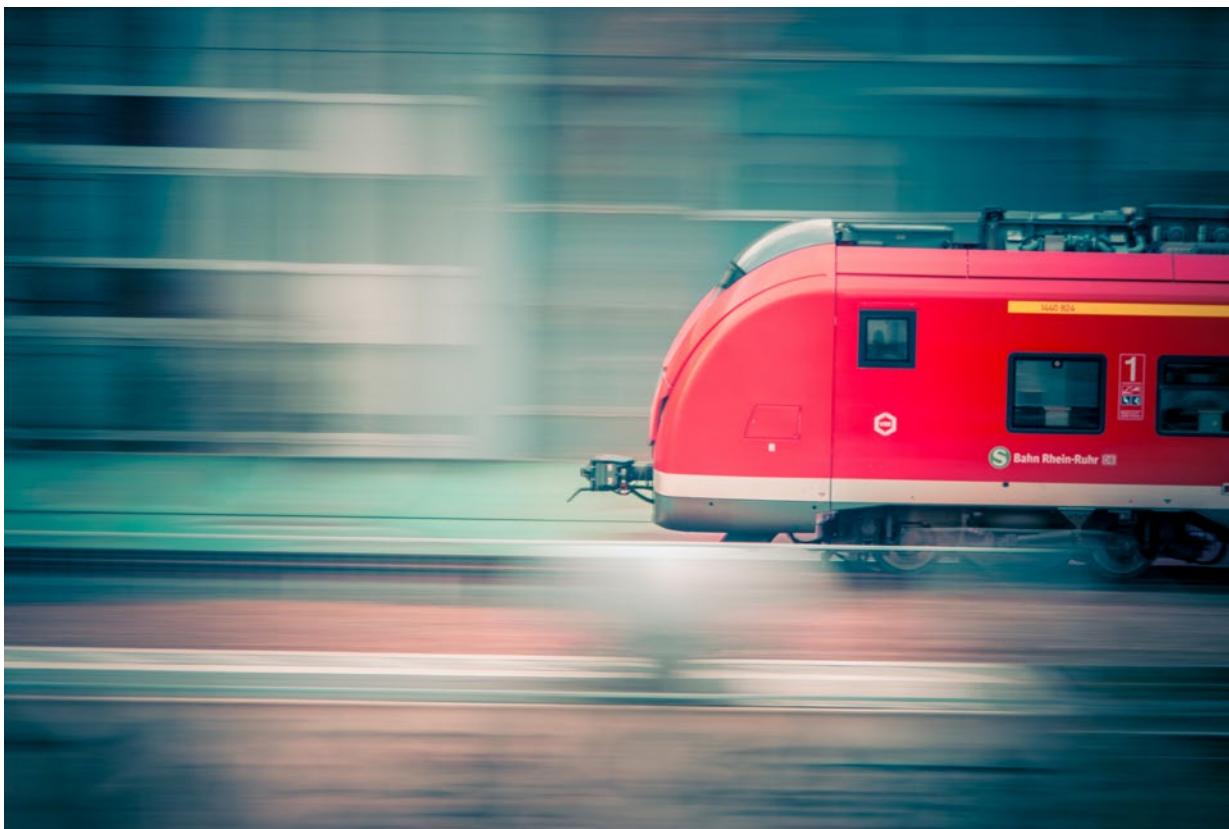
Was macht man mit einem Land, in dem solche Fotos entstehen? Zusammenschweißen ist jedenfalls nicht so einfach. In einer Umfrage von 2023 identifizierten sich 18 Prozent der Westdeutschen als westdeutsch, 40 Prozent der Ostdeutschen als ostdeutsch (Infratest Dimap). 61 Prozent der jungen ostdeutschen



Verkaufsstand auf einem Fest in der Lausitz: Nicoleta Zavidei, 21, NRW, aufgewachsen in Weißwasser

Generation denken, dass Ost-West-Konflikte existieren (MDR). Wie sollte es auch bei so viel Ährenkranz-Romantik anders sein? 2019 gaben Ostdeutsche in einer Umfrage an, durchschnittlich 68-mal seit 1989 den Westen besucht zu haben, die Westdeutschen waren 17-mal im Osten. 17 Prozent der Westdeutschen waren sogar noch nie dort (WDR).

Die genannten Umfragen und Bilder verdeutlichen unser Empfinden: Im Westen ist das Verhältnis zur Deutschen Einheit pflichtbewusst, aber gleichgültig. Im Osten scheint das lange positive Gefühl zur Einheit in den Hintergrund zu treten, und gerade bei vielen jungen Menschen scheint ein neues Ostbewusstsein zu entstehen. Auch die Mitglieder der Jugendjury aus der Lausitz empfinden sich als ostdeutsch. Bedenklich wird es allerdings, wenn aus einem starken Gefühl für das Eigene eine Ablehnung für das Andere und die Einheit wird.



„Schneller, weiter, höher“: Niklas Hartmann, 23, Rhein-Neuss-Kreis

Deutschland ist das Land zwischen Aachen und Görlitz, doch wer vom einen zum anderen Ende fahren möchte, hat es schwer. Umstieg in Frankfurt oder Köln, manchmal führt der Weg sogar über Berlin. Es gibt nur wenige Ost-West-Bahnverbindungen. Ist das ein Resultat des geringen Interesses füreinander oder sogar die Ursache? Wer weiß.

Mobilität bestimmt auch das Leben vor Ort. Die Lausitz ist seit über 170 Jahren stolze Eisenbahnregion. Davon zeugen auch viele stattliche Bahnhöfe, die leider zum Teil verfallen sind. So wie der in Löbau,

der auf dem Foto rechts zu sehen ist. In Cottbus wurde ein neues ICE-Instandhaltungswerk als Strukturwandelprojekt angesiedelt – mit etwa einer Milliarde Euro Investitionsvolumen.

Gerade für uns als junge Menschen, aber auch für Pendler, ist es für die Lebensqualität entscheidend, wie lange es bis zur nächsten Großstadt dauert. Durch weite Teile des Rheinischen Reviers rauscht die S-Bahn Rhein-Ruhr. Die Städteregion Aachen plant derzeit den Bau einer Regiotram. Auch in der Oberlausitz wurde in den letzten Jahren kontinuierlich die Taktung nach Dresden erhöht. Von

ländlichen Orten in der Lausitz ist die Anbindung zu regionalen Zentren wie Görlitz, Bautzen oder Cottbus aber oft schwierig, ganz zu schweigen von Metropolen wie Berlin oder Dresden.

Mobilität heißt für viele junge Menschen in ländlichen Räumen oft: erst Moped, im Osten meist Simson, und später Auto. Öffentliche Alternativen fehlen oft oder sind unzuverlässig. Besonders spürbar wird das dort, wo Bahnstrecken bis heute

nicht elektrifiziert sind, wie zwischen Dresden und Görlitz. Hier fahren bis heute ausschließlich Dieselloks, wodurch der Anschluss an den Fernverkehr ausbleibt. Trotz des langjährigen Engagements von Kommunen und Ländern bleibt eine verbindliche Zusage des Bundes aus. Eine gute Mobilitätsanbindung ist Gelingensbedingung für Strukturwandel. Es ist Zeit für einen Ausbau. Wenn nicht jetzt in Zeiten von Sondervermögen, wann dann?



Bahnhof Löbau: Max Ullmann, 21, Dresden, aufgewachsen in Löbau



Boxen: Aghayev Uzeyir, 16, Aachen

Jugendliche, kämpfend – nicht nur im Sport, sondern gegen: Erwartungen, Perspektivlosigkeit, strukturelle Leere. Boxen in Aachen, Camping in Demitz-Thumitz. Ein Rückzug aus dem Alltag, ein selbst geschaffener Raum in einem Land, das zu selten welchen bietet.

Beide Fotos zeigen junge Menschen, die nicht abgehängt sind, sondern gehalten werden. Von ihren Freunden, ihren Orten, ihren Ideen. Was jungen Menschen in den beiden Strukturwandelregionen oft fehlt, ist nicht Haltung, sondern Teilhabe.

Wenn man das wichtigste Ziel von Strukturwandel in wenigen Worten ausdrücken will, dann bedeutet es, eine Region so zu gestalten, dass junge Menschen in der Region bleiben oder nach Ausbildung und Studium zurückkommen. Dafür braucht es die richtige Arbeit vor Ort. Ein lebenswertes Umfeld mit kulturellen Angeboten und Orten der Begegnung. Vor allem braucht es andere junge Menschen, mit denen man sich gut versteht.

Auf diesen Gelingensbedingungen sollte der Fokus bei der Entwicklung der Regionen liegen, denn nur wenn es genug junge Menschen gibt, hat eine Region in Zukunft ausreichend Arbeitskräfte in Pflege und Industrie, neue Ideen für Unternehmen, engagierte Menschen in Vereinen und eine Perspektive.

Für diese Zukunft müssen wir in unseren Regionen gemeinsam kämpfen und dürfen dabei den Optimismus nicht verlieren. Nur wenn wir davon ausgehen, dass das Beste noch kommt, dass die Regionen vor Sonnenaufgang am Anfang des Tages und nicht kurz vor der Nacht stehen, kann man die Zukunft gestalten.

Wir stehen vor Sonnenaufgang, der Tag ist noch unverbraucht, und wir können ihn gemeinsam gestalten, ganz egal, ob in der westlichsten oder östlichsten Region Deutschlands.



Campingausflug: Alexander Natusch, 16, Bautzen

Teil B:
*Ausgewählte Vorhaben
der Bundesregierung in
der 21. Legislaturperiode
mit Bezug zu aktuellen
Herausforderungen in
Ostdeutschland*

Engagement und Ehrenamt in Ostdeutschland? Vielfältig und aktiv!

Millionen Menschen in Deutschland engagieren sich ehrenamtlich. Bürgerschaftliches und ehrenamtliches Engagement stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und fördert soziale Teilhabe – Engagierte sind stärker mit ihrer Gemeinschaft verbunden und besser vernetzt. Besonders in Ostdeutschland liegt der Fokus vielfach auf gemeinschaftsbildenden Aktivitäten wie Sport, Kultur, Freizeit und Umweltschutz. Zwar ist die Quote zivilgesellschaftlich engagierter Menschen in Ostdeutschland mit rund 37 Prozent etwas geringer als im Westen (40,4 Prozent)¹, jedoch nähern sich die Engagementzahlen durch den starken Anstieg im Osten seit der Deutschen Einheit zunehmend an.

Obwohl die urbanen Zentren wachsen, ist der Osten Deutschlands weiterhin ländlich und strukturschwach geprägt. Hier braucht es mehr Mitstreiterinnen und Mitstreiter für Engagement und Ehrenamt. Denn auch wenn das Engagement in ländlichen Räumen in Deutschland mit 41,6 Prozent der Bevölkerung tendenziell höher liegt als in städtischen Regionen (38,8 Prozent), gilt dies nicht für eher ländliche Räume mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage (30 Prozent) sowie für sehr ländliche (35 Prozent) Räume mit einer weniger guten sozioökonomischen Lage.² Also insbesondere für Dörfer und Städte in Ostdeutschland.

In diesen ländlichen Regionen Ostdeutschlands treffen Engagierte oft auf spezifische Herausforderungen: Es fehlt an finanziellen Mitteln und gesellschaftlicher Anerkennung. Junge Menschen wandern ab. Die im Vergleich zu Westdeutschland schwächeren Strukturen der Engagementförderung erschweren zusätzlich die Koordination und Mobilisierung ehrenamtlicher Arbeit.

Gleichzeitig sind in Ostdeutschland Kooperationen zwischen Unternehmen und zivilgesellschaftlichen Organisationen besonders verbreitet. Es gibt pro Kopf mehr Vereine als in Westdeutschland, und informelle Formen von freiwilligem Engagement nehmen zu. Allerdings ist es wichtig, auch solche gesellschaftlichen Gruppen für ein Engagement zu gewinnen, die derzeit häufig noch an strukturellen Barrieren scheitern. Bessere Zugänge, etwa für Menschen mit geringem Einkommen, niedriger formaler Bildung oder mit Einwanderungsgeschichte sind entscheidend für die Nachwuchsgewinnung fürs Ehrenamt. Neben institutioneller Förderung können hier vor allem lokale Anlaufstellen einen wirkungsvollen Beitrag leisten.

¹ Freiwilligensurvey 2019.

² Tuuli-Marja Kleiner und Luise Burkhardt (2021): https://www.diw.de/de/diw_01.c.824080.de/publikationen/wochenberichte/2021_35_1/ehrenamtliches_engagement_soziale_gruppen_insbesondere_in_sehr_laendlichen_raeumen_unterschiedlich_stark_beteilt.html

Studie „Kommunale Engagementförderung“ im Auftrag der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt³

Was wird untersucht?

Wie sind die Rahmenbedingungen und Entwicklungen des bürgerschaftlichen Engagements auf kommunaler Ebene in den 16 Bundesländern?

Zentrale Befunde

In Westdeutschland gibt es eine lange Tradition bürgerschaftlichen Engagements. In Ostdeutschland sind historisch bedingt weniger Strukturen vorhanden, doch die Entwicklung ist positiv. Die Bedeutung von Engagementförderung ist bundesweit vergleichbar – Kommunen spielen eine zentrale Rolle.

Wie die Studie „Kommunale Engagementförderung“ zeigt, erkennen viele Kommunen den Wert des Ehrenamts. Zentrale Informations- und Beratungsangebote sind hilfreich, ersetzen aber nicht das lokale Wissen. Denn viele Herausforderungen lassen sich nur mit Kenntnis der konkreten Situation und Ansprechpersonen vor Ort bewältigen.

Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt

Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt (DSEE) unterstützt Menschen und ihre Organisationen bundesweit mit vielfältigen Angeboten. Sie gibt dem bürgerschaftlichen Engagement und Ehrenamt Impulse und bietet konkrete Hilfestellungen bei Fragen des ehrenamtlichen Alltags. Damit trägt die DSEE zu einer aktiven Zivilgesellschaft bei und stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Deutschland. Durch ihren Sitz im mecklenburgischen Neustrelitz sind die Stiftung und ihre Mitarbeiter besonders für die Herausforderungen des ostdeutschen Ehrenamts sensibilisiert.

Die DSEE unterstützt Engagement und Ehrenamt in Ostdeutschland

Ihren Auftrag erfüllt die Stiftung u. a. durch die Umsetzung von Förderprogrammen sowie der Förderung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben. Bis 2024 hat die DSEE rund 13.100 Förderanträge mit einem Volumen von rund 120 Millionen Euro bewilligt. 80 Prozent dieser Mittel flossen in strukturschwache und ländliche Räume. Davon waren rund 4.750 Projekte mit einem Fördervolumen von 52 Millionen Euro in Ostdeutschland (mit Berlin) angesiedelt. Die Zahl der bewilligten Anträge aus Ostdeutschland nimmt dabei stetig zu und hat sich seit 2020 mehr als verdoppelt.

³ Hanna Kribbel und Ralph Richter (2024): Kommunale Engagementförderung. Eine bundesweite Untersuchung kommunaler Unterstützungsstrukturen für Engagement und Ehrenamt. Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt. Neustrelitz.

Gemeinsam mit ihren Programmpartnern, dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement und dem Thünen-Institut für Regionalentwicklung e. V., hat die DSEE das Programm „EngagierteLand“ ins Leben gerufen. Es unterstützt lokale Gemeinschaften in strukturschwachen ländlichen Gebieten bei der Förderung von bürgerschaftlichem Engagement, Ehrenamt und Beteiligung vor Ort. Im Jahr 2025 sind bundesweit 93 Engagement-Netzwerke Teil des Programms, 57 davon in Ostdeutschland. Weitere Synergien entstehen bei der Zusammenarbeit mit dem Programm „Neulandgewinner“ des Thünen-Instituts für Regionalentwicklung e. V. und des Neuland gewinnen e. V., etwa durch Kooperationen bei Veranstaltungen oder die Vernetzung der Akteure. Darüber hinaus beteiligt sich die Stiftung am Aufbau der Gemeinschaftsinitiative Zukunftsweg Ost – einem Bündnis bundesweit tätiger Stiftungen zur Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements und des demokratischen Miteinanders in Ostdeutschland. Im Modellvorhaben „Regionale Engagementzentren stärken – Engagierte und Ehrenamtliche vor Ort gewinnen“ fördert die DSEE mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales und gesellschaftlichen Zusammenhalt (SMS) seit 2024 den Auf- und Ausbau von zehn engagementunterstützenden Strukturen in strukturschwachen oder ländlichen Räumen Sachsens.

Auch kleine Impulse können eine große Wirkung erzielen

Gerade in strukturschwachen und ländlichen Regionen stellen bürgerschaftliches Engagement und Ehrenamt eine tragende Säule eines lebendigen Gemeinwesens dar. Das Mikroförderprogramm für strukturschwache und ländliche Räume ist eines der wirkungsvollsten Angebote der DSEE. Gemeinnützige Organisationen, die ein Projekt dort durchführen, können hier Förderung bis zu 1.500 Euro erhalten. Ziel ist es, Engagierte bei der Ausübung ihres bürgerschaftlichen Engagements

oder Ehrenamts mit einem niedrigschwelligen Angebot zu unterstützen. Bis 2024 wurden über dieses Programm rund 7.500 Projekte gefördert, davon 2.900 aus Ostdeutschland.

Gerade in Regionen mit wenigen Anlaufstellen sind die niedrigschwelligen Beratungsangebote der DSEE besonders gefragt. Engagierte in Ostdeutschland (ohne Berlin) nutzen sie zu 63 Prozent häufiger als Westdeutsche. Die Themen ähneln sich jedoch in Ost und West: Bürokratie, Recht und Steuern betreffen Engagierte überall.

Best Practice: „KommA – Kommunale Allianzen gegen Rassismus“

Ein weiteres Beispiel für die Stärkung des Ehrenamts in Ostdeutschland ist das von der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, zugleich Beauftragte der Bundesregierung für Antirassismus, geförderte Projekt „KommA – Kommunale Allianzen und Strategien gegen Rassismus und Hass“. In mehreren ostdeutschen Modellkommunen – darunter Jena, Görlitz und Wismar, in den Landkreisen Mittelsachsen und Vorpommern-Greifswald – unterstützt das Projekt kommunale Verwaltungen sowie ehrenamtlich Engagierte beim Aufbau von Allianzen gegen Rassismus und Diskriminierung.

Besonders hervorzuheben ist die gezielte Ansprache und Unterstützung ehrenamtlicher Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die in Ostdeutschland vielerorts zentrale Verantwortung tragen. Durch Schulungen, Bedarfsabfragen und Handreichungen werden sie im Umgang mit Anfeindungen gestärkt und erhalten praxisnahe Hilfestellungen. Ergänzend schafft das Projekt Räume für Vernetzung und kollegialen Austausch, etwa durch digitale Plattformformate und regionale Workshops. Damit trägt „KommA“ nicht nur zum Schutz und zur Stärkung von Ehrenamtlichen bei, sondern entwickelt auch nachhaltige Strukturen für kommunales

Engagement und gesellschaftlichen Zusammenhalt in strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands.

Engagement im Osten wertschätzen und anerkennen

Der Wettbewerb „machen!“ der Beauftragten der Bundesregierung für Ostdeutschland fand 2025 zum sechsten Mal statt – und bereits zum dritten Mal in Kooperation mit der DSEE. Über 1.100 Projektideen wurden 2025 eingereicht – ein Plus von über 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Insgesamt wurden 834.000 Euro an Preisgeldern vergeben. Ausgezeichnet werden Projekte aus ländlichen Regionen Ostdeutschlands. Die Zahlen zeigen es: Der Engagement-Wettbewerb „machen!“ ist ein erfolgreiches Format zur Unterstützung des bürgerlichen Engagements. Auch der bundesweite Deutsche Engagementpreis macht ehrenamtliches Engagement sichtbar. Hier kamen im letzten Jahr 18,6 Prozent der Nominierten aus Ostdeutschland. Das zeigt, wie stark das ostdeutsche Ehrenamt mittlerweile ist.

Gemeinschaftsinitiative Zukunftsweg Ost

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu schützen, ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Mit dem Ziel, einen Beitrag zu dieser gesamtgesellschaftlichen Aufgabe zu leisten und das Engagement in Ostdeutschland zu stärken, haben sich mehrere Stiftungen auf Initiative der ZEIT Stiftung Bucerius, Cellex Stiftung, Freudenberg Stiftung und dem Bundesverband Deutscher Stiftungen zusammengeschlossen. Ihr Fonds Zukunftswege Ost (ZWO) fördert unbürokratisch mit privaten Mitteln Vereine, zivilgesellschaftliche Strukturen

und Kooperationsnetzwerke, die sich in ländlichen und strukturschwachen Regionen für Demokratie, Vielfalt und Zusammenhalt in Ostdeutschland engagieren. Im ersten Jahr hat der Mikroförderfonds über 200 Projekte gefördert und mit fast einer Million Euro demokratisches Engagement in Ostdeutschland unterstützt. Und zwar mit privaten Mitteln.

BULEplus-Vorhaben – „Aller.Land“

Bemerkenswert ist auch das Vorhaben⁴ „Aller.Land – zusammen gestalten. Strukturen stärken.“ Finanziert wird „Aller.Land“ von dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) und dem Bundesministerium für Landwirtschaft, Ernährung und Heimat (BMLEH) aus Mitteln des Bundesprogramms „Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus)“ sowie aus Mitteln der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Das Bundesministerium des Innern (BMI) ist Programmpartner. Seit Mai 2023 fördert „Aller.Land“, Kultur, Beteiligung und Demokratie vor allem in strukturschwachen ländlichen Räumen. Über einen Zeitraum von sechs Jahren sollen in 30 deutschen Regionen – elf davon in Ostdeutschland – Kulturvorhaben entwickelt werden. Das alles geschieht unter maßgeblicher Beteiligung von ehrenamtlich getragenen Initiativen. Ziel sind neue Allianzen zwischen Kultur und Demokratiearbeit, politischer Bildung und Regionalentwicklung. So soll z. B. das Projekt „Stadt.Land.Kult(o)ur – demokrATISCH unterwegs“⁵ Begegnungen zwischen Menschen und den Meinungsaustausch im Alltag anregen. Engagierte reisen dabei mit Formaten wie dem „Altenburger Tisch“ und dem „PoliTISCH“ durch die Region und schaffen Raum für Gespräche.

⁴ Mit dem Bundesprogramm „Ländliche Entwicklung und Regionale Wertschöpfung (BULEplus)“ werden ressortübergreifend modellhafte Lösungsansätze für die Herausforderungen ländlicher Räume gefördert.

⁵ Thüringen, Landkreis Altenburger Land.

Ungenutztes Fachkräftepotenzial: Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost und West

Eine starke Fachkräftebasis ist die Grundlage für den wirtschaftlichen und den gesellschaftlichen Wohlstand unseres Landes. Trotz der derzeit ange spannten Arbeitsmarktlage können Unternehmen bereits heute freie Stellen oft nicht mit qualifizierten Arbeitskräften besetzen. Die demografische Entwicklung wird diesen Trend zukünftig weiter verschärfen. Denn von den knapp 35 Millionen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland sind über 8 Millionen mindestens 55 Jahre alt. Sie stehen dem Arbeitsmarkt voraussichtlich nur noch für zehn bis zwölf Jahre zur Verfügung. Insbesondere in Ostdeutschland werden in den nächsten Jahren viel mehr Ältere den Arbeitsmarkt verlassen, als Jüngere nachkommen.⁶

Zudem sind ländliche Räume im Vergleich zu den städtischen Regionen Deutschlands über durchschnittlich stark von Fachkräfteengpässen betroffen. Dies gilt besonders für strukturschwache ländliche Räume Ostdeutschlands, was eng mit der dort weiter fortgeschrittenen demografischen Alterung zusammenhangt.⁷

Umso wichtiger ist es, mit gezielten Maßnahmen gegenzusteuern. Dazu gehört etwa die Weiterentwicklung der Fachkräftestrategie der Bundesregierung. Dabei kommt es erheblich auf die Erhöhung

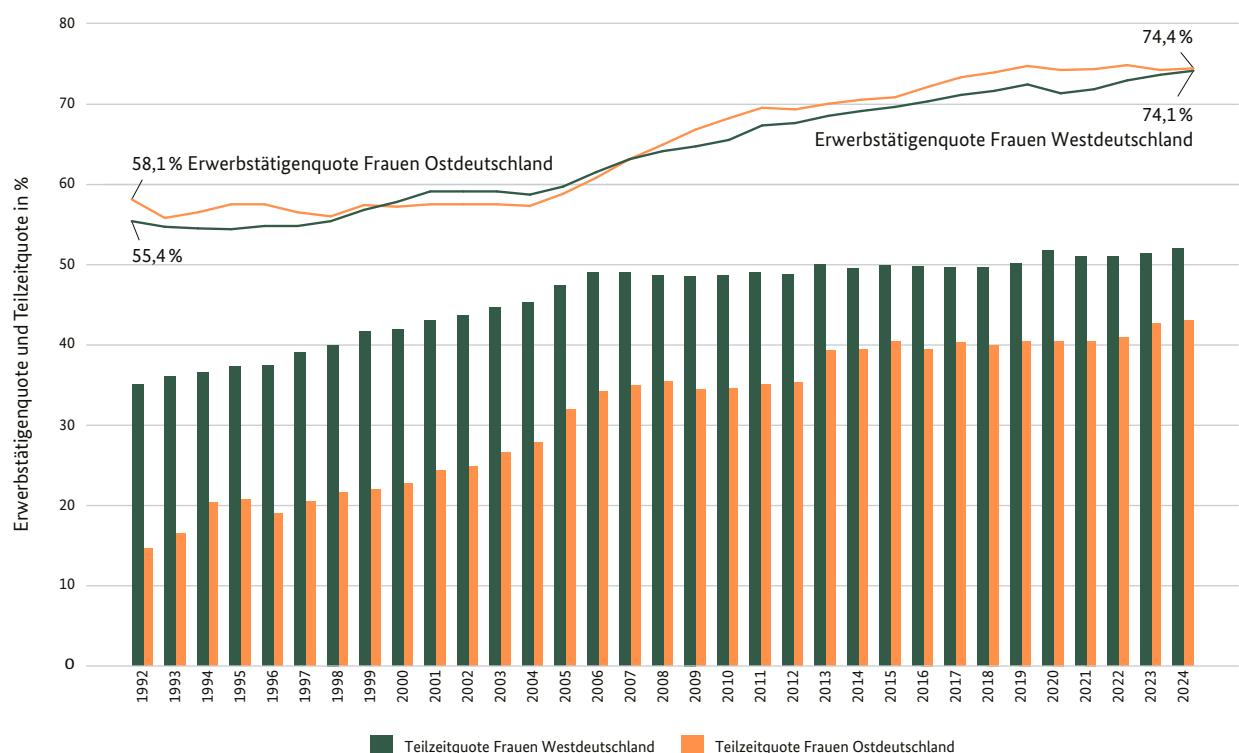
der Erwerbsbeteiligung von Frauen an. Denn hier liegt eines der größten Beschäftigungspotenziale zur Fachkräfte sicherung im Inland. Ostdeutschland kann hier als Vorbild dienen. Hier ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen seit jeher höher als in Westdeutschland.

Ein Blick auf den Anteil der Frauen, die – unabhängig vom Stundenumfang – überhaupt einer Erwerbstätigkeit nachgehen, zeigt zwei Dinge: Erstens ist in ganz Deutschland der Anteil berufstätiger Frauen seit dem Fall der Mauer stetig gestiegen. Zweitens war im Osten unseres Landes die Frauenerwerbsbeteiligung lange höher als im Westen. Zuletzt haben sich die Werte jedoch stark angeglichen: Die Erwerbstätigenquote von Frauen in Ostdeutschland beträgt aktuell 74,4 Prozent, in Westdeutschland 74,1 Prozent (Abbildung 1). Wird hingegen auch der Umfang der Arbeitsmarktbeteiligung betrachtet, so zeigt sich, dass der Anteil der nur teilzeitbeschäftigen Frauen im gesamten Zeitraum in Ostdeutschland deutlich niedriger lag und liegt als in Westdeutschland: Zuletzt waren 42 Prozent der Frauen in Ostdeutschland in Teilzeit tätig, während die Teilzeitquote in Westdeutschland 10 Prozentpunkte höher lag (Abbildung 1). Darüber hinaus arbeiten in Teilzeit beschäftigte Frauen in Ostdeutschland mit durchschnittlich

⁶ Quelle: IAB-Kurzbericht Nr. 08/2025.

⁷ Quelle: Peters, J. C. (2024): Fachkräfteengpässe in ländlichen Räumen. Braunschweig: Thünen-Institut für Innovation und Wertschöpfung in ländlichen Räumen, 2 p, Zahlen & Fakten zur Wirtschaft in ländlichen Räumen 01/2024.

Entwicklung der Erwerbstägenquote⁸ und der Teilzeitquote⁹ von Frauen in Ost- und Westdeutschland für die Jahre 1992 bis 2024 (Abb. 1)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung BMAS

25,7 Stunden in der Woche deutlich länger als teilzeitbeschäftigte Frauen in Westdeutschland (21,1 Stunden pro Woche).¹⁰

Diese unterschiedlich ausgeprägte Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost und West hat verschiedene Gründe. So sorgen historisch bedingte Einstellungen dafür, dass Frauen in Ostdeutschland häufiger berufstätig sind und maßgeblich zum Haushalteinkommen beitragen.

In beiden Landesteilen ist die Erwerbsbeteiligung von Frauen eng verknüpft mit der Organisation der Kinderbetreuung. Die DDR war wirtschaftlich

auf eine hohe Frauenbeschäftigung angewiesen und förderte dies im Unterschied zur Bundesrepublik durch flächendeckende Kinderbetreuungsangebote und eine politisch gewünschte Kultur, in der Frauen Vollzeit arbeiten sollten, während in der Bundesrepublik häufig ein Hauptverdiener für das Familieneinkommen sorgte. Diese Pfadabhängigkeit prägt den Arbeitsmarkt in Ost und West bis heute. Gleichwohl hat seit dem Fall der Mauer eine deutliche Annäherung bei der Frauenerwerbsbeteiligung stattgefunden. Grundlage hierfür war der rasche Aufholprozess Westdeutschlands beim Ausbau der Kinderbetreuung für die 3- bis 5-Jährigen. Die Betreuungsquoten¹¹ liegen hier mittlerweile

⁸ Erwerbstägenquote: Anteil der Erwerbstägen in der Altersgruppe 15 bis unter 65 Jahre an der gleichaltrigen Bevölkerung. Erstergebnisse des Mikrozensus für das Jahr 2024.

⁹ Teilzeitquote von abhängig Beschäftigten. Erstergebnisse des Mikrozensus für das Jahr 2024.

¹⁰ Quelle: Destatis, Erstauswertung Mikrozensus 2024.

¹¹ Die zugrunde gelegten Daten zur Bevölkerung beruhen auf den Angaben des Statistischen Bundesamts zur Bevölkerungsfortschreibung auf Basis der Volkszählung 1987/1991 bzw. ab Berichtsjahr 2014 des Zensus 2011.

bei 93,7 Prozent im Osten und 91,2 Prozent im Westen Deutschlands. Demgegenüber bestehen in der Akzeptanz und der tatsächlichen Betreuung für Kinder unter drei Jahren weiterhin große Unterschiede zwischen den beiden Landesteilen. Die Betreuungsquoten liegen hier bei 55,2 Prozent im Osten und 33,9 Prozent im Westen (Abbildung 2).

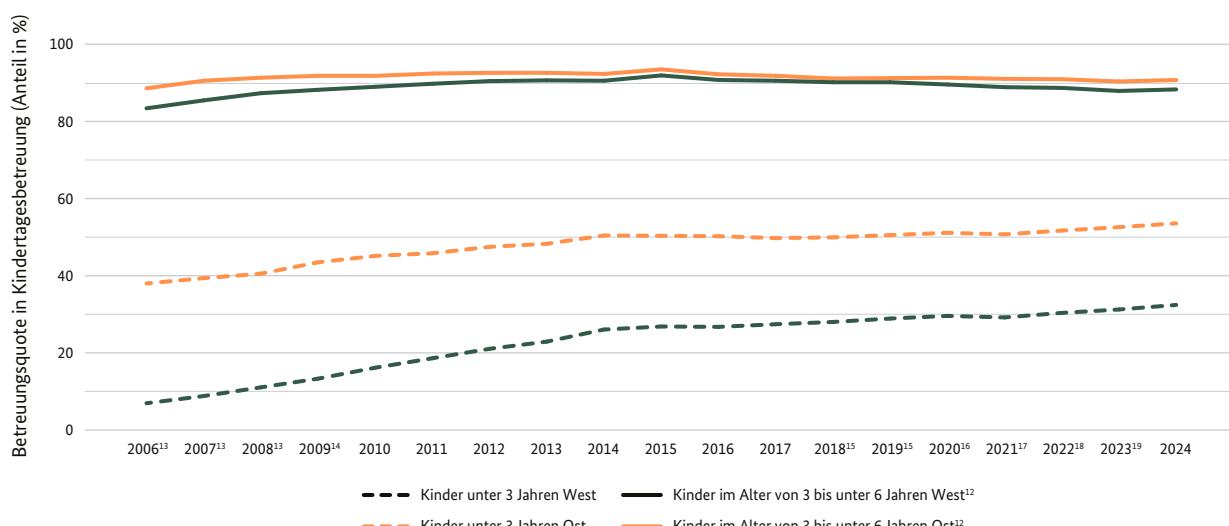
Um die Erwerbsbeteiligung von Frauen und insbesondere von Müttern weiter zu erhöhen, plant die Bundesregierung in dieser Legislaturperiode verschiedene Maßnahmen:

Ein bedarfsgerechtes und verlässliches Betreuungsangebot ist die grundlegende Voraussetzung

für das Erschließen zusätzlicher Beschäftigungspotenziale. Allerdings besteht gerade in Westdeutschland und in Ballungsräumen weiterhin ein erheblicher Mangel an Betreuungsplätzen.

Deshalb fördert der Bund Infrastrukturinvestitionen mithilfe des Sondervermögens Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK): Den Ländern werden zukünftig Finanzhilfen im Bereich Kindertagesbetreuung zur Verfügung gestellt, ab dem Jahr 2026 bis 2029 jährlich 940 Mio. Euro aus dem SVIK. Zudem trägt der Bund den Belastungen der Länder bei Teilen der Betriebskosten in der Kindertagesbetreuung im Rahmen der Umsatzsteuerverteilung mit 845 Mio. Euro jährlich Rechnung.

Betreuungsquote von Kindern im Alter bis unter 6 Jahre in Kindertagesbetreuung 2006 bis 2024 (Anteil in %)¹² (Abb. 2)



Quelle: Statistisches Bundesamt, Darstellung Arbeitsstab Ostdeutschland

¹² Inkl. Kinder, die vorschulische Einrichtungen besuchen.

¹³ 2006 bis 2008 ohne Schulkinder in Kindertagespflege.

¹⁴ Untererfassung der Zahl der von Tagesmüttern/Tagesvätern betreuten Kinder, die gleichzeitig eine Kindertageseinrichtung besuchen, in den Statistikmeldungen des Landes Hamburg für das Berichtsjahr 2009.

¹⁵ Angaben für 2019 ohne Daten der Stadt Zossen (Brandenburg), sodass von einer geringen Untererfassung auszugehen ist.

¹⁶ Für Nordrhein-Westfalen 2020 Untererfassung von ca. 50 Kitas mit ca. 2.000 betreuten Kindern.

¹⁷ 2021 Untererfassung von Kindern in (vor-)schulischen Einrichtungen in Hessen und Rheinland-Pfalz; zudem können unterschiedliche Maßnahmen der Bundesländer während der Pandemie nicht näher quantifizierbare Auswirkungen auf die Daten der Kinder in Kindertagesbetreuung gehabt haben.

¹⁸ 2022 geringe Untererfassung für Thüringen, da ohne Daten einer Kindertageseinrichtung aus dem Kyffhäuser Kreis.

¹⁹ 2023 geringe Untererfassung in Thüringen, da ohne Kyffhäuser Kreis und einer Kindertageseinrichtung in Jena.

In Westdeutschland helfen diese Mittel vor allem dabei, den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu erfüllen und die Erwerbstätigkeit von Eltern zu begünstigen. Demgegenüber rücken in den ostdeutschen Flächenländern, in denen das Betreuungsangebot traditionell besser ausgebaut ist, Sanierungen für den Erhalt benötigter Plätze und Potenziale für Qualitätsverbesserungen in den Fokus.

Zudem soll das Kita-Qualitätsgesetz laut Koalitionsvertrag durch ein Qualitätsentwicklungsgesetz abgelöst werden, welches bundesweite Standards setzt, zum Beispiel die verpflichtende Teilnahme aller vierjährigen Kinder an einer Erhebung des Sprach- und Entwicklungsstands. Außerdem sollen laut Koalitionsvertrag Sprach-Kitas und Startchancen-Kitas zusätzlich gefördert werden. Das sind wichtige Beiträge des Bundes zu einem qualitativ hochwertigen Angebot der Kindertagesbetreuung.

Entscheidend sind außerdem ganztägige Betreuungsangebote für Kinder vor allem von Alleinerziehenden. Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kindern im Grundschulalter wird jahrgangsweise ab 2026 eingeführt und gilt ab 2029 für alle Kinder in den Klassen 1 bis 4. Der Bund unterstützt dieses Vorhaben mit Finanzhilfen in Höhe von 3,5 Mrd. Euro für Investitionen in die Infrastruktur. Um den zusätzlichen laufenden Belastungen bei den Betriebskosten der Länder infolge des Rechtsanspruchs Rechnung zu tragen, wurde zudem eine Änderung der vertikalen Umsatzsteuerverteilung zugunsten der Länder geregelt, von 135 Mio. Euro 2026 stufenweise ansteigend auf 1,3 Mrd. Euro pro Jahr ab 2030.

Den qualitativen Ausbau der Ganztagsbetreuung im Grundschulalter wird der Bund weiterhin fachlich eng begleiten. Ziel ist die kindgerechte und hochwertige Umsetzung des Rechtsanspruchs,

um das Wohlbefinden der Kinder sicherzustellen und ihre Familien weiter zu stärken.

Wichtig ist die Erkenntnis, dass die Kindertagesbetreuung ein Schlüsselarbeitsmarkt ist: Gibt es hier zu wenige Fachkräfte und damit keine verlässliche Kindertagesbetreuung, verschärfen sich die Fachkräfteengpässe auch in anderen Branchen und bremsen die gesamte Wirtschaftsdynamik des Landes aus. Deshalb adressieren Bund, Länder und Kommunen die Fachkräfteengpässe in der Kindertagesbetreuung mit vielfältigen Maßnahmen. Beispielsweise rekrutiert die Zentrale Auslands- und Fachvermittlung (ZAV) der Bundesagentur für Arbeit mit dem Programm „Willkommen im Kindergarten“ Erzieherinnen und Erzieher aus Spanien. Das Projekt „Shaping the Future“ erprobt die Anwerbung von Erzieherinnen und Erziehern aus Kolumbien. Der „Kompass Erziehungsberufe“ gibt zudem allen Interessierten Hinweise, wie der Berufseinstieg in Kita oder Ganztagsbetreuung am besten gelingen kann.

Darüber hinaus plant die Bundesregierung eine steuerbefreite Teilzeitaufstockungsprämie. Sie soll wirksame Anreize zur dauerhaften Ausweitung der Arbeitszeit von Teilzeitbeschäftigten setzen. Hierzu sollen zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers, die neben dem Arbeitslohn für die Aufstockung gewährt werden, steuerfrei gestellt werden.

Eine Ausweitung der Arbeitszeit von Frauen könnte Fachkräfteengpässe in West und Ost abmildern. Die geplanten Maßnahmen der Bundesregierung haben deshalb insbesondere diese Zielgruppe im Blick. Darüber hinaus sollten die bestehenden Ungleichheiten zwischen Frauen und Männern bei der unbezahlten Sorgearbeit weiter abgebaut werden. Auch hier geht der Osten mit einem deutlich geringeren Gender Care Gap voran.²⁰

²⁰ DIW Wochenbericht 9/2023 und BMFSFJ (2020): Was der Gender Care Gap über Geld, Gerechtigkeit und die Gesellschaft aussagt. Einflussfaktoren auf den Gender Care Gap und Instrumente für seine Reduzierung.

Das „Gesamtdeutsche Förder- system für strukturschwache Regionen“

Wirtschaftlich starke und lebenswerte Regionen mit gutem gesellschaftlichem Zusammenhalt sind wichtig. Sie sorgen für nachhaltiges Wachstum, sichere Arbeitsplätze, Wohlstand und eine wehrhafte Demokratie in ganz Deutschland. Seit 2020 ist das „Gesamtdeutsche Fördersystem für strukturschwache Regionen“ (GFS) die wichtigste ressortübergreifende Struktur der Bundesregierung für die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse. Im GFS sind sowohl regionalwirksame Programme des Bundes als auch gemeinsame Programme von Bund und Ländern gebündelt. Das GFS enthält eine Vielzahl von Programmen aus den verschiedensten Bereichen: Unternehmensförderung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge, Digitalisierung, Forschung und Innovation, Fachkräftesicherung, Umwelt- und Klimaschutz sowie Stärkung der Demokratie, der Teilhabe und des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die Programme adressieren entweder ausschließlich strukturschwache Regionen oder tragen durch bessere Förderkonditionen oder einen überproportionalen Mitteleinsatz für strukturschwache Regionen zu deren Stärkung bei. Dies unterstützt ganz maßgeblich die positive Entwicklung in Ostdeutschland.

In der 20. Legislaturperiode wurde das GFS in einem ressortübergreifenden Prozess weiterentwickelt.

Dazu gehörten eine Analyse der räumlichen Verteilung der Fördermittel und eine programmübergreifende Evaluation. Zentrale Ergebnisse dieses Prozesses finden sich im Gleichwertigkeitsbericht der Bundesregierung 2024. Seit der Weiterentwicklung des GFS sind einzelne Programme noch besser auf die Förderung gleichwertiger Lebensverhältnisse und die Transformation der Wirtschaft ausgerichtet. Auch die Architektur des GFS wurde optimiert.

Im Koalitionsvertrag für die 21. Legislaturperiode bekennen sich die Regierungsparteien dazu, mithilfe des GFS einen Beitrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu leisten und das GFS auch in dieser Legislaturperiode weiterzuentwickeln. Die Analyse der räumlichen Mittelverteilung im GFS soll verstetigt werden. Es wird geprüft, ob weitere Programme des Bundes, die einen substantiellen Beitrag zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse leisten, in die Analyse einbezogen werden können. Zudem soll das GFS erneut programmübergreifend evaluiert werden. Die Architektur des GFS wird darüber hinaus fortlaufend auf Anpassungs- und Erweiterungsmöglichkeiten überprüft. Ebenso ist es wichtig, die Bekanntheit des GFS zu erhöhen, damit strukturschwache Regionen die Mittel noch stärker in Anspruch nehmen.

GRW

35 Jahre nach der Wiedervereinigung lässt sich Deutschland anhand vieler zentraler sozioökonomischer Indikatoren nicht mehr eindeutig in Ost und West unterteilen. Vielmehr haben sich die Unterschiede zum Beispiel mit Blick auf die wirtschaftliche Dynamik oder die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt deutlich verringert.

Einen wichtigen Beitrag zu diesem Aufholprozess Ostdeutschlands hat die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) geleistet. Sie ist das regionalpolitische Leitinstrument Deutschlands.

Im Rahmen der GRW haben der Bund und die ostdeutschen Länder (einschließlich Berlin) in den letzten 35 Jahren gemeinsam Mittel von 64,4 Mrd. Euro für über 100.000 Vorhaben eingesetzt. Daraus sind Investitionen vor allem in den Bereichen der gewerblichen Wirtschaft und der wirtschaftsnahen Infrastruktur entstanden – mit einem Umfang von 260,5 Mrd. Euro. Außerdem gelang es, 3,1 Mio. Arbeitsplätze zu schaffen bzw. zu sichern.

Bereits in der letzten Legislaturperiode wurde die GRW umfassend reformiert. Derzeit arbeiten

Bund und Länder an einer Weiterentwicklung des Programms, die bis Ende des Jahres 2025 abgeschlossen sein soll. Ziel ist es, die Attraktivität und Effizienz der GRW-Förderung weiter zu erhöhen.

Einige beispielhafte GRW-Investitionsvorhaben in Ostdeutschland sind im Kasten auf den Seiten 82 und 83 dargestellt:

Berlin

Berlin-Adlershof ist Deutschlands größter Wissenschafts- und Technologiepark sowie zugleich der bedeutendste Medienstandort der Hauptstadt. Seit Mitte der 1990er-Jahre wird das Areal im Rahmen eines regionalen Entwicklungskonzepts mit Mitteln der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GRW) gefördert. Insgesamt flossen über 500 Mio. Euro an GRW-Mitteln in die Entwicklung des 4,6 km² großen Standorts. Neben zahlreichen weiteren Maßnahmen wurden nahezu alle Gründer- und Technologiezentren – etwa das Zentrum für Photovoltaik und Erneuerbare Energien (ZPV) – unterstützt. Der Fokus liegt insbesondere auf der Entwicklung alternativer, emissionsfreier Energien. Aktuell sind am Standort rd. 1.350 Unternehmen und 18 wissenschaftliche Einrichtungen mit insgesamt 29.100 Beschäftigten tätig. Hinzu kommen ca. 6.300 Studierende und rd. 950 Auszubildende.

Brandenburg

Ein herausragendes Beispiel erfolgreicher GRW-Förderung ist die Investition der Orafol Europe GmbH in Oranienburg: Bei einem Gesamtvolumen von 227 Mio. Euro wurden durch GRW-Zuschüsse i. H. v. rd. 36 Mio. Euro 500 Arbeitsplätze geschaffen. Viele weitere GRW-Förderungen gingen an kleine und mittlere Unternehmen. So flossen etwa 1,2 Mio. Euro GRW-Mittel an die Kunella Feinkost GmbH in Cottbus, wo 37 Arbeitsplätze entstanden. Im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur wurden unter anderem die Entwicklung des Industrieparks Schwarze Pumpe in Spremberg (Investitionen: 127,2 Mio. Euro, GRW-Förderung: rd. 100 Mio. Euro) sowie das touristische Erlebnisbad NaturTherme Templin (Investitionen: 56,6 Mio. Euro, GRW-Förderung: 40,1 Mio. Euro) maßgeblich unterstützt.

Mecklenburg-Vorpommern

In Rostock investierte die Liebherr-MCCtec Rostock GmbH 267,6 Mio. Euro in eine neue Betriebsstätte sowie in mehrere Erweiterungen. Die GRW-Förderung belief sich auf 30,6 Mio. Euro. Am Standort entstand ein modernes Zentrum für die Fertigung maritimer Krane, Frachtumschlag und Schulung – mit über 1.000 Beschäftigten.

Ein weiteres bedeutendes Projekt ist die Revitalisierung des Nationalparkzentrums Königsstuhl auf Rügen. Mit einem Investitionsvolumen von 17,1 Mio. Euro und GRW-Zuschüssen i. H. v. rd. 15,9 Mio. Euro wurde unter anderem ein barrierefreier Zugang über den Königsstuhl geschaffen.

Sachsen

Im Industriepark Schwarze Pumpe im Landkreis Bautzen entstand mit dem Gründer- und Gewerbezentrum Dock3 eine zentrale Anlaufstelle zur Stärkung regionaler Unternehmensnetzwerke. Das Vorhaben wurde mit GRW-Mitteln i. H. v. rd. 6,3 Mio. Euro gefördert. Die Inbetriebnahme und zügige Vermarktung verdeutlichen den wirtschaftlichen Erfolg.

Die Max Knobloch Nachf. GmbH – Deutschlands ältester Briefkastenhersteller – verlagerte ihre Produktion in den Landkreis Mittelsachsen (Döbeln). Für die Erweiterung wurden GRW-Mittel i. H. v. 4,9 Mio. Euro bei einer Gesamtinvestition von 16 Mio. Euro bewilligt.

Sachsen-Anhalt

In Halberstadt investierte die Daimler Truck AG 354,2 Mio. Euro in ein neues Global Parts Center, das weltweit 20 regionale Logistikzentren versorgt. Die GRW-Förderung betrug 8,3 Mio. Euro. Mit dem Projekt entstehen bis zu 450 neue Dauerarbeitsplätze.

Das Besucherzentrum am UNESCO-Welterbe Naumburger Dom vermittelt den Welterbegedanken und stellt die Kulturlandschaft Saale-Unstrut-Elster vor. Die Herrichtung des Zentrums wurde bei Investitionskosten von 9 Mio. Euro mit 8,6 Mio. Euro aus GRW-Mitteln unterstützt.

Thüringen

Zu den vielen Erfolgsgeschichten der GRW-Förderungen des Landes zählt die Investition der N3 Engine Overhaul Services GmbH & Co. KG in Arnstadt i. H. v. 138,6 Mio. Euro, die mit GRW-Zuschüssen i. H. v. rd. 30,4 Mio. Euro zur Schaffung von über 650 Arbeitsplätzen führte. Außerdem zu erwähnen sind die GRW-Förderungen i. H. v. insgesamt 8,8 Mio. Euro für Investitionen des Batterieherstellers Contemporary Amperex Technology Thuringia AG in Arnstadt, die zur Schaffung von 150 Arbeitsplätzen führten.

Im Bereich der wirtschaftsnahen Infrastruktur wurden Investitionen i. H. v. 129 Mio. Euro in die Erschließung des Industriegebiets „Erfurter Kreuz“ mit GRW-Zuschüssen i. H. v. rd. 100 Mio. Euro gefördert. Die Erschließung des Industriegebiets Cretzschwitz in Gera wurde mit 10,8 Mio. Euro bei einem Investitionsvolumen von 12,4 Mio. Euro bezuschusst.

Im Rahmen der Bundesgartenschau 2021 entstand in Erfurt mit dem „Danakil“ das weltweit erste kombinierte Wüsten- und Urwaldhaus. Das Projekt wurde mit GRW-Mitteln i. H. v. 20,7 Mio. Euro bei einer Gesamtinvestition von 24,9 Mio. Euro unterstützt.



Bild: Architekturbüro Richter Musikowski

Aufbaufortschritt des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation

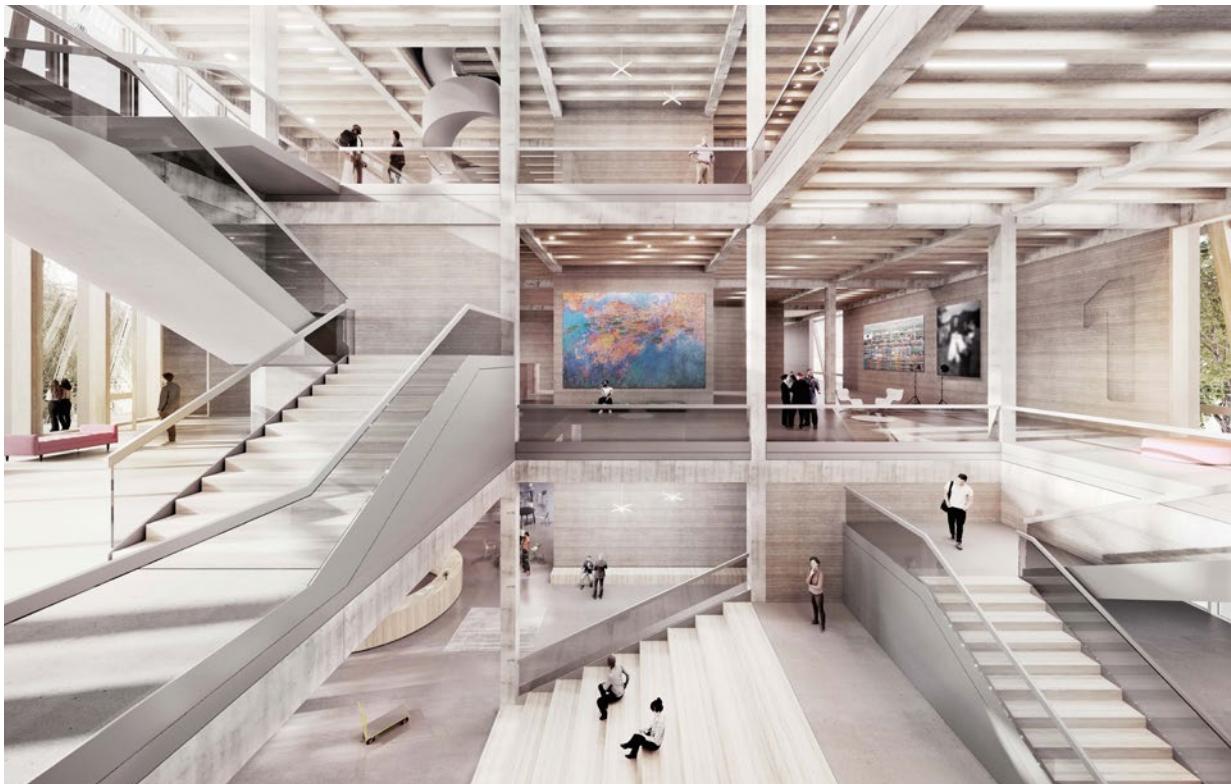
2019 setzte die Bundesregierung die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ ein. Ihr Auftrag lautete, das Jubiläum rund um die deutschen Schicksalsjahre zu begleiten und Vorschläge für weitere Schritte auf dem Weg zur Deutschen Einheit vorzulegen. Eine der Empfehlungen der Kommission war die Errichtung eines Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation.

Eine hochrangig besetzte Arbeitsgruppe hat diesen Vorschlag in den letzten Jahren weiter ausgearbeitet. Das Zukunftszentrum soll ein Ort der Begegnung und des Austauschs werden. Menschen aus verschiedenen Ländern und Fachrichtungen erhalten hier die Möglichkeit, sich mit Herausforderungen gegenwärtiger und zukünftiger Transformationsprozesse auseinanderzusetzen. Grundlage sind dabei die Erfahrungen, die die mittel- und osteuropäischen Staaten seit 1990 gesammelt haben. Denn die gesamte Region hat nach dem Fall des Eisernen Vorhangs einen grundlegenden Systemwandel durchlebt. Was die Umbrüche damals bedeutet haben und was sie uns für heute und morgen lehren – dazu soll im Zukunftszentrum diskutiert, geforscht und publiziert werden.

Bereits 2022 hatten sich die damalige Bundesregierung und eine breite überparteiliche Mehrheit im Deutschen Bundestag für das Vorhaben ausgesprochen. Auch die aktuelle Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD hat sich in ihrem Koalitionsvertrag auf die Errichtung des Zukunftszentrums geeinigt. Damit kann die Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland den weiteren Aus- und Aufbau des Zukunftszentrums konsequent fortsetzen.

In einem ersten Schritt hat der Beauftragte für Ostdeutschland im Bundeskanzleramt bereits im Juli 2022 einen Standortwettbewerb ausgelobt, den Halle (Saale) im Februar 2023 für sich entscheiden konnte. Dabei setzte sich die Stadt erfolgreich gegen sechs Mitbewerberstädte aus Ostdeutschland durch. Sie wird nun Standort eines Neubaus von 14.000 m², den der Bund für das Zukunftszentrum errichtet. Bauherr ist das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen.

Parallel zum Standortwettbewerb entstand die Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation gGmbH. Sie wird den Neubau bewirtschaften und das Zentrum auch inhaltlich gestalten. Eine wichtige Maßgabe dabei:



Die im Zukunftszentrum vertretenen Bereiche Wissenschaft, Dialog und Kultur sollen miteinander verschränkt arbeiten, sich gegenseitig inspirieren und das Zukunftszentrum zum zentralen Ansprechpartner in Fragen der Gestaltung von Umbruch- und Anpassungsprozessen machen. Die Erfahrungen der Umbruchprozesse der 1990er-Jahre dienen dabei als wichtiger Wissensspeicher, um aktuelle Herausforderungen wie Klimaschutz, Energie, Gerechtigkeit und soziale Aspekte zu bearbeiten.

Das Zukunftszentrum versteht sich als eine Dialogplattform, die allen Besucherinnen und Besuchern offensteht. Es ist angelegt als generationenübergreifendes Projekt, richtet sich aber besonders an junge Menschen.

Die Gesellschaft hat in den ersten Monaten nach ihrer Gründung im September 2024 ihre Arbeitsfähigkeit hergestellt. Die administrativen und betriebswirtschaftlichen Strukturen stehen, und wichtige Schlüsselpositionen sind besetzt. Nun muss die Gesellschaft personell und inhaltlich in die Lage versetzt werden, den Neubau nach dessen Fertigstellung inhaltlich auszulasten und seinen technischen Betrieb zu übernehmen. Außerdem wird das Zukunftszentrum seinen Arbeitsauftrag präzisieren. Das mittel- bis langfristige Programm entsteht unter Einbeziehung verschiedener Akteure in einem strukturierten Prozess. Das Zukunftszentrum tritt jedoch bereits vor Abschluss der Programmarbeiten und der Fertigstellung des Neubaus inhaltlich in Erscheinung: In einem eigenen Showroom in Halle (Saale) können Ausstellungen,

Diskussionen und Jugendbegegnungen stattfinden. Darüber hinaus wird das Zukunftszentrum ein Netzwerk mit Partnerinstitutionen aus verschiedenen Bereichen aufbauen.

Für den Neubau hat das Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung im April 2024 einen offenen internationalen Architekturwettbewerb ausgelobt. Erstmals fand dabei auch eine Bürgerbeteiligung im Rahmen einer Bundesbaumaßnahme statt. Das Preisgericht unter seiner Vorsitzenden Jórunn Ragnarsdóttir hat im April 2025 den ersten Preis einstimmig an das Berliner Architekturbüro Richter Musikowski und das Berliner Landschaftsarchitekturbüro ST raum a. – Landschaftsarchitektur vergeben. Der Entwurf überzeugte die Jury durch seine leicht wirkende und zugleich prägnante Formensprache, die das Zukunftszentrum als identitätsstiftenden Ort mit starker Wirkung im Stadtraum positioniert.

Mit Unterstützung des Landes Sachsen-Anhalt wird die Stadt Halle (Saale) in den kommenden Jahren den Riebeckplatz grundlegend umgestalten und aufwerten. Das Zukunftszentrum und seine Außenräume werden in das städtebauliche Umfeld implementiert und an die Innenstadt angeschlossen.



Fotos: Architekturbüro Richter Musikowski

Kulturhauptstadt Chemnitz 2025

Nach 15 Jahren trägt in Deutschland wieder eine Stadt den Titel „Kulturhauptstadt Europas“. Chemnitz ging im Jahr 2020 als Siegerstadt aus einem mehrjährigen nationalen Auswahlverfahren hervor. Die sächsische Industriestadt setzte sich gegen ein hochkarätiges Bewerberfeld durch und überzeugte die europäische Expertenjury mit einem starken partizipatorischen Ansatz. Der Titel bietet Chemnitz und den 38 Partnerkommunen aus Mittelsachsen, dem Erzgebirge und dem Zwickauer Land die Möglichkeit, sich in Deutschland und Europa als neue Kulturmetropole zu initiieren. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) unterstützte von Beginn an die Realisierung des Kulturhauptstadtpogramms und beteiligte sich mit 25 Mio. Euro an den Gesamtkosten von rund 115 Mio. Euro. Unter dem Motto „C the Unseen“ lädt Chemnitz gemeinsam mit der Kulturhauptstadtregion, die ein gemeinsames Kultur- und Industrie-Erbe verbindet, zu einer vielfältigen Entdeckungsreise in den Osten Deutschlands mitten in Europa ein. Der besondere Ansatz, das Kulturhauptstadtpogramm mit breit angelegten Beteiligungsformaten zu realisieren, wurde erfolgreich umgesetzt. Etwa 200 Projekte aus dem Programm werden von etwa 900 Menschen aus Chemnitz und der Kulturhauptstadtregion gemeinsam mit europäischen und internationalen Partnerinnen und Partnern ermöglicht. Zudem wurden 120 Projektideen von Einzelpersonen,

Vereinen und Initiativen in das Programm aufgenommen. Das Ziel, möglichst viele Menschen zum Mitmachen zu bewegen und damit demokratische Werte zu stärken, wurde erreicht. Bereits in der ersten Hälfte des Titeljahres wirkten Tausende Chemnitzerinnen und Chemnitzer aktiv an verschiedenen Veranstaltungen mit. Das lokale Engagement zeigt sich auch in der enormen Beteiligung am Freiwilligenprogramm, für das sich über 1.000 Volunteers registrierten.

Nach einem halben Jahr als europäische Kulturhauptstadt ziehen Chemnitz und die Region eine positive Zwischenbilanz. Die gesamte Kulturhauptstadtregion erhält große Aufmerksamkeit – sowohl von den Menschen vor Ort, aber vor allem auch von Gästen aus Sachsen, Deutschland, Europa und aus aller Welt. In den ersten sechs Monaten gab es über 1.000 Veranstaltungen, die über 600.000 kulturinteressierte auswärtige Gäste in die Kulturhauptstadtregion zogen.

Kultur- und Erinnerungsförderung in Ostdeutschland

Kulturförderung in Ostdeutschland

Viele UNESCO-Welterbestätten, wie das Bauhaus Dessau oder die Wartburg in Eisenach, prägen die Kulturlandschaft Ostdeutschlands. Der Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) fördert diese und zahlreiche weitere kulturelle Leuchttürme in Ostdeutschland, wie z. B. die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin Brandenburg, die Klassik Stiftung Weimar, die Stiftung Deutsches Meeresmuseum in Stralsund, die Stiftung Lutherdenkstätten Sachsen-Anhalt und die Franckeschen Stiftungen zu Halle. Alle diese Einrichtungen sind nicht nur überregionale kulturelle und historische Anziehungspunkte, sondern auch regionale Arbeitgeber und Kulturmommittler vor Ort.

Das Jahr 2025 markiert zahlreiche Jubiläen: So feiert die Stiftung Bauhaus Dessau im September 2025 den Auftakt zu 100 Jahren Bauhaus Dessau. 1925 zog die damalige Kunsthochschule – von den Nationalsozialisten aus Weimar vertrieben – nach Dessau, wo nach nur einem Jahr Planungs- und Bauphase bereits 1926 das legendäre von Walter Gropius entworfene Bauhausgebäude, heutiges UNESCO-Weltkulturerbe, eröffnet wurde. Im Rahmen der Jubiläumsfeierlichkeiten widmet sich das Bauhaus Dessau 2025/2026 in zahlreichen Ausstellungen und Veranstaltungen seiner Geschichte und

heutigen Bedeutung. Damals wie heute steht das Bauhaus aufgrund seiner sozialen und internationalen Wirkmacht für eine moderne, weltoffene und freiheitliche Gesellschaft.

Feiern durften 2025 auch der Fürst-Pückler-Park und Schloss Muskau die Übergabe der UNESCO-Welterbe-Urkunde vor 20 Jahren. Der Park ist ein Meisterwerk eines klassischen europäischen Landschaftsgartens und gemeinsam mit Polen ein Garant für gute nachbarschaftliche Zusammenarbeit in einer binationalen Welterbestätte. Bereits seit 25 Jahren ist das Gartenreich Dessau-Wörlitz UNESCO-Welterbestätte. Für den Erhalt des Gartenreichs stellt BKM im Rahmen des „Masterplans Bau- und Gartendenkmalpflege“ gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt 150 Mio. Euro zur Verfügung, um die Schäden an den denkmalgeschützten Gebäuden und Parkanlagen zu beheben und die Liegenschaften mit ihren kulturellen Nutzungen angemessen weiterzuentwickeln. Die Feierlichkeiten wurden jedoch auch genutzt, um auf die dramatischen Herausforderungen durch den Klimawandel hinzuweisen, vor denen vor allem historische Parks stehen: Trockenheit, Starkregenereignisse und Bodenerosion bedrohen diese einmaligen Anlagen. Hier werden gemeinsam Lösungsansätze gesucht, wie z. B. in der Baumuniversität der Stiftung Fürst-Pückler-Museum Park und Schloss Branitz bei Cottbus.

Mit dem „Sonderprogramm zur Stärkung der mitteldeutschen Schlösser- und Kulturlandschaft (SIP)“ stellt BKM jeweils 100 Mio. Euro zur Erhaltung und Sanierung der Schlösser und Gärten in Sachsen-Anhalt und Thüringen bereit, die in gleicher Höhe landesweit gegenfinanziert werden. Über das bis 2032 laufende Sonderprogramm werden u. a. das Schloss in Köthen und auch das Schloss Heidecksburg in Rudolstadt umfangreich saniert und als Zeugnisse der deutschen Geschichte für nachfolgende Generationen erhalten. Zudem stellt BKM jeweils bis zu 75 Mio. Euro für kulturelle und museale Projekte der mitteldeutschen Schlösser- und Kulturlandschaft bereit. Das Sonderprogramm schafft so nutzbare Kulturräume, die z. B. als „Schatzkammer Thüringen“ künftig eine Region mit Fokus auf ihre Residenzkultur erlebbar macht. In Sachsen-Anhalt konnte die Kulturstiftung bereits im Juni 2025 das stark sanierte bedürftige Schloss Allstedt als ein Bauprojekt des Sonderprogramms für einen Teil der dezentralen Landesausstellung Sachsen-Anhalt „Gerechtigkeit 1525“ anlässlich 500 Jahre Bauernkriege wiedereröffnen.

Zusammen mit der Reformation stellen die Bauernkriege ein zentrales Ereignis der deutschen Geschichte dar. Die damaligen Ereignisse haben eine nachhaltige Bedeutung für uns als Gesellschaft, nicht zuletzt mit Hinblick auf die deutsche Freiheitsgeschichte. Im Rahmen des Thomas-Müntzer-Gedenkjahres 2025 und 500 Jahre Bauernkriege fördert BKM zahlreiche Projekte in Sachsen-Anhalt und Thüringen, aber auch in Bayern und Baden-Württemberg mit insgesamt 15 Mio. Euro aus parlamentarischen Mitteln. Dazu zählen eine Mitmachausstellung in Eisleben und Mansfeld, ein digitales Storytelling-Projekt der Stiftung Lutherdenkstätten sowie eine umfassende Landesausstellung der Mühlhäuser Museen in Thüringen.

Gedenkstätten und Erinnerung in Ostdeutschland

Aufgrund der geografischen Lage wichtiger Tatorte des Nationalsozialismus, der Errichtung von „Mahn- und Gedenkstätten“ an den Standorten ehemaliger NS-Konzentrationslager zur Zeit der DDR und der Einrichtung von Gedenkstätten an Haft- und Tatorten der SED-Diktatur fördert der Bund in Ostdeutschland zahlreiche Gedenkstätten. Die Auseinandersetzung mit dem SED-Unrecht und der Repression, unter der Menschen in Ostdeutschland in unterschiedlicher Weise bis 1989 zu leiden hatten, ist und bleibt eine zentrale staatliche Aufgabe.

Erinnerungs- und Gedenkstätten werden als historische Orte, aber auch als Arbeitgeber, Orte des Tourismus und der regionalen Identifikation zukunftsicher aufgestellt und damit in ihrer Bedeutung für die Regionen und darüber hinaus gestärkt.

Hierfür wird insbesondere auch die derzeit erarbeitete Aktualisierung der Gedenkstättenkonzeption beim Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) maßgebend sein. Bereits seit 1999 fördert der Bund auf Grundlage der 2008 überarbeiteten Gedenkstättenkonzeption Projekte von gesamtstaatlicher Bedeutung zur Erinnerung an die NS-Terrorherrschaft sowie die SED-Diktatur. Diese Förderung ist ein wesentlicher Baustein zur Stärkung der deutschen Gedenk- und Erinnerungskultur. Zudem beteiligt sich der Bund beispielweise an der Baumaßnahme Freiheits- und Einheitsdenkmal in Leipzig zur Würdigung der Friedlichen Revolution in der DDR.

Darüber hinaus ist das Förderprogramm des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) „Jugend erinnert“ mit den beiden Förderlinien NS-Verbrechen und SED-Unrecht

hervorzuheben. Das Programm wurde modernisiert und befindet sich bereits in der zweiten Förderrunde. Ziel ist, Gedenkstätten und andere erinnerungskulturelle Einrichtungen auch in Ostdeutschland in der außerschulischen historisch-politischen Bildungsarbeit für junge Menschen zu unterstützen.

Fortschreibung des Bundeskonzepts „Ostdeutsche in Führungspositionen“ in der Bundesverwaltung

Vorbemerkungen

Am 25. Januar 2023 hat die Bundesregierung ein Konzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen²¹ in Führungspositionen der Bundesverwaltung beschlossen. Parallel startete ein Forschungsprojekt, der sogenannte Elitenmonitor, der die Entwicklung des Anteils von Ostdeutschen in zwölf Sektoren (u. a. Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft, Militär, Justiz, Medien und Kultur) im Zeitraum von 2018–2024 aufzeigt. In diesem werden zudem Ursachen und Hemmnisse der Unterrepräsentation untersucht und daraus Handlungsoptionen abgeleitet.

Die Koalition von CDU, CSU und SPD hat beschlossen, das Bundeskonzept konsequent umzusetzen. Denn es ist eine Frage der Gerechtigkeit und ein Mehrwert für die Gesellschaft insgesamt, wenn Ostdeutsche in Führungspositionen angemessen vertreten sind.

I. Fortschreibung der Daten

Wie im Vorjahr haben sich auch an der diesjährigen Erhebung 24 Institutionen aus dem Kreis der obersten Bundesbehörden beteiligt. Neben den Regierungsressorts zählen dazu auch Verfassungsorgane wie der Bundespräsident, der Deutsche Bundestag, der Bundesrat, das Bundesverfassungsgericht und weitere Institutionen wie der Bundesrechnungshof oder die Bundesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit.²² Für die Funktionsebene der Referentinnen und Referenten liegen nun Zahlen für die letzten drei Jahre vor.

Darüber hinaus haben 83 obere Bundesbehörden sowie die fünf obersten Bundesgerichte Daten zu ihren Beschäftigten und Richterinnen und Richtern übermittelt.²³ Insgesamt liegen Daten zur Herkunft von nahezu 14.700 Führungskräften, Referentinnen und Referenten sowie von 341 Richterinnen und Richtern vor.

²¹ Die Definition „Ostdeutsche“ findet sich im Bundeskonzept zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung auf S. 12 ff.

²² Das neu geschaffene Bundesministerium für Digitalisierung und Transformation (BMDS) konnte zum Erhebungszeitpunkt (30.06.2025) noch nicht einbezogen werden, da sich das Haus zu diesem Zeitpunkt noch im Aufbau befand.

²³ Zu den fünf obersten Bundesgerichten zählen der Bundesgerichtshof (BGH), das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG), der Bundesfinanzhof (BFH), das Bundessozialgericht (BSG) und das Bundesarbeitsgericht (BAG).

Herkunft der Führungskräfte in obersten Bundesbehörden: Vergleich 2022 und 2025 (Tab. 1)

Oberste Bundesbehörden	Anzahl der Beschäftigten (auch zu anderen Behörden oder Stellen abgeordnete Beschäftigte sowie beurlaubte Beschäftigte in Mutterschutz, Elternschutz und in teilweiser oder vollständiger Freistellung der ATZ)					
	Insgesamt		davon Beschäftigte mit Geburtsort ...			
	Funktionsebene	Gesamt	Ausland	Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutschland (mit Berlin)	Ostdeutschland (ohne Berlin)
2022		44	2,3	90,9	6,8	4,5
2025	Leitungsebene	54	1,9	94,4	3,7	1,9
2022		184	3,8	87,5	8,7	2,7
2025	Abteilungsleitungen	205	3,4	87,8	8,8	5,4
2022		375	0,8	89,6	9,6	5,6
2025	Unterabteilungs- leitungen	528	3,4	84,1	12,5	8,1
2022		2.391	2,8	82,1	15,1	8,2
2025	Referatsleitungen	2.867	4,1	79,1	16,7	8,8
2022	Gesamt Führungskräfte	2.994	2,2	83,5	13,9	7,5
2025		3.654	3,9	80,6	15,5	8,4
2023		8.827	6,2	70,2	23,6	12,0
2024	Referentinnen und Referenten	10.647	6,1	70,1	23,8	13,0
2025		11.092	5,9	69,3	24,8	13,3

Quelle: Arbeitsstab des Beauftragten der BReg für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch die Behörden

Im Zeitraum 2022 bis 2025 ist ein leichter Anstieg bei den Anteilen gebürtiger Ostdeutscher (einschließlich Berlin) unter den Führungskräften zu verzeichnen. In der Mitte des Jahres 2025 stammten 15,5 Prozent der Führungskräfte aus Ostdeutschland (mit Berlin) gegenüber 13,9 Prozent im Jahr 2022. Betrachtet man ausschließlich die fünf ostdeutschen Flächenländer (ohne Berlin), so lag der Anteil bei 8,4 Prozent.

Besonders auffällig ist der Rückgang der gebürtigen Ostdeutschen auf der obersten Leitungsebene:

Der Anteil von Führungskräften mit ostdeutscher Herkunft (mit Berlin) sank dort von 6,8 Prozent im Jahr 2022 auf 3,7 Prozent im Jahr 2025.²⁴ Ohne Berlin fiel der Anteil im gleichen Zeitraum von 4,5 auf 1,9 Prozent. In den mittleren Führungsebenen zeigt sich hingegen eine positive Entwicklung: Bei den Unterabteilungsleitungen stieg der Anteil gebürtiger Ostdeutscher (mit Berlin) von 9,6 auf 12,5 Prozent, ohne Berlin von 5,6 auf 8,1 Prozent. Auch bei den Referatsleitungen ist ein Anstieg zu beobachten: von 15,1 auf 16,7 Prozent (mit Berlin) bzw. von 8,2 auf 8,8 Prozent (ohne Berlin). Bei den

²⁴ Aufgrund der sehr geringen Grundgesamtheit (2022: drei Personen, 2025: zwei Personen) ist diese Veränderung nur bedingt aussagekräftig.

Abteilungsleitungen blieb der Anteil ostdeutscher Herkunft mit Berlin nahezu konstant (2022: 8,7 Prozent, 2025: 8,8 Prozent); ohne Berlin erhöhte sich der Anteil von 2,7 auf 5,4 Prozent.

Die Ebene der Referentinnen und Referenten wird seit 2023 in die Auswertung einbezogen. Im Jahr 2025 lag der Anteil mit ostdeutschem Geburtsort (mit Berlin) bei 24,8 Prozent. Damit übertrifft die Nachwuchsebene sogar den ostdeutschen

Bevölkerungsanteil. Betrachtet man allerdings nur die Herkunft aus den ostdeutschen Flächenländern, lag der Anteil bei 13,3 Prozent – und damit zwar über dem Niveau der Führungsebenen, aber weiterhin unterhalb des Bevölkerungsanteils Ostdeutschlands ohne Berlin.

Wie sich die Situation in den Führungsetagen der oberen Bundesbehörden entwickelt hat, zeigt die folgende Tabelle für den Zeitraum 2022 bis 2025.

Herkunft der Führungskräfte in oberen Bundesbehörden: Vergleich 2022 und 2025 (Tab. 2)

Obere Bundesbehörden		Führungskräfte mit Geburtsort ... (Anteile in Prozent)			
	Funktionsebene	Führungskräfte Gesamt (absolut)	Ausland	Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutschland (mit Berlin)
2022	Behördenleitung	74	2,7	93,2	4,1
2025		89	3,4	92,1	4,5
2022	Stv. Behördenleitung	77	2,6	89,6	7,8
2025		86	2,3	88,4	8,1
2022	Abteilungsleitung	494	2,8	84,2	13,0
2025		537	3,9	81,0	14,7
2022	Alle Führungskräfte	645	2,8	85,9	11,3
2025		712	3,7	83,3	12,6

Quelle: Arbeitsstab des Beauftragten der BReg für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch die Behörden

In den oberen Bundesbehörden setzt sich der langsame, aber kontinuierliche Anstieg ostdeutscher Führungskräfte fort. Bezogen auf alle Führungsebenen, ist der Anteil der in einem ostdeutschen Flächenland (ohne Berlin) geborenen Personen von 6,0 Prozent im Jahr 2022 auf 9,0 Prozent im Jahr 2025 gestiegen – ein Zuwachs von drei Prozentpunkten innerhalb von drei Jahren. Mit Einbezug Berlins lag der Anteil im Jahr 2025 bei 12,6 Prozent.

Die Behördenleitungen sind weiterhin weitgehend westdeutsch geprägt. Hier erhöhte sich der

Anteil gebürtiger Ostdeutscher zwischen 2022 und 2025 von 2,7 auf 4,5 Prozent – ein Zuwachs um fast zwei Prozentpunkte.²⁵ Auf der Ebene der stellvertretenden Behördenleitungen ist ein Anstieg von 3,9 Prozent (2022) auf 5,8 Prozent (2025) zu verzeichnen. Auf der Ebene der Abteilungsleitungen zeigt sich ein Anstieg um 3,3 Prozentpunkte. Der Anteil gebürtiger Ostdeutscher (ohne Berlin) stieg hier von 6,9 Prozent (2022) auf 10,2 Prozent (2025). Damit setzt sich der seit Beginn der Erhebung beobachtbare positive Trend auf dieser Ebene weiter fort.

²⁵ Aufgrund der sehr geringen Grundgesamtheit (2022: zwei Personen, 2025: vier Personen) ist diese Veränderung nur bedingt aussagekräftig.

Die folgende Tabelle gibt Aufschluss über die Herkunftsverteilung innerhalb der Richterschaft an den obersten Bundesgerichten im Zeitraum 2022 bis 2025.

Wie im Jahr 2022 zeigt die Richterschaft an den obersten Bundesgerichten auch im Jahr 2025 ein differenziertes Bild, wenn die landsmannschaftliche Zugehörigkeit im Vergleich zum Geburtsort betrachtet wird: Der Anteil Ostdeutscher nach der

Landsmannschaftliche Zugehörigkeit und Geburtsort der Richterschaft an den obersten Bundesgerichten: Vergleich 2022 und 2025 (Tab. 3)

Bundesrichterschaft	Richterinnen und Richter mit landsmannschaftlicher Zugehörigkeit ²⁶ zu ... (Anteile in Prozent)			Richterinnen und Richter mit Geburtsort in ... (Anteile in Prozent)			
	Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutsch- land (mit Berlin)	Ostdeutsch- land (ohne Berlin)	Ausland	Westdeutschland (ohne Berlin)	Ostdeutsch- land (mit Berlin)	Ostdeutsch- land (ohne Berlin)
2022 Vorsitzende Richterinnen und Richter	80,0	20,0	11,1	0,0	95,6	4,4	2,2
2025 Vorsitzende Richterinnen und Richter	76,5	23,5	11,8	2,0	96,1	2,0	2,0
2022 Richterinnen und Richter	80,4	19,6	12,7	1,0	91,4	7,6	5,5
2025 Richterinnen und Richter	82,1	17,9	10,0	0,7	89,3	10,0	8,3
2022 Alle Richterinnen und Richter	80,4	19,6	12,5	0,9	92,0	7,1	5,1
2025 Alle Richterinnen und Richter	81,2	18,8	10,3	0,9	90,3	8,8	7,3

Quelle: Arbeitsstab des Beauftragten der BReg für Ostdeutschland; Daten auf Basis der Meldungen durch die Behörden

landsmannschaftlichen Zugehörigkeit bleibt danach deutlich höher als der Anteil Ostdeutscher unter Zugrundelegung des Geburtsortes.

Im Vergleichszeitraum zeichnet sich bei der Entwicklung der jeweiligen Anteile folgende Tendenz ab:

Der Anteil von gebürtigen Ostdeutschen unter allen Richterinnen und Richtern ohne Vorsitzendenfunktion ist nach landsmannschaftlicher Zugehörigkeit im Jahr 2025 im Vergleich zum Jahr 2022 etwas gesunken. Demgegenüber zeigen die Anteile unter Zugrundelegung des Geburtsortes im selben Zeitraum eine leicht positive Entwicklung.

Bei den Vorsitzenden Richterinnen und Richtern zeigt sich im Vergleichszeitraum eine gegenteilige Entwicklung: Während der Anteil gebürtiger Ostdeutscher rückläufig ist, ist der Anteil Ostdeutscher nach landsmannschaftlicher Zugehörigkeit etwas gestiegen.

Auch für das Bundesverfassungsgericht lässt sich eine positive Entwicklung feststellen: Inzwischen stammen zwei der dorthin gewählten Richterinnen und Richter aus Ostdeutschland. Dies markiert einen ersten Schritt hin zu einer ausgewogenen Repräsentation ostdeutscher Biografien in zentralen Institutionen des demokratischen Rechtsstaats.

²⁶ Bei den Bundesrichterinnen und -richtern wird neben dem Geburtsort auch die sogenannte landsmannschaftliche Zugehörigkeit betrachtet. Bundesrichterinnen und -richter sind vor ihrer Wahl – in der Regel über einen langen Zeitraum hinweg – in der Justiz eines Bundeslandes tätig gewesen und haben sich dort bewährt und empfohlen. Die daraus abgeleitete Landsmannschaft gibt Auskunft über die Verbundenheit einer Person mit einem Bundesland.

Zusammenfassung

Auch 35 Jahre nach der Wiedervereinigung zeigt sich auf den höchsten Leitungsebenen in den obersten Bundesbehörden weiterhin eine deutliche Unterrepräsentation gebürtiger Ostdeutscher. In den oberen Führungsebenen hingegen ist eine positive Entwicklung erkennbar. Hier steigt der Anteil Ostdeutscher langsam an. Möglicherweise deuten sich hier strukturelle Veränderungen im Zugang zu Führungsfunktionen an.

Ein ähnliches Bild zeigt sich in den oberen Bundesbehörden: Während in den Spitzenpositionen bislang kein durchgängiger Aufwärtstrend festzustellen ist, steigt der Anteil von Beschäftigten mit ostdeutscher Herkunft auf den operativen Leitungsebenen kontinuierlich. Dies kann als vorichtiges Signal für eine stärkere Durchlässigkeit in den Führungsetagen der Bundesverwaltung interpretiert werden.

Die Richterschaft an den obersten Bundesgerichten zeigt weiterhin ein differenziertes Bild, wenn die landsmannschaftliche Zugehörigkeit im Vergleich zum Geburtsort betrachtet wird.

II. Stand der Umsetzung der Maßnahmen zur Steigerung des Anteils von Ostdeutschen in Führungspositionen

A. Übergeordnete Maßnahmen

Regelmäßige Datenerhebung zur Stärkung ostdeutscher Führungskräfte

Mit der Datenerhebung zum Stichtag 30. Juni 2025 hat die Bundesregierung im Rahmen der dritten Fortschreibung des Bundeskonzepts aktuelle Daten vorgelegt.²⁷ Die nächste Datenerhebung erfolgt zum Stichtag 30. Juni 2026.

Ganzheitliche Diversitätsstrategie der Bundesregierung

Unsere Gesellschaft wird immer bunter und diverser. Es ist wichtig, dass Beschäftigte und Führungskräfte auf diese Vielfalt gut eingestellt sind. Nur so können fähige Beschäftigte im Sinne der Bestenauslese gemäß Art. 33 Abs. 2 GG geworben und gehalten werden.²⁸ Zeitgleich wird der Bund seiner Vorbildwirkung gerecht, wenn er sich um mehr Vielfalt und ein gutes Vielfaltsmanagement in der Bundesverwaltung bemüht.

Am 29. Januar 2025 hat die Bundesregierung erstmalig eine Diversitätsstrategie in der Bundesverwaltung verabschiedet. Die Strategie setzt einen Rahmen für mehr Förderung von Vielfalt und zeigt Handlungsfelder und Maßnahmen in Behörden auf. Wegen der Unterrepräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen der Bundesverwaltung und mit Blick auf Art. 36 GG berücksichtigt die Strategie ebenfalls die innerdeutsche regionale Herkunft.

²⁷ Die erste Erhebung erfolgte zum Stichtag 30. September 2022; seither wird die Datenerhebung jährlich zum 30. Juni durchgeführt.

²⁸ Anmerkung: Eine Besonderheit gibt es bei den Funktionen, die nicht ausgeschrieben werden müssen – in obersten Bundesbehörden die Staatssekretärs- und Abteilungsleitungsebene, in anderen Behörden die Leitungsebene –; dort sind bei der Umsetzung insbesondere die Hausleitungen der obersten Bundesbehörden gefragt.

Ansiedlung neuer Bundesbehörden und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland

Die Bundesregierung engagierte sich in den letzten Jahren verstärkt bei der Ansiedlung und Einrichtung von Bundesbehörden in Ostdeutschland. Dazu bekannte sich die Bundesregierung auch im Kabinettsbeschluss zum „Konzept zur Ansiedlung von Bundesbehörden und außeruniversitären Forschungseinrichtungen in strukturschwachen Regionen“ vom Juni 2024. Das Konzept setzt sich für eine Stärkung strukturschwacher Regionen ein, indem Arbeitsplätze sowie Karrierechancen für die Menschen vor Ort geschaffen werden.

Diversität und Chancengleichheit Survey 2024 (DuCS)

Mit dem Diversität und Chancengleichheit Survey von 2019 wurde die erste Beschäftigtenbefragung zur kulturellen Vielfalt in der Bundesverwaltung durchgeführt. Im Jahr 2024 wurde der Survey erneut erstellt. Erstmals wurden auch differenzierte Daten zur Repräsentation Ostdeutscher erhoben über Altersgruppen, Hierarchieebenen, Beschäftigtenstatus und Behördenstandorte hinweg. Damit bietet der Survey eine wichtige empirische Grundlage für die Bewertung von Teilhabechancen ostdeutscher Beschäftigter im öffentlichen Dienst des Bundes.

Arbeitgeber-Dachmarke Bund

Die Bundesregierung will qualifiziertes Personal für die Bundesverwaltung gewinnen. Deshalb betreibt sie eine sogenannte Arbeitgeber-Dachmarke für die Bundesverwaltung unter dem Slogan: „Deutschland. Läuft nur mit dir.“ Die Marke wird begleitet von einer Karriere-Website (<https://karriere.bund.de/>) sowie von regelmäßigen digitalen bundesweiten Werbekampagnen, die alle Berufseinstiegenden und Fachkräfte in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen adressieren.

Zusammenarbeit mit den ostdeutschen Ländern

Im Rahmen der Ministerpräsidentenkonferenz Ost am 23. April 2025 wurde das Thema „faire Repräsentation“ behandelt. Die Regierungscheffinnen und Regierungschefs der ostdeutschen Länder betonten dabei die Notwendigkeit, ostdeutsche Potenziale in der Wirtschafts- und Forschungspolitik stärker zu berücksichtigen und bestehende strukturelle Nachteile abzubauen. Sie sprachen sich für eine gezielte Ansiedlung von Bundesbehörden, EU-Institutionen und Forschungseinrichtungen in Ostdeutschland aus und drängten auf eine zügige Umsetzung bereits getroffener Standortentscheidungen. Die konsequente Fortschreibung des Bundeskonzepts zur Erhöhung des Anteils Ostdeutscher in Führungspositionen bleibt eine gemeinsame Priorität von Bund und Ländern.

B. Maßnahmen/ Best-Practice-Beispiele

Um den Anteil von Ostdeutschen in Führungspositionen der Bundesverwaltung zu erhöhen, hat die Bundesregierung ihre Aktivitäten erheblich ausgeweitet. Die Umsetzung konkreter Maßnahmen obliegt den Ressorts und reicht von gezielten Programmen zur Personalgewinnung über Mentoring- und Qualifizierungsangebote bis hin zu verbindlichen Diversitätsstrategien und neuen Monitoring-Instrumenten.

Im Folgenden werden die wichtigsten Handlungsfelder und Beispiele für ressortübergreifende Maßnahmen dargestellt:

Personalgewinnung und -marketing

Mehrere Bundesministerien setzen gezielt auf Maßnahmen zur Ansprache ostdeutscher Bewerberinnen und Bewerber. Dazu gehören Auftritte auf Karrieremessen in Ostdeutschland, spezifische Outreach-Formate an Schulen und Hochschulen sowie die diversitätssensible Gestaltung von Stellenausschreibungen. Viele Ressorts berücksichtigen bei Bewerbungsprozessen längst auch die Herkunft. Auch Diversitätsklauseln werden entsprechend ergänzt. Außerdem gibt es Informationskampagnen und Kooperationen mit ostdeutschen Hochschulen, um Talente frühzeitig zu erreichen.

Sensibilisierung und Schulung

Ein Großteil der Bundesministerien hat Schulungen zu unbewussten Wahrnehmungsverzerrungen (Unconscious Bias), zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz (AGG) sowie zur Diskriminierung aufgrund der regionalen Herkunft eingeführt. In einigen Ressorts sind Sensibilisierungsbausteine, etwa zu regionaler Vielfalt oder im Rahmen

von Beobachterschulung vor Auswahlverfahren, inzwischen verbindlicher Bestandteil von diesen Verfahren. Im Kern geht es auch darum, institutionelle Abläufe, Verfahrensweisen und nicht hinterfragte Routinen in den Blick zu nehmen, die eine Benachteiligung bestimmter Bevölkerungsgruppen zur Folge haben können.

Netzwerke und Austauschformate

Verschiedene Bundesministerien haben Beschäftigteninitiativen und Netzwerke mit Ostdeutschland-Bezug aufgebaut oder weiterentwickelt. Das fördert den Erfahrungsaustausch, stärkt aber vor allem die Sichtbarkeit ostdeutscher Perspektiven in den Behörden und damit die Selbstwirksamkeit der Beschäftigten. Zusätzlich gibt es Netzwerkertreffen, insbesondere für ostdeutsche Nachwuchsführungskräfte, die den Wissenstransfer und die Vernetzung fördern.

Daten, Monitoring und Transparenz

Mehrere Bundesministerien haben interne Kennzahlen zur Repräsentation ostdeutscher Beschäftigter erhoben und in Monitoring-Prozesse integriert. Die Auswertungen erfassen nicht nur Geburtsorte, sondern auch Bildungsbiografien, um strukturelle Muster sichtbar zu machen.

Karriereförderung und Personalentwicklung

Zahlreiche Maßnahmen stärken die Karrierechancen ostdeutscher Beschäftigter. Dazu zählen Mentoring- und Coaching-Programme, spezielle Nachwuchsformate für Führungskräfte sowie die aktive Ansprache bei der Besetzung von Führungspositionen. Ergänzend gibt es Qualifizierungs- und Begleitprogramme, die gezielt auf Führungsaufgaben vorbereiten.

Forschung und Ursachenanalyse

Ein Bundesministerium hat zudem ein Forschungsprojekt gestartet, das die Ursachen der Unterrepräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen untersucht und Handlungsempfehlungen entwickelt. Weitere Bundesministerien überprüfen ihre bestehenden Maßnahmen regelmäßig und passen sie bei Bedarf an bzw. entwickeln sie weiter. Dazu gehören etwa die Anpassung von Personalgewinnungs- und Beurteilungsverfahren, die Ausweitung von Schulungsangeboten sowie die Weiterentwicklung bestehender Netzwerke und Mentoring-Programme.

Grundlage des Bundeskonzepts auch in der 21. Legislaturperiode konzentriert daran arbeiten, strukturelle Hürden abzubauen und dauerhaft mehr Ostdeutsche in Führungspositionen zu bringen.

Maßnahmen im nachgeordneten Bereich

Auch die nachgeordneten Behörden haben in den letzten Jahren zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht. Diese reichen von Schulungen zu Unconscious Bias und Antidiskriminierung über spezielle Mentoring- und Coaching-Programme bis hin zu neuen Beschäftigtennetzwerken. Teilweise werden innovative Ansätze erprobt, etwa Storytelling-Formate zur regionalen Vielfalt, Workshop-Reihen in Kooperation mit Kommunen und Hochschulen.

Ausblick

Das Ziel einer gleichwertigen Repräsentation Ostdeutscher in Führungspositionen der Bundesregierung ist noch nicht erreicht. Die aktuellen Ergebnisse des Elitenmonitors belegen, dass Ostdeutsche nur langsam in Spitzenpositionen nachrücken. Teilweise sinkt ihr Anteil sogar leicht, oder er stagniert. Über alle zwölf Sektoren ist ihr Anteil im Zeitraum von 2018 bis 2024 zwar von 10,9 auf 12,1 Prozent gestiegen. Er liegt damit aber dennoch weit unter dem eigentlichen ostdeutschen Bevölkerungsanteil von ca. 20 Prozent. Vor diesem Hintergrund wird die Bundesregierung auf der

Teil C: Studien und Datenerhebungen

Aktuelle Ergebnisse aus dem Elitenmonitor

von Alexander Hentschel, Justus Junkermann, Raj Kollmorgen, Astrid Lorenz, Linus Paeth, Marion Reiser, Jan Schaller und Lars Vogel

Ostdeutsche in Elitenpositionen 2018–2024. Entwicklung, Hindernisse, Maßnahmen

Auch 35 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung sind weniger Ostdeutsche in den zentralen Führungspositionen in Deutschland vertreten, als nach ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erwarten wäre.¹ In diesem Beitrag werden eingangs das Ausmaß und die Entwicklung dieser personellen Unterrepräsentation seit 2018 dargestellt und die Frage diskutiert, ob deren Abbau nur eine Frage der Zeit ist. Anschließend werden Hindernisse und Nadelöhr geschildert, mit denen Ostdeutsche in Karrieren in Elitenpositionen konfrontiert sind, und schließlich daraus abgeleitete Optionen für Förder- und Aktivierungsmaßnahmen skizziert. Alle Ergebnisse beruhen auf den Daten und Analysen des Forschungsprojekts Elitenmonitor, das zwischen 2022 und 2025 durch die bzw. den Bundesbeauftragte(n) für Ostdeutschland gefördert wurde und die kontroverse Diskussion zur Unterrepräsentation durch wissenschaftlich gesicherte Daten und Einordnungen zu versachlichen hilft.²

Nur eine Frage der Zeit? Ausmaß und Entwicklung der personellen Unterrepräsentation der Ostdeutschen

Der Elitenmonitor erhebt systematisch biografische Informationen zu den deutschen Positionsälten seit 2018³. Zum Stand Ende 2024 wurden über alle Messzeitpunkte hinweg mehr als 4.100 Personen in ca. 3.000 Positionen erfasst.

Auf dieser Grundlage zeigt sich die folgende Entwicklung: Insgesamt ist der Anteil der Ostdeutschen an allen Positionsälten zwischen 2018 und 2024 von 10,9 auf 12,1 Prozent leicht gestiegen (Tab. 4). Insbesondere in der öffentlichen Verwaltung und der Wissenschaft ist ein deutlicher Zuwachs zu beobachten. In Wirtschaft, Kultur, Sicherheit und Zivilgesellschaft zeigt sich hingegen ein leichter Rückgang, während die übrigen Sektoren nur minimale Anstiege oder keine Veränderung verzeichnen.

Deutet diese Entwicklung nun darauf hin, dass sich die Unterrepräsentation von selbst abbaut? Der beschriebene Anstieg spricht zunächst dafür, auch wenn der Anstieg insgesamt gering ausfällt. Weiterhin spricht für diese Annahme, dass der

Anteil der Ostdeutschen unter den jüngeren Positionseliten zunimmt und auch unter denen, die ihre Elitenposition erst nach 2018 übernommen haben, mit 14,7 Prozent höher ausfällt.

Anteile Ostdeutscher in den Positionseliten Deutschlands (Tab. 4)

Sektoren	2018		2022		2024	
	n	%	n	%	n	%
Politik	609	19,9	598	20,8	585	21,4
Wirtschaft/Verbände	424	5,1	392	5,0	426	4,0
davon: Unternehmen	206	2,9	168	0,0	191	0,0
davon: Verbände	218	7,8	224	9,2	235	7,6
Verwaltung	533	9,8	576	14,0	579	12,7
Wissenschaft	162	1,6	163	8,2	165	8,9
Gewerkschaften/AN-Verbände	44	14,3	45	13,2	43	14,7
Justiz	187	1,4	175	1,4	183	14,7
Militär	78	0,0	70	0,0	68	0,0
Sicherheit	101	14,9	96	11,1	100	11,1
Medien	305	8,4	325	7,9	324	10,3
Kultur	90	9,3	105	7,4	122	6,8
Zivilgesellschaft	166	14,8	179	12,9	182	11,1
Religion	64	5,5	64	7,3	66	7,1
Gesamt	2.763	10,9	27,88	12,0	2.843	12,1

¹ Unter (Positions-)Eliten werden hier ohne Bewertung Personen verstanden, die die höchsten Führungspositionen in den wichtigsten Institutionen und Organisationen in Deutschland innehaben und aufgrund dieser Position gesamtgesellschaftlich relevante Entscheidungen maßgeblich und regelmäßig beeinflussen und treffen. Ostdeutsche sind Personen, die in der DDR oder nach 1990 in Ostdeutschland geboren wurden und dort bis zum 14. Lebensjahr überwiegend gelebt haben. Ihr Anteil an der Bevölkerung Deutschlands wird auf ca. 19 Prozent geschätzt, siehe: Vogel, L., 2024: Ausmaß und Persistenz personeller Unterrepräsentation in den Eliten Deutschlands. S. 107–148, in: Kollmorgen, R.; Vogel, L.; Zajak, S. (Hg.): Ferne Eliten: Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

² <https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor/>

³ Hierzu werden die wichtigsten Organisationen und Institutionen in zwölf gesellschaftlich relevanten Sektoren identifiziert, die Inhaberinnen und Inhaber der darin höchsten Führungspositionen ermittelt und biografische Informationen aus öffentlich frei zugänglichen Quellen erfasst.

Dagegen spricht jedoch bereits die unterschiedliche Entwicklung in den Sektoren, in denen der Anteil Ostdeutscher z. T. sogar gesunken ist. Zudem schieden allein zwischen 2018 und 2024 zwei Drittel der Positionseliten aus ihren Positionen aus. Angesichts dieser erheblichen Fluktuation erscheint der Anstieg des Anteils Ostdeutscher als gering. Dies widerspricht damit der regelmäßig artikulierten Vermutung, dass die Ostdeutschen dann in die Eliten aufsteigen werden, wenn diejenigen Westdeutschen ausscheiden, die in den 1990er-Jahren in Ostdeutschland Elitenpositionen übernahmen. Das wird zudem am durchschnittlichen Eintrittsalter in die Eliten von ca. 49 Jahren deutlich, was bedeutet, dass aktuell im Durchschnitt Personen in die Eliten gelangen, die 1990 14 Jahre alt waren. Der Abgang der in den 1990er-Jahren etablierten Eliten ist also schon weit vorangeschritten, während die Unterrepräsentation sich in den letzten Jahren nur noch wenig geändert hat.

Vor diesem Hintergrund richtet sich der Blick auf die Ursachen und Mechanismen, die die Unterrepräsentation aufrechterhalten. Dabei geraten insbesondere die Hindernisse und Nadelöhr in Karrieren der Elitenangehörigen in den Blick.

Hindernisse und Nadelöhr des Aufstiegs

Grundsätzlich lassen sich zwei große Faktengruppen unterscheiden, die Ostdeutsche auch heute noch gegenüber Westdeutschen bei den Aufstiegschancen in die Eliten benachteiligen. Zum einen handelt es sich um soziogeografische sowie wirtschafts- und sozialstrukturelle Nachteile. Ostdeutsche leben nicht nur ungleich häufiger als

Westdeutsche in peripheren ländlichen Regionen, die über weniger aufstiegsförderliche Institutionen und Positionen für Elitekarrieren verfügen (wie prestigeträchtige Universitäten, Konzernzentralen oder wichtige Bundesbehörden). Ostdeutsche gehören auch zu einem signifikant geringen Anteil zu den sozialen Schichten und Milieus, aus denen sich Eliten vor allem rekrutieren (z. B. bildungs- und bürgerliche obere Mittel- und Oberschichten). Der Anteil Ostdeutscher an den oberen Mittel- und Oberschichten beträgt je nach konkreter Definition zwischen 10 und 15 Prozent; in Westdeutschland bewegt sich der Anteil im Bereich von 25 bis 30 Prozent.⁴

Zum anderen und hinsichtlich subjektiver Faktoren verfügen – auch aufgrund der peripheren Lage der meisten ostdeutschen Regionen – jüngere Ostdeutsche, die an sich, also qualifikatorisch und mit Blick auf ihre Persönlichkeitsmerkmale, bestens für Elitepositionen geeignet wären, über ein geringeres soziales Kapital. Dieses Kapital, das auf dem wechselseitigen Kennen, Vertrauen und Vernetzen einflussreicher Akteurinnen und Akteuren basiert, ist aber für den Aufstieg in die und dann in den Eliten bis hinauf in die Top-Positionen hoch relevant.

Darüber hinaus bestehen bis heute kulturelle Be fremdungserfahrungen der klassischen elitären Trägergruppen gegenüber ostdeutschen Bewerberinnen und Bewerbern, nicht zuletzt weil sie häufiger als im Westen aus marginalisierten Regionen und sozialen Milieus stammen. Zugleich sind heute in Ostdeutschland auch in den Mittelschichten noch immer risikominimierende, eher an sozialer Sicherheit orientierte Bildungs- und Berufsstrategien weiter verbreitet und bestehen

⁴ Siehe z. B. die Daten und Einschätzungen bei: Groh-Samberg, O.; Büchler, T.; Gerlit, J.-Y. (2020): Soziale Lagen in multidimensionaler Längsschnittsbetrachtung (Lebenslagen in Deutschland, Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, Begleitforschung zum Sechsten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung). Berlin: BMAS, S. 95 f. Sowie Spannnagel, D. (2024): WSI Verteilungsmonitor: Reichtumsquoten in Ost- und Westdeutschland. Düsseldorf: HBS (<https://www.wsi.de/de/reichtum-15099-reichtumsquoten-15187.htm>).

eher als in Westdeutschland Vorbehalte gegenüber der Funktion und den Handlungsmustern von Eliten.

Insgesamt bedeutet das auch heute noch für den Osten Deutschlands benachteiligende strukturelle und kulturelle Bedingungen für den Aufbau von ökonomischem, kulturellem und sozialem Kapital, das Elitekarrieren ermöglicht bzw. fördert. Insofern richtet sich der Blick auf die Möglichkeiten von Förder- und Aktivierungsmaßnahmen.

Förder- und Aktivierungsmaßnahmen

Die Rahmenbedingungen für den Aufstieg Ostdeutscher in Elitenpositionen variieren nach Sektor, Alterskohorte und Karrierestufe. Ein 50-jähriger Ostdeutscher, der bereits eine mittlere Führungsposition in der Bundesverwaltung innehat, steht kaum vor den gleichen Herausforderungen wie eine 30-jährige Ostdeutsche, die gerade eine Karriere im Wirtschaftssektor startet. Förder- und Aktivierungsmaßnahmen müssen diesen Unterschieden Rechnung tragen. Trotzdem lassen sich einige generelle Handlungsoptionen für rekrutierende Organisationen und die Politik formulieren.

Rekrutierende Organisationen sollten ihre Such- und Auswahlstrategien für die Besetzung von Spitzenpositionen und auf diese vorbereitenden Führungspositionen hinterfragen und prüfen. In Interviews berichten Personalverantwortliche – insbesondere in Wirtschaft und Verwaltung – von informellen Prozessen, in denen geeignete Personen über persönliche Netzwerke oder Personalagenturen identifiziert und direkt angesprochen werden. Eine Ausschreibung findet je nach Sektor

u. U. nicht statt. Zu hinterfragen ist, ob über diese Suchkanäle der Pool qualifizierter Personen, auch jenseits der eigenen, oft homogenen Netzwerke, bestmöglich ausgeschöpft wird. Neben dem eigenen Haus sollten in die Rekrutierung involvierte Personalberatungsunternehmen für nachteilige Effekte durch zu eingeschränkte Suchkanäle sensibilisiert werden. Zudem sollte eine herkunftssensible Leistungsmessung beworben werden, die etwa Bildungswege und Auslandserfahrungen im Lichte der durchschnittlich begrenzteren finanziellen Möglichkeiten ostdeutscher Haushalte angemessen einordnet und neben der aktuellen Position und Reichweite der Verantwortlichkeit Leistungspotenziale und Entwicklungskonzepte für die jeweilige Organisation stark gewichtet.

Die Politik kann auf Landes- und Bundesebene zu einer besseren Repräsentation Ostdeutscher beitragen, indem sie auf eine breitere Nominierung leistungsstarker Nachwuchstalente für Stipendien der Begabtenförderungswerke durch Schulen und Universitäten hinwirkt. Der Bund, der die Begabtenförderungswerke finanziell ausstattet, kann die Ausschüttung der Mittel daran binden, dass sie die Stipendien breiter bewerben oder die Nominierung vereinfachen. Die ostdeutschen Länder können Lehrkräften mehr Anreize in Form von Leistungszulagen oder Abminderungsstunden für die Nominierung setzen. Ebenso wäre die automatisierte Nominierung bei einem bestimmten Notenstand denkbar. Hintergrund: 21,7 Prozent unserer im Elitensurvey 2023 befragten Eliten erhielten ein Stipendium. Dieser Anteil liegt deutlich über dem Anteil der Geförderten in der Gesamtbewölkerung. Stipendien können daher durch den Zugang zu finanzieller und ideeller Unterstützung

sowie Netzwerken karriererelevant sein, v. a. in den Karriereeinstiegsstufen. Der aktuell niedrige Anteil ostdeutscher Geförderter ist u. a. darauf zurückzuführen, dass Schulen in Ostdeutschland seltener ihr Recht auf Empfehlung von Schülerinnen und Schülern nutzen. Darüber hinaus sollten auch die Begabtenförderungswerke bei der Leistungsmessung herkunftssensibel vorgehen.⁵

Für schnellere Effekte kann in den ostdeutschen Ländern im Bereich der Justiz, der sich durch eine starke Unterrepräsentation Ostdeutscher auszeichnet, Richterinnen und Richter sowie Staatsanwältinnen und -anwälte zum Generalbundesanwalt bzw. zur -anwältin vorgeschlagen werden, um ihren weiteren Aufstieg zu fördern sowie den Zugang zu karriererelevanten Netzwerken und Einblicken in relevante Entscheidungsstrukturen zu verbessern. Derzeit stammen beispielsweise nur 4 Prozent der von Bundesländern abgeordneten wissenschaftlichen Mitarbeitenden am Bundesgerichtshof aus den ostdeutschen Bundesländern. Auch die Landesverbände der Parteien können potenzielle ostdeutsche Spitzenkräfte stärker in karriererelevante Funktionen auf Bundesebene bringen, um den Pool einschlägig erfahrener Ostdeutscher für Spitzenpositionen auf Bundesebene zu erweitern.

⁵ So gibt es etwa im dünn besiedelten Ostdeutschland weniger lokale Vereinsstrukturen, die formelles zivilgesellschaftliches Engagement erleichtern, das ein wichtiges Kriterium für die Vergabe von Stipendien ist.

Diversität und Chancengleichheit Survey 2024

Karrierechancen von Ostdeutschen in der Bundesverwaltung

von Andreas Ette, Sophie Straub und Martin Weinmann

Mit einem Anteil von 23,9 Prozent an allen Beschäftigten haben Ostdeutsche insgesamt gute Zugangschancen zum öffentlichen Dienst der Bundesverwaltung. Dies zeigen die aktuellen Auswertungen des Bundesinstituts für Bevölkerungsforschung (BiB) auf Grundlage des Diversität und Chancengleichheit Survey 2024 (DuCS 2024). Anhand der repräsentativen Daten von über 50.000 Beschäftigten in 73 Bundesbehörden können erstmals differenzierte Aussagen zu Zugangs- und Karrierechancen von Ostdeutschen in der Bundesverwaltung getroffen werden.

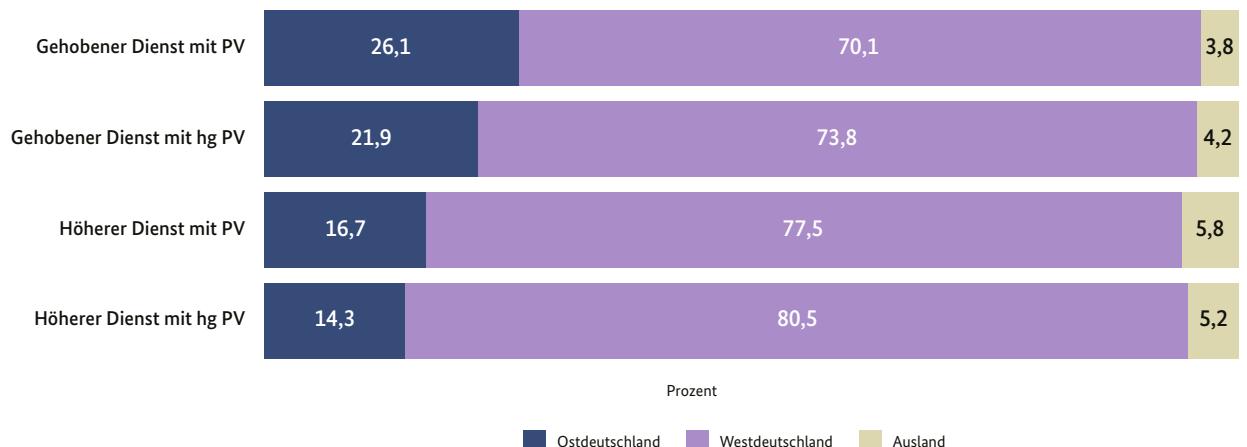
Der Diversität und Chancengleichheit Survey 2024

- Zentral organisierte Beschäftigtenbefragung in der Bundesverwaltung in Deutschland
- Teilnahme von 73 der 104 Behörden, in denen 65,3 Prozent aller Beschäftigten der unmittelbaren Bundesverwaltung tätig sind
- Online-Erhebung im Mai und Juni 2024
- Über 50.000 realisierte Interviews (Ausschöpfungsquote: 34,7 Prozent)
- Repräsentative Daten zur Arbeitssituation der Beschäftigten der unmittelbaren Bundesverwaltung sowie zur Vielfalt des Personals
- Erstmals Daten zur Repräsentation von Ostdeutschen in der Bundesverwaltung für verschiedene Alters-, Hierarchie- und Statusgruppen sowie Behördenstandorte

Mit steigender Hierarchiestufe in der Bundesverwaltung sinkt jedoch der Anteil ostdeutscher Beschäftigter mit Personalverantwortung (siehe Abb. 1): Während im gehobenen Dienst gebürtige Ostdeutsche mit einem Anteil von mindestens 22 Prozent in Führungspositionen angemessen vertreten sind, liegt ihr Anteil im höheren Dienst bei unter 17 Prozent. Zudem übernehmen Ostdeutsche in beiden Laufbahngruppen seltener herausgehobene Personalverantwortung. Das bedeutet, dass sie häufiger in Positionen tätig sind, in denen sie einer weiteren Führungskraft unterstellt sind, während westdeutsche Kolleginnen und Kollegen häufiger herausgehobene Personalverantwortung tragen.

Als Führungspositionen werden im Folgenden Beschäftigungsverhältnisse im höheren Dienst mit Personalverantwortung definiert. Da Führungspositionen in der Regel mit einer gewissen beruflichen Erfahrung verbunden sind, ist es naheliegend, den Zugang dazu nach Altersgruppen zu unterscheiden. Während unter den über 60-Jährigen 12,9 Prozent der westdeutschen Beschäftigten in einer Führungsposition tätig sind, liegt der Anteil unter Ostdeutschen lediglich bei 6,0 Prozent. Auch unter jüngeren Beschäftigten zeigen sich Zugangsunterschiede, wenn auch in geringerem Ausmaß. So sind in der Altersgruppe der 30- bis 39-Jährigen 5,0 Prozent der westdeutschen Beschäftigten in Führungspositionen tätig und

Beschäftigte in Führungspositionen innerhalb der Bundesverwaltung nach Geburtsort (in Prozent) (Abb. 1)



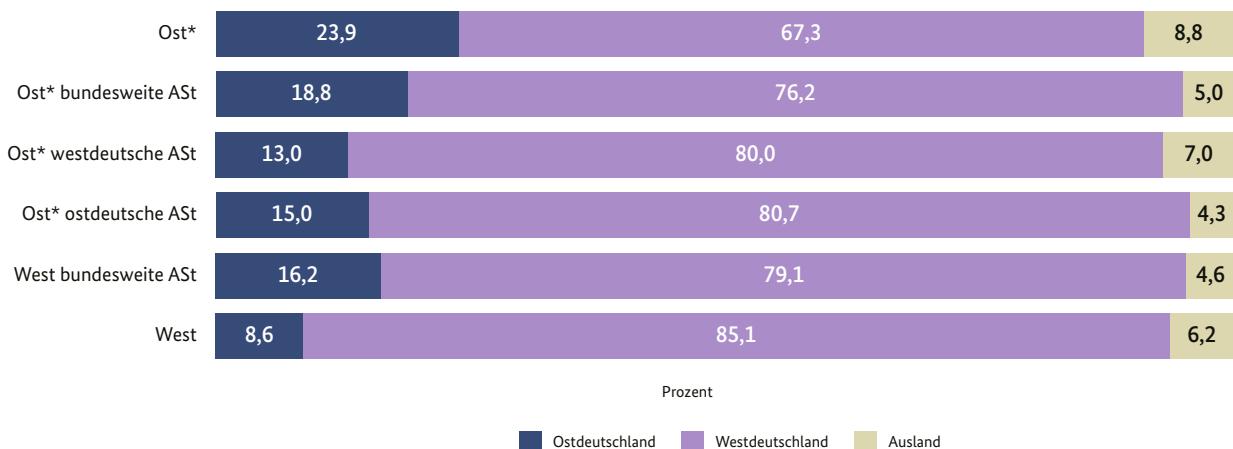
Anmerkung: PV = Personalverantwortung, hg PV = herausgehobene Personalverantwortung

Quelle: DuCS 2024, gewichtet, Berechnungen des BiB ($\alpha = 0,69$).

3,6 Prozent unter den ostdeutschen Kolleginnen und Kollegen. Weiterführende Analysen bestätigen, dass diese Unterschiede in allen Altersgruppen auch dann statistisch bedeutsam sind, wenn Einflussfaktoren wie Geschlecht oder berufliche Qualifikation kontrolliert werden. Dies deutet darauf hin, dass eine strukturelle Verdrängung ostdeutscher

Führungskräfte im Zuge des Elitentransfers nach der Wiedervereinigung nach wie vor die beruflichen Chancen von Ostdeutschen beeinflusst. Selbst jüngere Ostdeutsche haben Nachteile beim Zugang zu Führungspositionen im Vergleich zu ihren westdeutschen Kolleginnen und Kollegen.

Anteil der Beschäftigten in Führungspositionen in der Bundesverwaltung nach Geburtsort und Behördenstandort (in Prozent) (Abb. 2)



Anmerkung: *einschließlich Berlin, ASt = Außenstelle
Quelle: DuCS 2024, gewichtet, Berechnungen des BiB

Die Repräsentation von Ostdeutschen in Führungspositionen in der Bundesverwaltung ist eng mit der geografischen Ansiedlung der Behörden verknüpft (Abb. 2). Seit den frühen 1990er-Jahren gibt es verschiedene politische Maßnahmen, um die Verwaltungsstrukturen anzupassen und die wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung in Ostdeutschland zu fördern. Die Ergebnisse des DuCS 2024 zeigen jedoch, dass auch in Behörden mit Sitz in Ostdeutschland einschließlich Berlin 67,3 Prozent der Führungskräfte gebürtige Westdeutsche sind. Lediglich 23,9 Prozent der Beschäftigten in Führungspositionen in diesen Behörden sind Ostdeutsche. Mit dem Grad der Ansiedlung der Behörden in Westdeutschland nimmt der Anteil ostdeutscher Führungskräfte erwartungsgemäß weiter ab.

Die Ergebnisse des DuCS 2024 bestätigen: In der Bundesverwaltung bestehen nach wie vor Ungleichheiten beim Zugang zu Führungspositionen zwischen ost- und westdeutschen Beschäftigten. Die Analyse zeigt, dass mit zunehmender Hierarchiestufe der Anteil Ostdeutscher mit Per-

sonalverantwortung deutlich abnimmt. Auch für jüngere ostdeutsche Beschäftigte bestehen Nachteile beim Erreichen von Führungspositionen. Weiterhin sind aktuell die Führungsetagen von Behörden mit Sitz in Ostdeutschland mehrheitlich von westdeutschen Kolleginnen und Kollegen besetzt. Zukünftig wird es entscheidend sein, die Teilhabechancen, insbesondere für jüngere Ostdeutsche, zu verbessern, um somit bestehende Ungleichheiten zu verringern. Der derzeitige Ruhestands-eintritt vieler westdeutscher Führungskräfte, die nach der Wiedervereinigung in Ostdeutschland ihre Stelle angetreten haben, sowie die Ansiedlung von Behörden in Ostdeutschland bieten dafür entsprechende Chancen. Um Veränderungen abzubilden und eine nachhaltige Personalpolitik in der Bundesverwaltung gewährleisten zu können, bedarf es einer kontinuierlichen Datenerhebung. Der Diversity and Chancengleichheit Survey stellt dabei ein geeignetes Monitoringinstrument dar, um die Repräsentation von Ostdeutschen in der Bundesverwaltung auch zukünftig in den Blick zu nehmen.

Deutschland-Monitor 2025

Gesellschaftliche und politische Einstellungen: Kurzbericht „Wie veränderungsbereit ist Deutschland?“

von Helene Franke, Everhard Holtmann, Tobias Jaeck, Reinhard Pollak, Marion Reiser, Matthias Sand und Pierre Zissel

Berlin, Halle (Saale), Jena und Mannheim im Juli 2025

1. Einleitung

Wie veränderungsbereit ist Deutschland?
Aktuellen Zeitdiagnosen zufolge ist „Veränderungsmüdigkeit“ kennzeichnend für den mentalen Zustand der deutschen Gesellschaft. Der Soziologe Steffen Mau etwa beobachtet eine „Veränderungser schöpfung“: Ein Teil der Gesellschaft beklage, dass er sich von gesellschaftlichen Veränderungen „überrollt fühlt“ (Mau 2022). Ähnlich argumentiert der Ökonom Marcel Fratzscher: Die Risikoscheu sei hoch. Traditionell seien Politik und Wirtschaft hierzulande „auf Stabilität und nicht auf Geschwindigkeit ausgerichtet“. Allgemein verbreitet sei die Lesart, „dass wir Veränderungen nicht übers Knie brechen [...], sondern uns Zeit lassen müssten“ (Fratzscher 2024).

Für ein solches auf Beharrung fixiertes Zeitgefühl gibt es empirische Belege. So stellt z. B. eine psychologische Studie von 2021 für Deutschland insgesamt wenig Aufbruchsstimmung fest. 37 Prozent

schätzen es, ihre „Ruhe zu haben“. 31 Prozent mögen „nicht (mehr) ständig etwas Neues“ unternehmen. Zugleich sehen jedoch 80 Prozent den Druck zur „Anpassung an die Krisen“ auch als „eine große Chance, wenn wir jetzt anfangen zu handeln“ (Rheingold-Institut 2021, 51, 60). Dieses – auf den ersten Blick widersprüchliche – Ergebnis spricht weniger für eine Veränderungsmüdigkeit, sondern vielmehr dafür, dass ein hoher Anteil der Menschen hierzulande mit Blick auf konkrete Herausforderungen wie z. B. den Klimawandel veränderungsbereit ist (vgl. u. a. Hebenstreit et al. 2025, 175; Harfst et al. 2023, 61). Daher fragt der Deutschland-Monitor 2025: „Wie veränderungsbereit ist Deutschland?“

Infolge der anhaltenden Polykrise – Krieg in der Ukraine und dem Nahen Osten, globale Zollstreitigkeiten, Wachstumsschwächen der Wirtschaft – dürfte sich der jetzt schon hohe Veränderungsdruck künftig noch steigern. Das erhöht zum einen

die objektiven Anforderungen an Wirtschaft und Bevölkerung, auf Veränderungsbedarfe flexibel zu reagieren und die Folgen von Wandel zu bewältigen. Zum anderen wachsen die Erwartungen an die Politik, den Wandel der Lebens- und Arbeitsbedingungen in vorausschauender, ressourcenschonender und sozial ausgewogener Weise zu steuern. Für ein wirkungsvolles „Change-Management“ seitens der Politik, das die laufende und absehbare Transformation angemessen begleiten und gestalten kann, braucht es aktuelle und möglichst präzise Informationen über die Vorstellungen, Sorgen und Wünsche der Bevölkerung. Der Themenschwerpunkt des diesjährigen Deutschland-Monitors trägt diesem Desiderat von Politik, Gesellschaft und Wissenschaft Rechnung.

Die dem Schwerpunktthema des Deutschland-Monitors 2025 zugrunde liegende Fragestellung, wie die Menschen in Deutschland gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen, reicht über die schlichte Analyse hinaus, ob und wie Wandel als Teil des eigenen Lebens zur Kenntnis genommen wird. Vielmehr interessiert zu erfahren: Werden Ausmaß, Intensität und Geschwindigkeit laufenden Wandels von der Bevölkerung positiv oder negativ eingeschätzt, und werden damit eher Chancen oder Risiken verbunden?

Werden bereits erfahrene Veränderungen als vorteilhaft oder nachteilig empfunden? Wo und unter welchen Bedingungen sind Menschen bereit, eingeschlagene Veränderungspfade mitzutragen? Dabei schließen wir theoretisch-konzeptionell an die Organisationsforschung und das Konzept der Transformationsmüdigkeit (Change Fatigue) an, das erfasst, ob es in der Wahrnehmung und Bewertung der betroffenen Personen zu viele und zu tiefgreifende Veränderungen und Wandel gibt (vgl. u. a. Berneth et al. 2011). Grundsätzlich können hierbei vier Dimensionen der Veränderungsbereitschaft unterschieden werden, um die Abstufungen von Veränderungsoffenheit und Veränderungsmüdigkeit in der Gesellschaft erkennbar zu machen (Tab. 4): So ist relevant, ob Wandel eher als Chance oder als Risiko angesehen wird. Zudem ist zentral, wie die Geschwindigkeit, die Breite und Tiefe des Wandels wahrgenommen und individuell bewertet werden.

Vier Dimensionen von Veränderungsbereitschaft (Tab. 4)

Dimension	Tiefe	Geschwindigkeit
1 Chancen-Risiko-Bewertung des Wandels	Gemessen wird, ob gesellschaftlicher Wandel als eher positiv (Chance) oder negativ (Risiko) empfunden wird.	Risiko <--> Chance
2 Geschwindigkeit des Wandels	Gemessen wird, ob gesellschaftlicher Wandel als eher positiv (Chance) oder negativ (Risiko) empfunden wird.	zu langsam <--> zu schnell
3 Breite des Wandels	Gemessen wird, wie viele Lebens- und Gesellschaftsbereiche vom Wandel betroffen erscheinen.	zu gering <--> zu umfassend
4 Tiefe des Wandels	Gemessen wird, ob Veränderungen eher oberflächlich oder als strukturell tiefgreifende Eingriffe erlebt werden.	kaum zu spüren <--> zu tiefgreifend

Dabei betrachten wir die Veränderungsbereitschaft einerseits allgemein und andererseits spezifisch für bestimmte Politikfelder: Zunächst wird die allgemeine Sicht auf das Thema Veränderung anhand der vier genannten Dimensionen analysiert. Diese allgemeine Veränderungsbereitschaft zeigt, wie die Befragten gesellschaftliche Veränderungsprozesse generell wahrnehmen und bewerten. Auf Basis dieser Untersuchung können insgesamt fünf Veränderungstypen unterschieden werden, die sich systematisch in ihrem Blick auf Veränderungen voneinander unterscheiden. Es wird untersucht, wie sowohl frühere Erfahrungen in Transformations- und Veränderungsprozessen als auch sozialstrukturelle und politische Faktoren mit dieser allgemeinen Veränderungsbereitschaft zusammenhängen. Daran anschließend folgt die Analyse, welche Einschätzungen und Wahrnehmungen die Befragten zu Wandel in konkreten Politikfeldern haben. Für diese spezifische Veränderungsbereitschaft fokussiert die Studie auf sechs Bereiche, die aktuell durch Veränderungsprozesse geprägt sind: Migration, Verteidigung, Digitalisierung, Demografie, Wirtschaft und Klima. Dazu werden neben den allgemeinen Einschätzungen zu den Veränderungen in diesen Bereichen auch Positionen zu aktuellen gesellschaftlichen Streitfragen beleuchtet. Ferner wird untersucht, welche Bevölkerungsgruppen den Veränderungen in den Politikbereichen offener bzw. mit größeren Vorbehalten gegenüberstehen. Das Fazit fasst die zentralen Ergebnisse zur Frage, wie veränderungsbereit die Bevölkerung in Deutschland ist, zusammen.

Empirische Basis der Analyse ist eine repräsentative Befragung der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren mit Wohnsitz in Deutschland. Die Befragung von 4.005 Personen wurde vom 23. April 2025 bis 30. Mai 2025 von dem Befragungsinstitut Forsa mithilfe computergestützter Telefoninterviews (CATI) durchgeführt.⁶

2. Allgemeine Veränderungsbereitschaft

2.1 Wie weit reicht allgemein die Veränderungsbereitschaft?

Die Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen zeigt ein differenziertes Meinungsbild in der Bevölkerung. In Bezug auf die Tiefe der Veränderungen äußern sich knapp die Hälfte der Befragten (46 Prozent) ausgewogen, während rund vier von zehn Befragten den Wandel als (zu) tiefgreifend empfinden (39 Prozent). Hinsichtlich der Breite fällt die Einschätzung ähnlich aus: Knapp die Hälfte (47 Prozent) sind der Auffassung, dass Veränderungen weder zu viele noch zu wenige Bereiche betreffen. 29 Prozent der Befragten sind der Meinung, die Veränderungen betreffen eher zu viele Bereiche. Dagegen meinen 24 Prozent, dass gesellschaftliche Veränderungen eher zu wenige Bereiche betreffen. Bei der Geschwindigkeit dominiert ebenfalls die mittlere Position (45 Prozent). Bemerkenswert ist, dass deutlich mehr Befragte die Veränderungen als (zu) langsam (33 Prozent) empfinden denn als (zu) schnell (22 Prozent). Für die

⁶ Ziel des Deutschland-Monitors ist es, politische und gesellschaftliche Einstellungen in der gesamtdeutschen Bevölkerung zu untersuchen. Dabei steht neben individuellen Einflussfaktoren die Frage im Zentrum, wie regionale Lebensumfelder („Kontexte“) die gesellschaftlichen und politischen Einstellungen der dort lebenden Menschen beeinflussen. Daher kombiniert der Deutschland-Monitor 2025 zwei standardisierte Befragungen mit unterschiedlichen Stichproben: zum einen eine repräsentative Stichprobe für die deutschsprachige Bevölkerung ab 16 Jahren mit einem Wohnsitz in Deutschland. Die Interviews bilden die Datengrundlage für diesen Kurzbericht zum Schwerpunkt „Wie veränderungsbereit ist Deutschland?“. Zum anderen eine einwohnermeldeamtsbasierte Regionalstichprobe: Dafür werden in zufällig ausgewählten strukturstarken und strukturschwachen Kreisen in Ost- und Westdeutschland weitere ca. 4.000 Interviews durchgeführt. Das methodisch innovative Vorgehen ermöglicht es, Einstellungsdaten mit kreis- bzw. gemeindebezogenen Strukturdaten so zu verknüpfen, dass die Bedeutung von Umfeldfaktoren für politische und soziale Einstellungen erkennbar wird. Diese Befragung wird durch qualitative Fokusgruppeninterviews in diesen Regionen ergänzt. Eine vertiefte Analyse erfolgt im Rahmen des Hauptberichts des Deutschland-Monitors 2025, der zu einem späteren Zeitpunkt erscheinen wird. Für weitere Informationen: www.deutschland-monitor.info/.

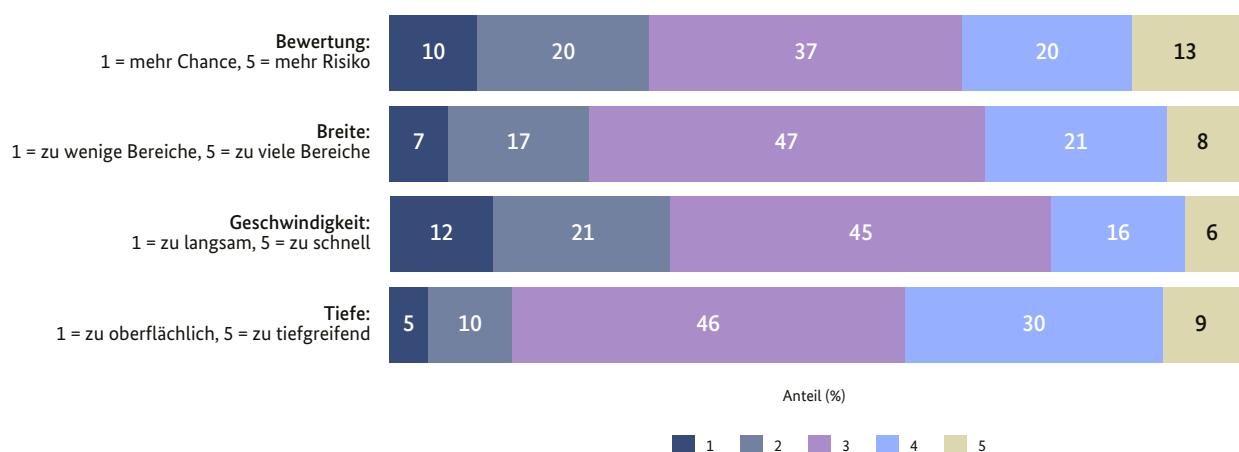
Bewertung von Veränderungen im Allgemeinen zeigt sich: Etwa ein Drittel sehen vor allem Risiken (33 Prozent), ein weiteres Drittel Chancen (30 Prozent). 37 Prozent bringen eine Ausgewogenheit zwischen Risiko und Chance zum Ausdruck (Abb. 3).

Ost-West-Differenzen treten bei der allgemeinen Einschätzung wahrgenommener Veränderungen nur minimal auf. Einzig deren Bewertung als Chance und Risiko ist in Ostdeutschland etwas negativer ausgeprägt. Dort nehmen 27 Prozent der Befragten Veränderung als Chance wahr, während es im Westen 31 Prozent sind. Gleichzeitig verbinden etwa 35 Prozent der Ostdeutschen mit Veränderung eher Risiken. In Westdeutschland liegt der Anteil mit 32 Prozent geringfügig darunter. Während im Westen also gleich große Bevölkerungsanteile Chancen bzw. Risiken mit Veränderungen verbinden, neigt sich die Waagschale im Osten leicht zu einer häufigeren Risikowahrnehmung.

2.2 Eine Typologie mit fünf Veränderungstypen

Die Wahrnehmung grundlegender gesellschaftlicher Veränderungen als Risiko bzw. Chance korreliert mit der Bewertung von Tiefe, Breite und Geschwindigkeit des Wandels.⁸ Das heißt: Nimmt jemand die aktuellen gesellschaftlichen Veränderungen als zu tiefgreifend, zu schnell und zu umfassend wahr, geht dies mit einer höheren Besorgnis einher, dass die Veränderungen eher ein gesellschaftliches Risiko bedeuten. Hierin drückt sich somit eine Veränderungsskepsis aus. Umgekehrt sehen diejenigen, welche den realen Gang der Veränderungen eher als zu oberflächlich, zu langsam und zu gering empfinden, Veränderungen eher als Chance für die Zukunft Deutschlands an. In dieser Bewertung äußert sich folglich Veränderungsoffenheit.

Einschätzung der wahrgenommenen Veränderungen⁷ nach Tiefe, Breite, Geschwindigkeit und Bewertung (Abb. 3)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

⁷ Die Variablen Tiefe, Geschwindigkeit und Breite wurden auf einer Skala von 0 bis 10 erhoben und zur Vergleichbarkeit mit der Bewertung (Chance/Risiko) auf einen Wertebereich von 1 bis 5 umkodiert.

⁸ Alle vier Variablen lagen deutlich auf einer Dimension, die im Folgenden als „Veränderungsbereitschaft“ bezeichnet wird. Die Reliabilität der gebildeten Skala ist gewährleistet ($\alpha = 0,61$). Die neu gebildete Mittelwerts Skala hat eine Spannweite von 1 „transformationsskeptisch“ bis 5 „transformationsbereit“.

Anhand unterschiedlicher Verteilungsmuster, die sich bei Kombinationen der Bewertungen der vier Dimensionen von Veränderungsbereitschaft offenbaren, können fünf „Transformationstypen“ unterschieden werden (Tab. 5)

Die „Transformationsbefürworter“ (Typ 1) sehen Wandel als notwendig, chancenreich und gestaltbar an. Sie sind offen für tiefgreifende Veränderungen und empfinden die Geschwindigkeit als mindestens moderat oder gar als zu langsam. Dieser Typ lässt sich etwa ein Zehntel der Befragten in Ost wie West zuordnen.

Typenbildung von „fünf Transformationstypen“

Mittelwerte auf einer Skala von 1 bis 5 (Tab. 5)

Typ	Tiefe	Geschwindigkeit	Breite	Bewertung	Mittelwert der Skala (1–5) ⁹
1 Transformationsbefürworter	neutral bis zu oberflächlich, viel zu oberflächlich	eher zu langsam, viel zu langsam	neutral bis zu wenig, viel zu wenig	eher bis sehr positiv	4,0
2 Transformations-offene ¹⁰	neutral bis zu oberflächlich	neutral bis zu langsam	neutral bis zu wenig	neutral bis eher positiv	3,3
3 Transformations-ambivalente	ambivalentes/neutrales Meinungsbild ¹¹ , keinem anderen Typus klar zuordenbar				3,0
4 Transformations-kritiker ¹²	neutral bis zu tiefgreifend	neutral bis zu tiefgreifend	neutral bis zu tiefgreifend	neutral bis zu tiefgreifend	2,5
5 Bewahrungs-orientierte	neutral bis zu oberflächlich	neutral bis zu langsam	neutral bis zu wenig	neutral bis eher positiv	1,6

Die „Transformationsoffenen“ (Typ 2) erkennen Wandel prinzipiell an, möchten Veränderungen aber überschaubar wissen. Hierzu zählen 13 Prozent der Befragten. Im Osten ist dieser Anteil etwas geringer (9 Prozent).

„Transformationsambivalente“ (Typ 3) positionieren sich zu Veränderungen nicht eindeutig. Beispielsweise schätzen sie Geschwindigkeit oder Breite des

Wandels als zu gering ein, sehen jedoch gleichzeitig ein hohes Veränderungsrisiko. Aufgrund dieser ambivalenten Einstellung lassen sie sich einem der anderen Typen nicht klar zuordnen.¹³ Dem Typ 3 wird mit 52 Prozent die Mehrheit zugeordnet.

„Transformationskritiker“ (Typ 4) stehen gesellschaftlichem Wandel eher skeptisch bis ablehnend gegenüber. Sie nehmen diesen überwiegend als

⁹ Dargestellt sind die Werte, die die Typen auf der Skala „Veränderungsbereitschaft“ (1 = gering; 5 = hoch) einnehmen. Die Typenbildung basiert wie Tab. 2 zeigt, auf den vier Dimensionen der Veränderungsbereitschaft. Zur Typenbildung als Instrument zur Sichtbarmachung komplexer Verhaltensmuster vgl. Silbereisen/Pinquart (2008, 15).

¹⁰ Personen dieses Typus haben max. dreimal neutral und mind. einmal positiv geantwortet.

¹¹ Transformationsambivalente sind z. B. Personen, die das Risiko als hoch, die Geschwindigkeit und Breite aber als zu gering einschätzen. Ein neutrales Meinungsbild heißt, dass alle vier Dimensionen neutral beantwortet wurden.

¹² Personen dieses Typus haben max. dreimal neutral und mind. einmal negativ geantwortet.

¹³ Denkbar ist auch, dass diese Personengruppe mit den gegenwärtigen gesellschaftlichen Veränderungen – zumindest in Teilen – einverstanden ist.

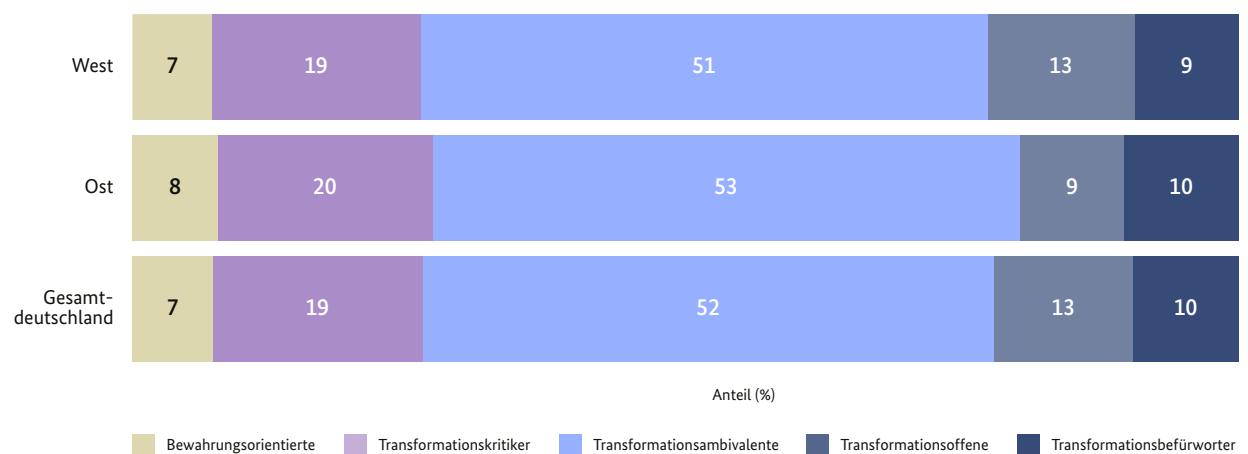
zu schnell, zu umfassend, zu tiefgreifend und eher risikobehaftet wahr. Knapp ein Fünftel kann im Osten und Westen Deutschlands diesem Transformationstyp zugeordnet werden.

Der skeptischste Transformationstyp 5, die „Bewahrungsorientierten“, bewerten aktuelle Veränderungen durchweg als zu tiefgreifend, zu schnell, zu umfassend und ausnahmslos risikobeladen. Damit signalisieren sie eine deutliche Präferenz für die Bewahrung des Status quo und stehen gesellschaftlichem Wandel grundsätzlich sehr

kritisch gegenüber. So nehmen sie im Unterschied zum „Transformationskritiker“ (Typ 4) in keiner der vier Dimensionen eine neutrale Position ein. Diese Gruppe ist mit einem Anteil von sieben Prozent zahlenmäßig die kleinste.

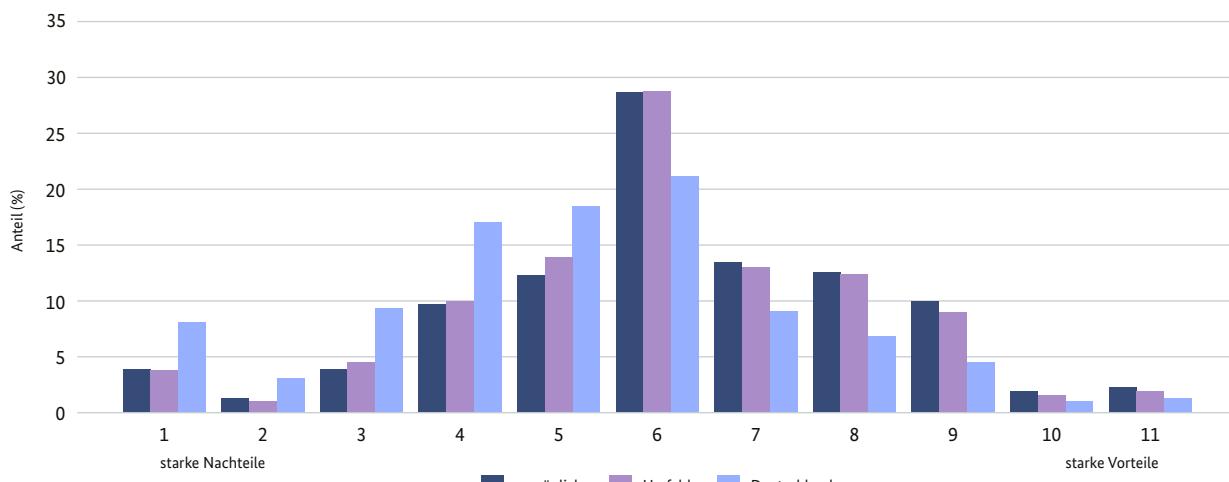
Betrachtet man die Verteilung der fünf Transformationstypen für Ost- und Westdeutschland getrennt (Abb. 4), wird deutlich, dass die Veränderungsbereitschaft in beiden Landesteilen bemerkenswert ähnlich ist.

Verbreitung der Transformationstypen in Ost-, West- und Gesamtdeutschland (Abb. 4)*



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Bekundete Veränderungsbilanz der letzten zehn Jahre (Abb. 5)



2.3 Transformationserfahrung: eine Einflussgröße?

Was beeinflusst Veränderungsbereitschaft? Eine zentrale Frage ist, wie Aufgeschlossenheit gegenüber aktuellem und zukünftigem Wandel mit bereits gesammelten – positiven und negativen – Transformationserfahrungen zusammenhängt. So wird u. a. aufgrund der spezifischen Erfahrungen der Ostdeutschen durch die Wende- und Transformationszeit diskutiert, inwiefern diese zu einer größeren Resilienz führen oder aber eher eine Transformationsmüdigkeit verstärken. Grundsätzlich wird angenommen, dass positive Transformationserfahrungen die Offenheit für Veränderungen tendenziell erhöhen, während negative Erfahrungen mit Veränderungen in der Vergangenheit, wie z. B. ein Arbeitsplatzverlust, die Bereitschaft für aktuelle und zukünftige Transformationen eher senken (vgl. u. a. Lettrari 2019; Mau 2024; Ragnitz 2025). Wie bewerten die

Deutschen also allgemein die gesellschaftlichen Veränderungen, die sie während der letzten zehn Jahre erlebt haben, und zwar für sich persönlich, bezogen auf ihr näheres Umfeld (Familie, Nachbarschaft, Freunde) sowie mit Blick auf Deutschland insgesamt?

Drei von zehn der Befragten (29 Prozent) haben die gesellschaftlichen Veränderungen der jüngeren Vergangenheit weder selbst noch im näheren Umfeld als vorteilhaft oder nachteilig empfunden (Abb. 5, Wert 6). Ein vergleichbarer Anteil betrachtet die Veränderungen der vergangenen zehn Jahre für sich (31 Prozent) oder das eigene Umfeld (33 Prozent) als eher nachteilsbehaftet (Wertebereich 1 bis 5). Etwa vier von zehn Befragten äußern für sich (40 Prozent) bzw. das eigene Umfeld (38 Prozent) eine positive Veränderungsbilanz (Wertebereich

7 bis 11). Im Mittel fallen die auf Deutschland gesamt bezogenen Erfahrungen etwas schlechter aus als diejenigen, die auf die eigene Person bzw. das nähere Umfeld abheben. Diese Abstufung ähnelt dem bekannten Muster, dass die persönliche ökonomische Situation in der Regel deutlich besser eingeschätzt wird als die Wirtschaftslage Deutschlands.¹⁴ Insgesamt zeigen sich nur geringe Ost-West-Unterschiede. Die persönlichen Transformationserfahrungen der vergangenen zehn Jahre werden in Ostdeutschland nur geringfügig negativer bewertet. Etwas deutlicher treten diese Divergenzen zutage, wenn die Befragten nach ihrer Sozialisation vor 1990 in der DDR bzw. der alten Bundesrepublik unterschieden werden. Bei jüngeren Befragten, die nach der Wiedervereinigung sozialisiert worden sind, finden sich hingegen keine Differenzen zwischen Ost und West.

Betrachtet man die drei erhobenen Transformationserfahrungen (persönlich, Umfeld, Deutschland) gemeinsam, zeigt sich, dass negative Erfahrungen einhergehen mit einer signifikant geringeren Veränderungsbereitschaft. Dabei weisen die Typen 1 bis 4 keine ausgeprägt positiven oder negativen vorherigen Erfahrungswerte auf. Jedoch sticht der Typ 5, die „Bewahrungsorientierten“ hervor: Diese Gruppe berichtet ein deutlich höheres Maß an negativen Transformationserfahrungen (vgl. Tab. 3). Dies lässt darauf schließen, dass diese Personen u. a. auch aufgrund der gesammelten negativen Erfahrungen in den vergangenen zehn Jahren grundsätzlich Veränderungen skeptisch gegenüberstehen und diese als gesellschaftliches Risiko wahrnehmen. Insgesamt bestätigt dies somit die Annahmen in der Literatur, dass nachwirkende belastende Transformationserfahrungen ein zentraler Erklärungsfaktor für Veränderungsmüdigkeit sind.¹⁵

2.4 Sozialstrukturelle und politische Einflussgrößen für Veränderungsbereitschaft

Welche Faktoren hängen neben der Veränderungserfahrung systematisch mit der Veränderungsbereitschaft zusammen? In Tab. 3 werden zentrale soziodemografische Merkmale und deren Verteilung über die einzelnen Transformationstypen aufgeführt. Das Alter weist keinen nennenswerten Zusammenhang mit der Veränderungsbereitschaft auf. „Transformationsbefürworter“ und „Transformationsoffene“ sind durchschnittlich nur leicht jünger als die Vertreter anderer Typen. Dieser Befund ist bemerkenswert, denn damit gibt es keinen Hinweis auf größere Veränderungsskepsis im Alter.

Bei der Schulbildung zeigen sich deutliche Unterschiede je nach Transformationstyp. Die „Transformationsbefürworter“ und die „Transformationsoffenen“ haben mit 42 Prozent und 37 Prozent den höchsten Anteil an Personen mit Abitur, während die „Bewahrungsorientierten“ mit 26 Prozent den niedrigsten Anteil aufweisen. Beim Einkommen heben sich lediglich die „Transformationsbefürworter“ ab. Sie haben mit im Schnitt 2.839 Euro ein deutlich höheres Äquivalenzeinkommen als die anderen vier Typen, die sich untereinander nicht stark unterscheiden.

Mit Blick auf das Geschlecht und die Veränderungsbereitschaft gibt es nur einen moderaten Zusammenhang. Frauen nehmen gesellschaftliche Veränderungen im Schnitt etwas stärker wahr und verbinden damit öfter ein Risiko als Männer. Der Männeranteil unter den „Transformationsbefürwortern“ ist fast doppelt so hoch wie der Frauenanteil. Bei den „Transformationsoffenen“ (Typ 2) und den eher kritisch eingestellten

¹⁴ Im Deutschland-Monitor 2025 wird die eigene wirtschaftliche Lage von 66 Prozent als sehr gut/eher gut eingeschätzt, diejenige Gesamtdeutschlands nur von 13 Prozent. Vgl. zu diesem „Zufriedenheitsparadoxon“ auch Koltermann (2025).

¹⁵ Vgl. auch Maus Ausführungen zum ostdeutschen „Umbruchsgedächtnis“ sowie zu den Auswirkungen von „Frakturen“ auf Veränderungsfähigkeit (Mau 2024, 33).

Typen 4 und 5 überwiegt hingegen der Frauenanteil. Eine optimistische Einschätzung der gesamtdeutschen Wirtschaftslage geht bundesweit mit höherer Veränderungsbereitschaft einher. „Transformationsoffene“ und „Transformationsbefürworter“ schätzen durchschnittlich die wirtschaftliche Lage in Deutschland am positivsten ein (Mittelwert 3,1 und 3,2 auf einer 5er-Skala), während die „Bewahrungsorientierten“ die Wirtschaftslage deutlich negativer wahrnehmen (Mittelwert 3,8).

Die Veränderungstypen unterscheiden sich auch merklich in ihren politischen Einstellungen: „Transformationsbefürworter“ und „Transformationsoffene“ ordnen sich auf der politischen Links-rechts-Skala eher links ein (Wert von 4,2 auf einer Skala von 0–10). Die „Bewahrungsorientierten“ hingegen sehen sich deutlich weiter rechts (Wert von 5,5). Betrachtet man die Parteineigungen, so finden sich unter den „Bewahrungsorientierten“ überdurchschnittlich viele AfD-Anhänger. Bei den „Transformationsbefürwortern“ sind dagegen Anhänger der Grünen überrepräsentiert.

Anhand der Verteilung sozialstruktureller und sozioökonomischer Merkmale wird deutlich, dass v. a. ressourcenstärkere Menschen den Veränderungen im Allgemeinen offener gegenüberstehen: Menschen aus der Gruppe der „Transformationsbefürworter“ verfügen durchschnittlich über ein höheres Einkommen und häufiger über ein höheres formales Bildungsniveau. Demgegenüber sind Menschen, die Veränderungen im Allgemeinen kritischer gegenüberstehen, im Durchschnitt mit weniger Ressourcen ausgestattet. Sie ziehen zudem eine negativere Bilanz über bisherige Veränderungserfahrungen und bewerten die eigene wirtschaftliche Lage – wie auch die wirtschaftliche Lage des Landes – im Durchschnitt schlechter. Hinsichtlich der Siedlungsstruktur zeigt sich überdies, dass Menschen, die dem Typus „Bewahrungsorientierte“ zugeordnet werden können, seltener in Großstädten leben als Menschen mit offeneren Haltungen gegenüber Veränderungen.

Transformationstypen – Merkmalsprofile (Tab. 6)

	Transformationsbefürworter	Transformationsoffene	Transformationsambivalente	Transformationskritiker	Bewahrungsorientierte
Transformationsbefürworter (Ø 0 neg. bis 10 pos.)	5,2	5,3	4,7	5,0	3,6
Ø Alter (Jahre)	48,4	48,9	51,3	52,1	51,4
Bildung (Abiturquote)	42 %	37 %	31 %	32 %	26 %
Äquivalenzeinkommen (Ø in Euro)	2.839 €	2.451 €	2.539 €	2.503 €	2.359 €
Geschlecht (Frauenanteil)	37,1 %	56,9 %	48,9 %	60,9 %	55,2 %
Beurteilung d. wirtschaftlichen Lage Deutschlands (Ø 1 sehr gut bis 5 sehr schlecht)	3,2	3,1	3,4	3,3	3,8
Anteil Großstadtbewohner	36 %	35 %	32 %	30 %	25 %
Ø Selbstverortung auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts)	4,2	4,2	4,6	4,6	5,5

3 Einstellungen zu Veränderungen in zentralen Politikfeldern

Die zuvor skizzierten Befunde zur allgemeinen Wahrnehmung gesellschaftlicher Veränderungen bilden den Ausgangspunkt für die spezifische Veränderungsbereitschaft in konkreten Politikfeldern. Im Mittelpunkt stehen Perspektiven auf jene gesellschaftlichen Bereiche, die aktuell und künftig erheblich von Veränderungen betroffen sind und in denen Veränderungen alltäglich erfahrbar werden: Verteidigung, Migration, Wirtschaft, Digitalisierung, demografischer Wandel und Klima.

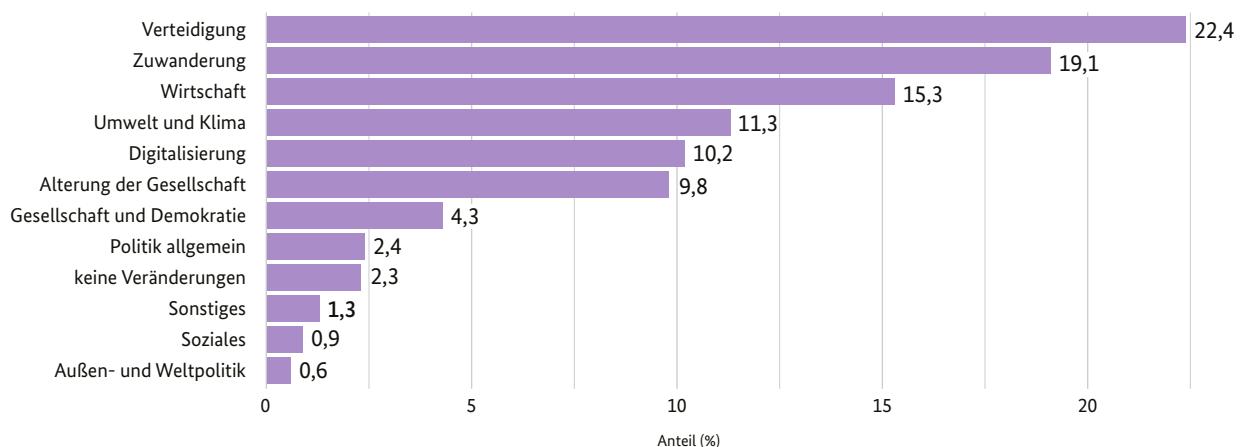
3.1 In welchen Bereichen werden die umfangreichsten und schnellsten Veränderungen wahrgenommen?

Zunächst wird untersucht, in welchen Bereichen die Bevölkerung gegenwärtig die größten Verände-

rungen sieht. Dabei zeigt sich, dass die Bevölkerung nicht den einen veränderungsstarken Politikbereich wahrnimmt, sondern dass in mehreren Bereichen größere Veränderungen bemerkt werden: Am häufigsten werden die Bereiche Verteidigung bzw. äußere Sicherheit (22 Prozent), Zuwanderung (19 Prozent) und Wirtschaft (15 Prozent) genannt (Abb. 6). Dahinter folgen mit 11 Prozent Umwelt und Klima(-schutz) sowie mit je 10 Prozent der demografische Wandel und die Digitalisierung.

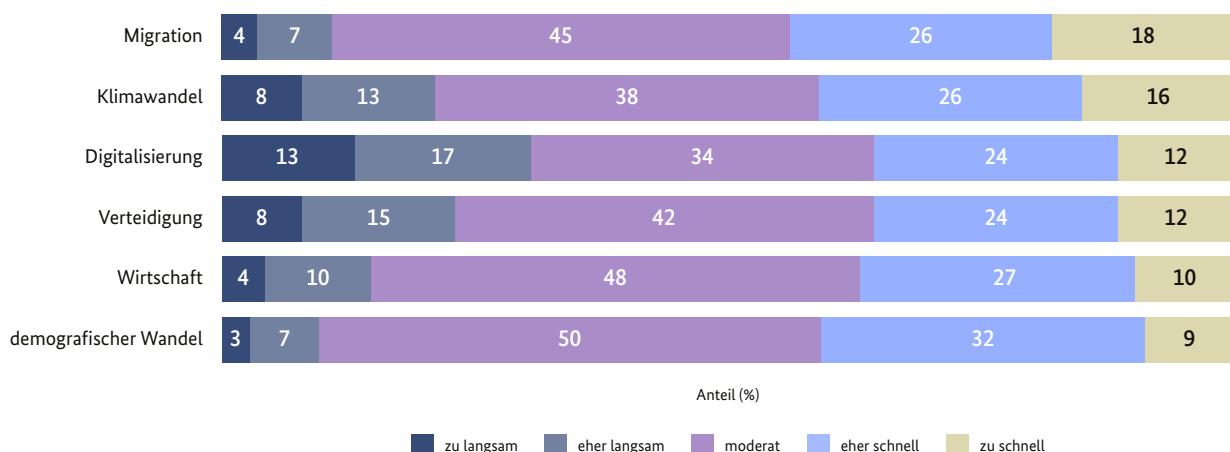
Über alle Themen hinweg gibt ein hoher Anteil der Befragten (je nach Politikfeld zwischen 36 Prozent und 44 Prozent) an, die aktuellen Veränderungen als eher oder zu schnell wahrzunehmen. Interessant ist dabei, dass die spezifische Veränderungsgeschwindigkeit in den konkreten Politikfeldern im Durchschnitt deutlich höher eingeschätzt wird als die allgemeine Veränderungsgeschwindigkeit (22 Prozent).

Größte Veränderungsbereiche in der Wahrnehmung der Bevölkerung (offene Abfrage) (Abb. 6)



Anmerkung: Die offene Fragestellung lautete: „Aktuell wird viel über grundlegende Veränderungen gesprochen, zum Beispiel beim Klima, in der Wirtschaft, bei Zuwanderung, bei Digitalisierung, bei Verteidigung oder weil die Gesellschaft älter wird. Wo sehen Sie derzeit die größten Veränderungen in Deutschland?“

Wahrgenommene Veränderungsgeschwindigkeit in ausgewählten Politikbereichen (Abb. 7)



Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt. Zur besseren Lesbarkeit der Abbildung wurde die ursprüngliche Skalierung von 0 (zu langsam) bis 10 (zu schnell) in die vorliegenden Kategorien überführt: (0, 1) „zu langsam“; (2, 3) „eher langsam“; (4-6) „moderat“; (7, 8) „eher schnell“; (9, 10) „zu schnell“.

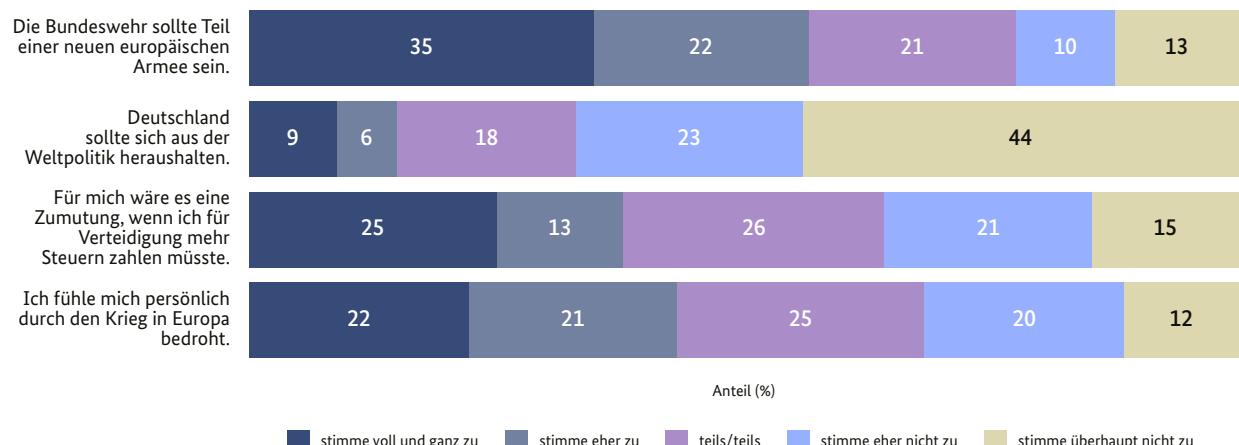
Entwicklungen werden dabei insbesondere in den Bereichen Migration und Klimapolitik von 18 bzw. 15 Prozent der Befragten als zu schnell empfunden. Zahlenmäßig bedeutender ist aber jeweils der Anteil derjenigen, die die Veränderungen weder als zu schnell noch als zu langsam, sondern in einer moderaten Geschwindigkeit – und womöglich als „gerade richtig“ – beschreiben (je nach Politikfeld zwischen 34 und 50 Prozent). Dass Veränderungen als zu langsam wahrgenommen werden, zeigt sich besonders in den Bereichen Digitalisierung, Klimapolitik und Verteidigung, wo jeweils mehr als 20 Prozent diese Einschätzung äußern. Insbesondere im Bereich Digitalisierung ist sich die Bevölkerung uneins, ob die Veränderungen (zu) schnell oder (zu) langsam vonstattengehen (vgl. Abb. 7).

Regionale Differenzen hinsichtlich der wahrgenommenen Veränderungsgeschwindigkeit fallen zwischen Ost- und Westdeutschland insgesamt gering aus, zeigen sich jedoch insbesondere in den Bereichen Klima und Wirtschaft. Im Bereich der Klimapolitik nehmen Ostdeutsche im Durchschnitt

eine etwas geringere Veränderungsgeschwindigkeit wahr als Westdeutsche. Da Ostdeutsche zugleich einen geringeren Bedarf an Klimaschutzmaßnahmen sehen (Ost: 55 Prozent, West: 63 Prozent), was auch den Ergebnissen des Deutschland-Monitors 2024 entspricht (vgl. Hebenstreit et al. 2025), ist zu vermuten, dass sie vor allem das Phänomen Klimawandel eher als langsamer und deswegen auch seltener als dringliches Problem einschätzen.

Auch im Bereich Wirtschaft nehmen Ostdeutsche das Fortschreiten des ökonomischen Strukturwandels häufiger als langsam wahr als Westdeutsche (Ost: 20 Prozent, West: 14 Prozent). Gleichzeitig bemerken Ostdeutsche in ihrem Umfeld häufiger die negativen Folgen des Strukturwandels (Ost: 37 Prozent, West: 31 Prozent) und fordern häufiger eine stärkere politische Kompensation für stagnierende Regionen (Ost: 70 Prozent, West: 62 Prozent). Somit ist zu vermuten, dass Ostdeutsche vor allem die Maßnahmen zur Abfederung des wirtschaftlichen Strukturwandels als (zu) langsam bewerten und eine höhere Geschwindigkeit fordern.

Aussagen zur Verteidigungspolitik* (Abb. 8)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

3.2 Perspektiven auf Veränderung in den Politikfeldern

Die spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikbereichen hängt nicht allein davon ab, ob Wandel als zu umfangreich, als zu langsam bzw. zu schnell erfahren wird. Von Bedeutung ist auch, inwieweit politikfeldspezifische Veränderungen im Alltag der Bevölkerung als herausfordernd wahrgenommen und damit verbundene Einschränkungen oder Umstellungen als Zumutung empfunden werden. Anhand des Konzepts der Zumutungsaversion (vgl. Bergmann/Diermeier 2024) werden in diesem Zusammenhang Widerstände gegenüber als belastend empfundenen politischen Veränderungsmaßnahmen beleuchtet.

3.2.1 Verteidigung

Verteidigungspolitik hat spätestens seit dem Angriff Russlands auf die Ukraine im Februar 2022 verstärkte Aufmerksamkeit erfahren. Die Sorge vor kriegerischen Konflikten ist bei einem erheblichen Teil der Befragten präsent: 43 Prozent fühlen sich

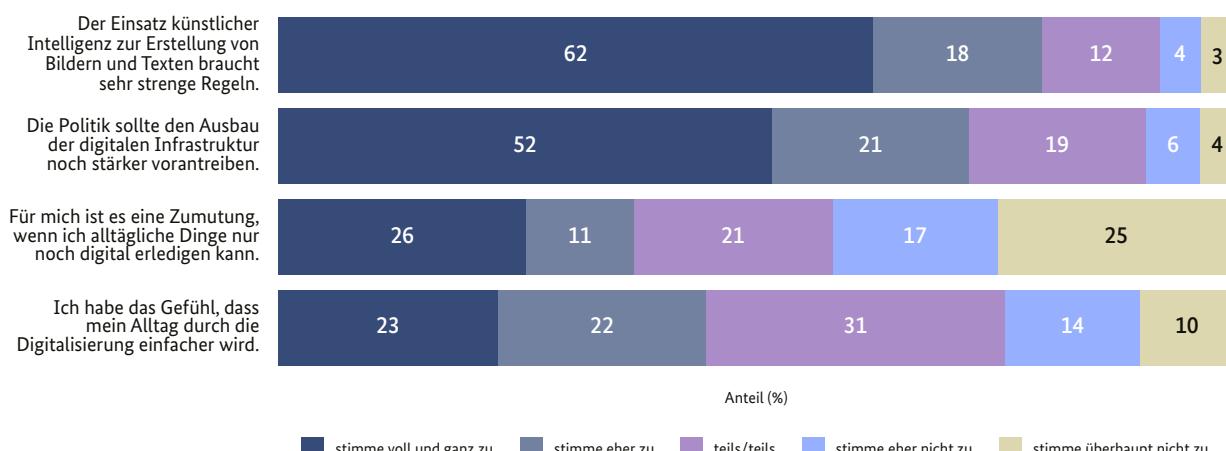
persönlich durch den Krieg in Europa bedroht. Deutlich weniger (32 Prozent) nehmen für sich keine solche Bedrohung wahr. Unterschiedliche Auffassungen zeigen sich auch bei der Beurteilung von Einschnitten im eigenen Alltag: 38 Prozent würden es als Zumutung betrachten, für Verteidigungsausgaben höhere Steuern zahlen zu müssen. Etwa ebenso viele sehen darin keine Zumutung (36 Prozent, vgl. Abb. 8). Erstere Auffassung ist insbesondere unter Ostdeutschen verbreitet, hier sind es 45 Prozent.

Die gegenwärtigen Debatten zur Verteidigungspolitik drehen sich vor allem um die Frage, wie stark sich Deutschland im Rahmen der veränderten weltpolitischen Lage militärisch engagieren sollte.¹⁶ Allgemein veränderungsoptimistische Menschen akzeptieren ein erhöhtes verteidigungspolitisches Engagement eher, während das bei „Bewahrungsorientierten“ eher auf Ablehnung stößt.

Außerdem erklären soziodemografische und ökonomische Unterschiede die Einstellung zu verteidigungspolitischem Engagement. Jüngere

¹⁶ Hierfür wurde eine Skala aus den oberen 3 Items der Abb. 8 gebildet ($\alpha = 0,60$).

Aussagen zur Digitalisierung* (Abb. 9)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Menschen sind skeptischer gegenüber einem verstärkten verteidigungspolitischen Engagement eingestellt als Ältere, ein Befund, der an jüngere Forschungsergebnisse anschließt (Graf 2025). So stehen jüngere Menschen der Idee einer europäischen Armee signifikant häufiger mit Vorbehalten gegenüber als ältere Personen. Zudem sind es insbesondere westdeutsche männliche Befragte sowie Personen mit höheren Bildungsabschlüssen, die gegenüber einem verstärkten verteidigungspolitischen Engagement aufgeschlossener sind. Auch in einkommensstärkeren Bevölkerungsgruppen ist die Bereitschaft, dies – etwa in Form einer höheren Steuerlast für Verteidigungsausgaben – mitzutragen, stärker verbreitet als bei einkommensschwächeren.

3.2.2 Digitalisierung

Die rasante Entwicklung digitaler Technologien und Infrastrukturen erzeugt ein Spannungsfeld zwischen dem Anspruch, Schritt zu halten, und der Sorge, dass bestimmte Bevölkerungsteile abgehängt werden könnten (Europäische Kommis-

sion 2022; DFA 2025). Insgesamt zeigen die Daten eine große Bereitschaft zur digitalen Transformation. 45 Prozent haben das Gefühl, dass ihr Alltag durch die Digitalisierung erleichtert wird. Deutlich weniger (24 Prozent) sehen das anders. Wenn alltägliche Dinge nur noch digital erledigt werden könnten, würden 37 Prozent der Befragten das als Zumutung empfinden, 42 Prozent hingegen nicht (vgl. Abb. 9).

Wird der Einfluss der allgemeinen Transformationsbereitschaft auf den wahrgenommenen Bedarf und die Bereitschaft, die Digitalisierung des Staates und des öffentlichen Lebens voranzutreiben¹⁷, betrachtet, wird deutlich, dass Personen mit einer bewahrungsorientierten Grundhaltung einer weiteren Digitalisierung häufiger ablehnend gegenüberstehen. Ihre Zustimmung zur Ausweitung digitaler Transformation fällt signifikant geringer aus. Demgegenüber nehmen „Transformationsbefürworter“ eine wohlwollendere Position zur Digitalisierung von Staat und Gesellschaft ein.

¹⁷ Hierfür wurde eine Skala aus den unteren drei Items der Abb. 9 gebildet ($\alpha = 0,68$).

Auch das Alter und sozioökonomische Faktoren wirken sich deutlich auf die Digitalisierungsakzeptanz aus. Ältere Personen sind seltener bereit bzw. sehen sich seltener dazu in der Lage, sich an den digitalen Alltag anzupassen (Störk-Bieber et al. 2020, 30). Höhere Einkommen, höhere Bildung sowie das männliche Geschlecht befördern Offenheit gegenüber der Digitalisierung. Somit zeigt sich, dass sich v. a. ressourcenstarke Gruppen in der Lage sehen, sich dem digitalen Wandel anzupassen.

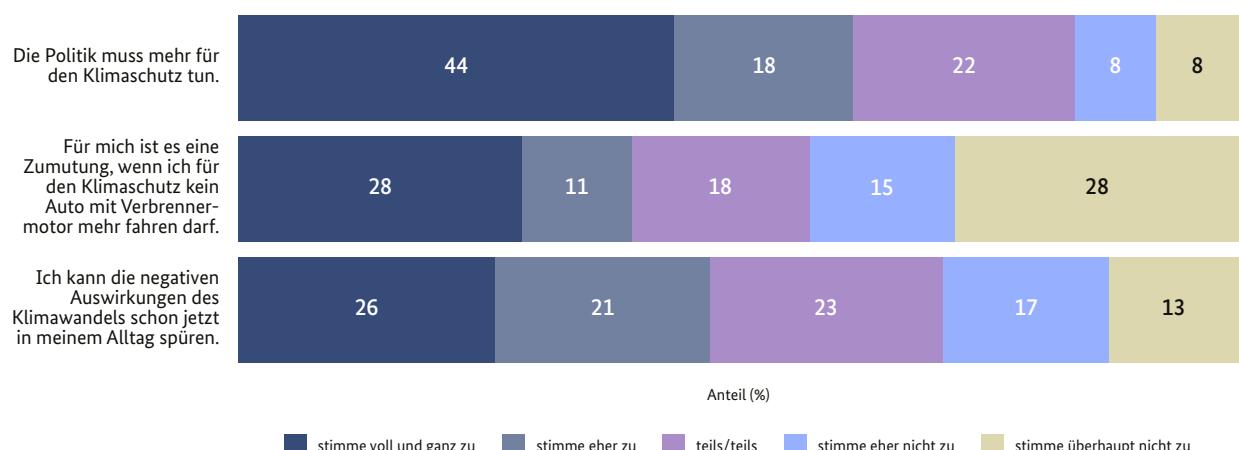
3.2.3 Klimawandel

Der anthropogene Klimawandel wird von der Naturwissenschaft quasi einmütig als zentrale Bedrohung für das Leben auf der Erde angesehen (Cook et al. 2016). Knapp die Hälfte der Befragten (47 Prozent) nehmen die negativen Folgen des Klimawandels in ihrem Alltag wahr; weitere 23 Prozent stimmen dieser Aussage teilweise zu. Die überwiegende Mehrheit (62 Prozent) ist der Meinung, die Politik müsse mehr Maßnahmen für den Klimaschutz ergreifen. Nur 16 Prozent lehnen dies ab (vgl. Abb. 10). Der Umstieg von fossilen

auf erneuerbare Energieträger in Stromerzeugung, Heizung und Verkehr ist jedoch umstritten. Besonders im Verkehrsbereich gehen die Meinungen auseinander: 39 Prozent würden es als Zumutung empfinden, aus Klimaschutzgründen auf Verbrenner-Pkws zu verzichten, während 43 Prozent darin keine Zumutung sehen würden. Die allgemeine Veränderungsbereitschaft spiegelt sich auch in der unterschiedlichen Einschätzung der Notwendigkeit von Klimaschutzmaßnahmen und der Offenheit dafür wider.¹⁸ Vor allem „Bewahrungsorientierte“ äußern größere Vorbehalte gegenüber weiterführendem Klimaschutz und benennen auch seltener negative Folgen des Klimawandels im eigenen Umfeld. „Transformationsbefürworter“ und „Transformationsoffene“ zeigen sich hingegen aufgeschlossener für Klimaschutz.

Klimaschutzmaßnahmen sind stark politisierte und polarisierte Themen im öffentlichen Diskurs (Mau et al. 2023; Teney et al. 2024; Hebenstreit et al. 2025, 42 ff.; Canzler 2024, 117). Dies spiegelt sich auch in den diesjährigen Daten des Deutschland-Monitors wider. Je weiter rechts sich jemand

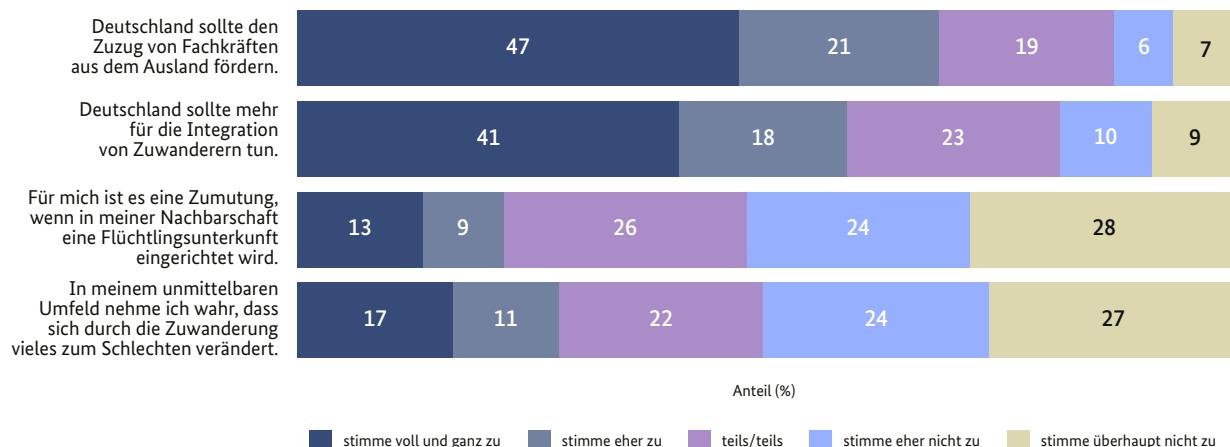
Aussagen zu Klimawandel und Klimaschutz* (Abb. 10)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

¹⁸ Hierfür wurde eine Skala aus den drei Items der Abb. 10 gebildet ($\alpha = 0,69$).

Aussagen zur Migration* (Abb. 11)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

politisch selbst verortet, desto geringer werden negative Folgen des Klimawandels im Alltag wahrgenommen, und desto größer sind die Vorbehalte gegenüber Klimaschutz. Neben dieser politischen Selbstverortung zeigt sich zudem ein deutlicher Zusammenhang mit der formalen Bildung: Höhere Bildung begünstigt das Klimawandelbewusstsein.

3.2.4 Migration

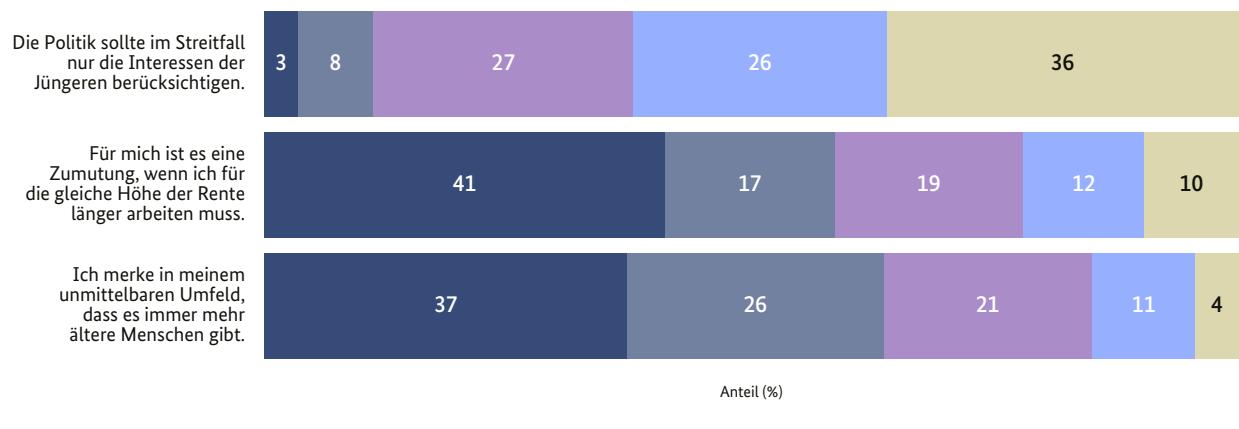
Migration als Folge globaler Ungleichheiten, geopolitischer Krisen, gewaltssamer Konflikte sowie individueller Wanderungsentscheidungen geht mit gesellschaftspolitischen Herausforderungen einher. Der Aussage, dass sich durch Migration vieles zum Schlechten verändert habe, stimmen 28 Prozent der Befragten zu. Eine Mehrheit von 51 Prozent widerspricht jedoch. Die Unterbringung von Geflüchteten im eigenen Wohnraumfeld würden 22 Prozent als Zumutung betrachten. Mit 52 Prozent lehnen aber ebenfalls mehr als die Hälfte diese Sichtweise ab. Auch hier zeigt sich: Die gesellschaftliche Aufnahmefähigkeit ist differenziert und fällt erkennbar positiver aus,

als es öffentlich-mediale Diskurse mitunter nahelegen (Heide 2025, 248 f.). Gerade die Haltung zur Frage, ob Migration vieles zum Schlechten verändert hat, erweist sich als polarisierender Faktor (vgl. Abb. 11).

Auch im Themenfeld Migration zeigt sich ein Zusammenhang zwischen allgemeiner und spezifischer Veränderungsbereitschaft. Je offener Personen allgemein gegenüber Veränderungen eingestellt sind, desto weniger bringen sie zum Ausdruck, sich durch Migration überfordert zu fühlen.¹⁹ Ein deutlicher Zusammenhang besteht zudem mit der politischen Selbstverortung: Je weiter links sich eine Person verortet, desto offener zeigt sie sich für Migration. Personen, die sich weiter rechts verorten, äußern häufiger Vorbehalte gegenüber Zuwanderung. Ferner zeigt sich ein mäßiger Zusammenhang mit dem Landesteil, wonach Menschen in Ostdeutschland etwas migrationskeptischer eingestellt sind.

¹⁹ Hierfür wurde eine Skala aus den Items zur Messung der Veränderungsbreite und -geschwindigkeit im Politikfeld Migration sowie den unteren beiden Items der Abb. 11 gebildet ($\alpha = 0,80$).

Aussagen zum demografischen Wandel* (Abb. 12)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Bemerkenswert ist: Bundesweist meint ein großer Anteil der Befragten, dass stärker in Integrationsmaßnahmen investiert werden müsse (59 Prozent), und spricht sich für weitere Fachkräftemigration aus (68 Prozent). Wer diese Auffassungen teilt, zeigt sich offener für mit Migration einhergehendem Wandel.

3.2.5 Demografischer Wandel

Deutschland altert: Während die Zahl der unter 18-Jährigen bis 2060 voraussichtlich auf rund 13,4 Millionen sinkt, steigt die Zahl der über 67-Jährigen auf über 21 Millionen an (Lang et al. 2022, 2). Damit verschiebt sich das demografische Gefälle dauerhaft zugunsten der älteren Generation.

Auch unter den Befragten ist die Überalterung der Gesellschaft präsent: 63 Prozent nehmen in ihrem unmittelbaren Umfeld immer mehr ältere Menschen wahr. Umstritten ist, wie die Gesellschaft die (finanziellen) Folgen des demografischen Wandels abfedern soll. Mit 58 Prozent würden es mehr als die Hälfte der Befragten als Zumutung empfinden,

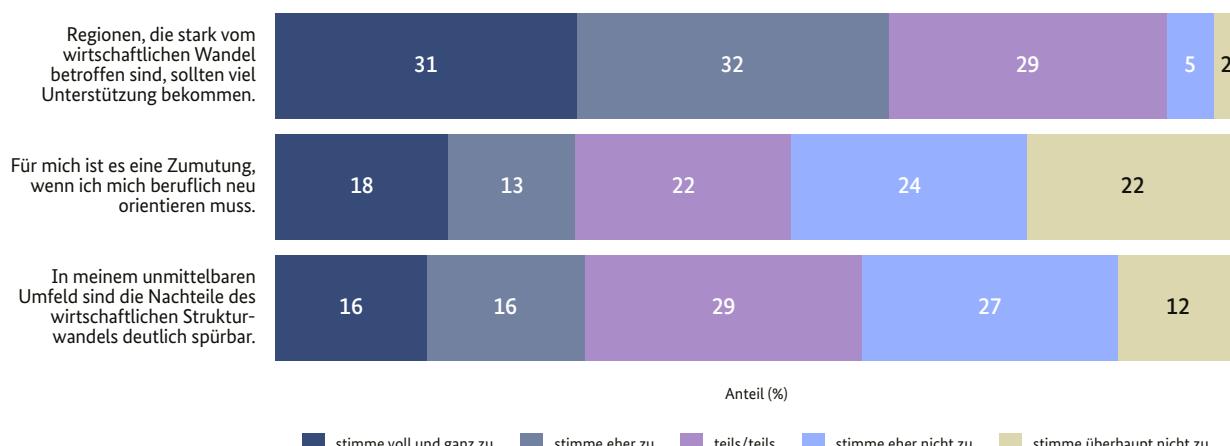
länger für die Rente arbeiten zu müssen (vgl. Abb. 12). Je jünger Befragte sind, desto häufiger sprechen sie sich gegen eine Erhöhung des Rentenalters aus. Die Daten deuten zudem darauf hin, dass Generationengerechtigkeit ein wichtiger Wert für die Bevölkerung ist: Nur eine Minderheit (11 Prozent) ist der Meinung, dass die Interessen der jüngeren Generationen gegenüber der älteren im Streitfall Vorrang haben sollten.²⁰

3.2.6 Wirtschaftlicher Strukturwandel

Die Bundesrepublik befindet sich in einem langfristigen und einschneidenden wirtschaftlichen Strukturwandel, was der Bevölkerung durchaus bewusst ist: 32 Prozent der Befragten bestätigen, dass die Nachteile dieses Wandels in ihrem Umfeld deutlich spürbar seien. 29 Prozent stimmen dem teilweise zu, und nur 39 Prozent sehen (eher) keine negativen Auswirkungen in ihrem Umfeld. Ostdeutsche und die Bevölkerung weniger prosperierender Regionen nehmen die Nachteile des wirtschaftlichen Umbruchs signifikant häufiger wahr.

²⁰ Dies gilt in allen Altersgruppen, wobei der zustimmende Anteil bei Personen unter 30 Jahren höher liegt (22 Prozent).

Aussagen zum wirtschaftlichen Strukturwandel* (Abb. 13)



*Anmerkung: Abweichungen zu 100 Prozent sind rundungsbedingt.

Wirtschaftlicher Strukturwandel kann mit Existenzsorgen und der Suche nach neuen Arbeitsplätzen, unter Umständen in anderen Branchen, verbunden sein. Fast die Hälfte der Befragten (46 Prozent) wären für eine solche berufliche Neuorientierung offen. Nur 31 Prozent würden es erklärtermaßen als Zumutung empfinden, sich gegebenenfalls beruflich neu orientieren zu müssen.²¹ Signifikante Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen bestehen hierbei nicht. Dabei zeigt sich erneut, dass vor allem Personen aus der Gruppe der „Bewahrungsorientierten“ Vorbehalte gegenüber beruflichen Neuanfängen hegen. In dieser Gruppe würden 44 Prozent darin eine Zumutung sehen.

Einzelne Regionen stehen infolge des Strukturwandels besonders unter Druck. Die überwiegende Mehrheit (63 Prozent) ist der Meinung, dass diese Regionen finanzielle Unterstützung erhalten sollten. Nur sieben Prozent sprechen sich gegen gezielte regionale Unterstützungsmaßnahmen aus.

3.3 Muster der Veränderungsbereitschaft in den Politikfeldern

3.3.1 Politikfeldübergreifende Effekte von Transformationsbereitschaft und -erfahrung

Es zeigt sich politikfeldübergreifend, dass sich die allgemeine Transformationsbereitschaft auf die spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikfeldern auswirkt. So spiegelt sich bei den „Bewahrungsorientierten“ ihr generell skeptischer Blick auf gesellschaftliche Veränderungen erwartungsgemäß auch maßgeblich in ihrer Positionierung zu Veränderungen in jedem Politikfeld wider (vgl. Abb. 14).

„Transformationsbefürworter“ positionieren sich hingegen in allen Bereichen aufgeschlossen gegenüber weiterführenden politikfeldspezifischen Veränderungen. Dies bestätigt, dass die allgemeine Veränderungsbereitschaft eine Grunddisposition zur Offenheit gegenüber gesellschaftlichen Veränderungen darstellt.

²¹ Diese Frage wurde nur Personen gestellt, die nicht bereits in Rente oder Pension sind.

Auch Veränderungserfahrung (vgl. Abschnitt 2.3) wirkt sich auf die Veränderungsoffenheit in einzelnen Politikfeldern aus. Wer der Meinung ist, dass die Veränderungen der letzten zehn Jahre nachteilig waren, ist gegenüber Veränderungen infolge von Migration, weiterführendem Klimaschutz und verstärktem verteidigungspolitischem Engagement skeptischer eingestellt.

3.3.2 Individuelle Ressourcen:

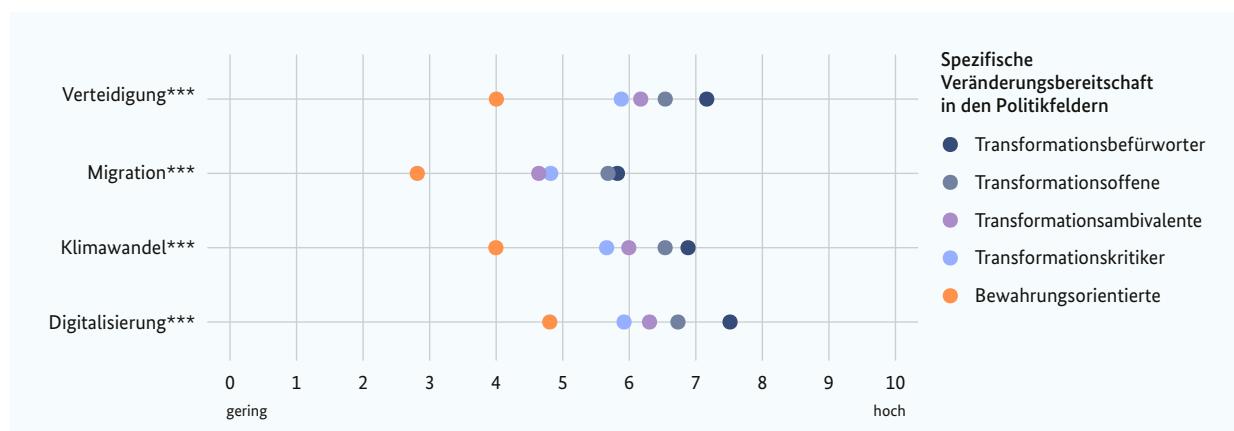
Digitalisierung und Verteidigung

Insgesamt zeigt sich, dass individuelle Ressourcen für die Veränderungsbereitschaft förderlich sind. Menschen mit höherem Bildungsniveau stehen Veränderungen offener gegenüber als Menschen mit mittlerem und niedrigerem Bildungsniveau. In den Bereichen Digitalisierung und Verteidigung wirken sich zudem das Alter und das Einkommen auf die Veränderungsbereitschaft aus. Jüngere Menschen sind offener für einen Ausbau der Digitalisierung in Staat und Gesellschaft. Sie bewerten

die aktuelle Veränderungsgeschwindigkeit häufiger als „zu langsam“. Ein geringeres Alter wirkt insoweit als Ressource, als der Umgang mit digitalen Medien von der Generation der Digital Natives nicht erst später erlernt werden musste, sondern ihre Sozialisation begleitet hat und sie digitalen Technologien mit größerer Selbstverständlichkeit und Vertrauen begegnen (vgl. Störk-Bieber et al. 2020, 30; Lythreatis et al. 2022).

Im Bereich Verteidigung wirkt sich ein geringeres Alter gegenteilig aus: Jüngere Menschen positionieren sich skeptischer gegenüber weiterem militärischem Engagement der Bundeswehr. Eine naheliegende Interpretation ist, dass ältere Menschen aufgrund ihres Alters weniger Befürchtungen haben, eine aktive Rolle bei militärischen Einsätzen einzunehmen zu müssen. So zeigen sich in anderen Befragungen jüngere Menschen skeptischer gegenüber der Wiedereinführung der Wehrpflicht (Infratest dimap 2025; Brettfeld 2025). In beiden Politikfeldern gilt zudem: Je

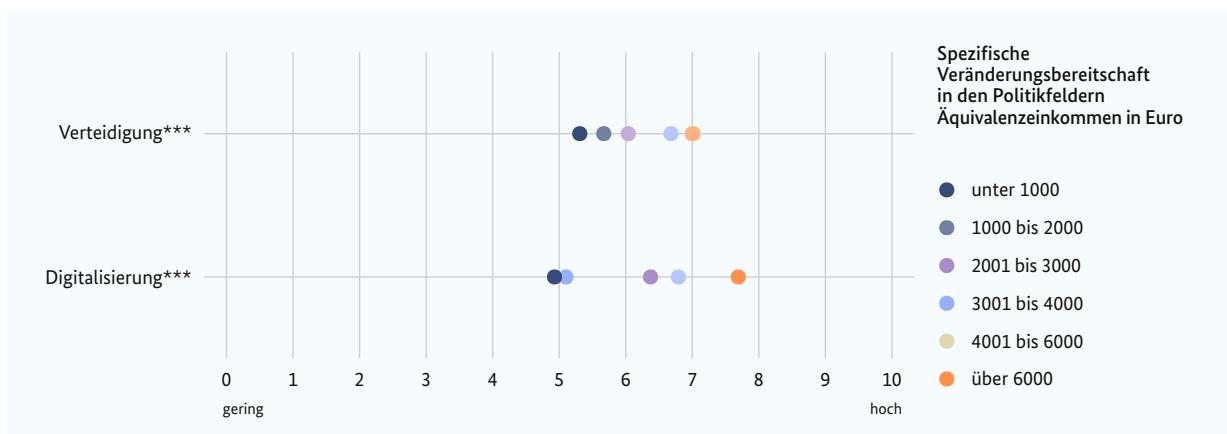
Spezifische Veränderungsbereitschaft in ausgewählten Politikfeldern²² nach Veränderungstypen (Mittelwerte) (Abb. 14)



Anmerkung: Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

²² Für die Themenfelder Demografischer Wandel und Wirtschaftlicher Strukturwandel konnte aus den vorliegenden Items keine konsistenten Skalen zur Messung der Veränderungsbereitschaft gebildet werden, weshalb sie in der Abbildung sowie in den folgenden Ausführungen nicht berücksichtigt werden können.

*Spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikfeldern
Verteidigung und Digitalisierung nach Einkommensgruppen
(Mittelwerte) (Abb. 15)*



Anmerkung: Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

höher das Äquivalenzeinkommen, desto eher sind Befragte bereit, einen Ausbau der Digitalisierung sowie ein verstärktes verteidigungspolitisches Engagement Deutschlands mitzutragen (vgl. Abb. 15).

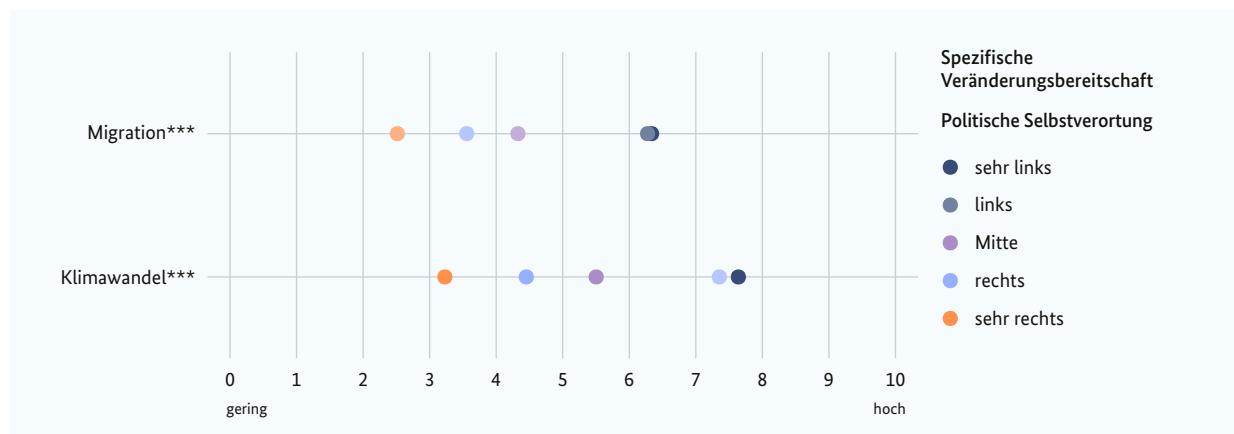
3.3.3 Politische Lagerzugehörigkeiten: Migration und Klimaschutz

Die Einstellungen in den Politikfeldern Migration und Klima strukturieren sich, neben der allgemeinen Veränderungsdisposition, v. a. anhand politischer Lagerzugehörigkeiten. Je weiter rechts sich eine Person politisch verortet, desto größer sind ihre Vorbehalte gegenüber Migration und weiterführendem Klimaschutz. Personen, die sich im politischen Spektrum eher links verorten, haben hingegen weniger Vorbehalte gegenüber Zuwendung nach Deutschland und wünschen sich mehr Klimaschutz (vgl. Abb. 16). Damit hängt auch die Beurteilung des Status quo zusammen: Wer sich politisch weiter rechts verortet, stimmt eher zu,

dass Migration negative Auswirkungen auf das Lebensumfeld hat, und sieht seltener negative Auswirkungen des Klimawandels im eigenen Alltag. Dies spiegelt sich auch in den Parteianhängerschaften wider: Wer den Grünen oder der Linkspartei nahesteht, hat in der Regel weniger Vorbehalte gegenüber Migration und verstärktem Klimaschutz. Wer der AfD nahesteht, wünscht sich hingegen weniger Migration und Klimaschutz.

Im Vergleich zu anderen Politikfeldern stechen Migration und Klima somit als besonders politisch aufgeladen und polarisiert hervor. Die Analyse zeigt deutlich, dass Veränderungen in diesen Bereichen nicht generell polarisieren, sondern vor allem bei bestimmten emotional aufgeladenen „Triggerpunkten“ (Mau et al. 2023). Damit schließen die Ergebnisse an bisherige Forschungserkenntnisse an (Teney et al. 2024; Bergmann/Diermeier 2024; Reiser et al. 2025; Hebenstreit et al. 2025).

Spezifische Veränderungsbereitschaft in den Politikbereichen Migration und Klima nach politischer Selbstverortung (Mittelwerte) (Abb. 16)



Anmerkung: Signifikanzniveaus: * p < 0,05; ** p < 0,01; *** p < 0,001.

4. Zentrale Ergebnisse

1. Deutliche Mehrheit der Bevölkerung ist nicht veränderungsmüde

Deutschland befindet sich nicht in einem Zustand von Veränderungsmüdigkeit. Knapp ein Viertel (23 Prozent) der Befragten sind vielmehr sehr offen und bereit für gesellschaftlichen Wandel und nehmen diesen tendenziell als gesellschaftliche Chance wahr. Mehr als die Hälfte (52 Prozent) stehen dem Wandel ambivalent gegenüber, indem sie weder klar positive noch ausgeprägt negative Bewertungen vornehmen. Nur ein Viertel (26 Prozent) steht dem Wandel grundsätzlich kritisch bis ablehnend gegenüber und verbindet Veränderungen primär mit gesellschaftlichen Risiken. Wenn es um konkrete Zumutungen im Kontext des Wandels geht, werden diese ebenfalls nur von einer Minderheit abgelehnt. Eine Ausnahme bildet das Thema Rente.

2. Kaum Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland

Die allgemeine Veränderungsbereitschaft ist in Ost- und Westdeutschland sehr ähnlich ausgeprägt: Keiner der beiden Landesteile kann als veränderungsmüde beschrieben werden. Hinsichtlich spezifischer Politikfelder gibt es leichte Unterschiede zwischen Ost und West, insbesondere mit Blick auf die Veränderungsbereitschaft bei den Themen Verteidigung und Migration sowie hinsichtlich der wahrgenommenen Veränderungsgeschwindigkeit bei den Themen Klima und Wirtschaft.

3. Transformationserfahrungen prägen die Veränderungsbereitschaft

Wer aufgrund gesellschaftlicher Veränderungen negative Erfahrungen bei sich selbst, in seinem sozialen Umfeld oder bezogen auf Deutschland gesammelt hat, begegnet heutigen gesellschaftlichen Veränderungen mit größeren Vorbehalten und nimmt diese eher als Risiko denn als gesellschaftliche Chance wahr. Das gilt sowohl für Ost- als auch für Westdeutschland, wobei Ostdeutsche etwas häufiger als Westdeutsche von negativen Transformationserfahrungen berichten.

4. Veränderungsbereitschaft ist abhängig von individuellen Ressourcen

Personen mit einer hohen allgemeinen Veränderungsbereitschaft sind tendenziell ressourcenstärker. Sie verfügen im Durchschnitt über ein höheres Einkommen und ein höheres Bildungsniveau. Im Gegensatz dazu sind Personen, die Veränderungen eher kritisch gegenüberstehen, häufiger von geringeren Ressourcen geprägt. Zudem bewerten sie sowohl ihre persönliche als auch die wirtschaftliche Lage des Landes im Durchschnitt schlechter.

5. Bevölkerung nimmt große Veränderungen in vielen gesellschaftlichen Bereichen wahr

Die Bevölkerung nimmt nicht den einen veränderungsstarken Politikbereich wahr, sondern sieht in mehreren Bereichen größere Veränderungen. Am häufigsten werden die Bereiche Verteidigung bzw. äußere Sicherheit (22 Prozent), Zuwanderung (19 Prozent) und Wirtschaft (15 Prozent) genannt.

6. Allgemeine Veränderungsbereitschaft als Grunddisposition für Offenheit für Veränderungen in Politikfeldern

Wie die Bevölkerung zu Veränderungen in den verschiedenen Bereichen wie Migration, Klima, Wirtschaft und Digitalisierung steht, hängt von ihrer allgemeinen Veränderungsbereitschaft ab. Darüber hinaus wird diese spezifische Veränderungsbereitschaft in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen jedoch auch von weiteren Faktoren wie politikfeldspezifischen Einstellungen, politischer Ideologie und persönlichen Resourcen beeinflusst.

7. Alter prägt Veränderungsbereitschaft bei Digitalisierung und Verteidigung

In den beiden Veränderungsbereichen Digitalisierung und Verteidigung sind die Perspektiven und die Veränderungsbereitschaft durch das Alter geprägt: Jüngere Menschen stehen der Digitalisierung deutlich offener gegenüber, empfinden das Tempo als zu langsam und bringen digitalen Technologien mehr Vertrauen entgegen als ältere Personen, die sich mit den technologischen Veränderungen noch vertraut machen müssen. Im Gegensatz dazu stehen ältere Menschen den Veränderungen im Bereich Verteidigung deutlich offener gegenüber als jüngere Menschen. Die höhere Skepsis der Jüngeren und ihre verstärkte Ablehnung, u. a. der Wehrpflicht, kann mit der potenziellen persönlichen Betroffenheit durch militärisches Engagement erklärt werden.

8. Polarisierung bei Klima und Migration

Die Veränderungsbereitschaft in den Bereichen Klima und Migration hängt stark von den politischen und ideologischen Einstellungen ab. Diese sind wesentlich durch die politische Selbstverortung und Parteianhängerschaft geprägt und stark polarisiert.

Literatur

- Bergmann, K.; Diermeier, M. (2024): Transformationspolitik. Bielefeld, Germany: transcript Verlag.
- Bernerth, J. B.; Walker, H. J.; Harris, S. G. (2011): Change fatigue: Development and initial validation of a new measure. In: *Work & Stress* 25 (4), S. 321–337.
- Canzler, W. (2025): Verkehrswende: Mehr als nur ein Antrieb. In: Schroeder, W.; Ranft, F. (Hg.): Varianzen der Transformation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 113–122.
- Cook, J.; Oreskes, N.; Doran, P. T.; Anderegg, W. R. L.; Verheggen, B.; Maibach, E. W. et al. (2016): Consensus on consensus: a synthesis of consensus estimates on human-caused global warming. In: *Environ. Res. Lett.* 11 (4), S. 48002.
- DFA Digital für alle gGmbH (2025): Studie zur digitalen Teilhabe. Berlin. Online verfügbar unter <https://digitaltag.eu/studie>, zuletzt geprüft am 22.07.2025.
- Europäische Kommission (2022): Index für die digitale Wirtschaft 2022: Deutschland im Mittelfeld. Online verfügbar unter https://germany.representation.ec.europa.eu/news/index-fur-die-digitale-wirtschaft-2022-deutschland-im-mittelfeld-2022-07-28_de, zuletzt geprüft am 03.07.2025.
- Fratzscher, M. (2024): Warum sich Deutschland nicht verändern will, In: ZEIT online, 6.12.2024. Online verfügbar unter: <https://www.zeit.de/wirtschaft/2024-12/krisenmanagement-deutschland-veraenderung-angst-sorge/>, zuletzt geprüft am 15.07.2025.
- Graf, T. (2025): Zwischen Kriegsangst und Kriegstauglichkeit. Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild in der Bundesrepublik Deutschland 2024. ZMSBw-Forschungsbericht 137.
- Harfst, P.; Franzmann, S. T.; Kühnel, S. M.; Fitzpatrick, S. A.; Krug, L.; Hartmann, J. et al. (2024): Niedersächsischer Demokratie-Monitor 2023. Göttingen: Göttingen University Press.
- Heide, J. (2025): Mediale Trigger. Emotionen und Argumente in deutschen Pressekommentaren. In: Zeitschrift für Soziologie 54 (2), S. 238–256.
- Hebenstreit, J.; Holtmann, E.; Jaeck, T.; Pollak, R.; Reiser, M.; Zissel, P. (2025): Deutschland-Monitor 2024. Gesellschaftliche und politische Einstellungen Themenschwerpunkt: In welcher Gesellschaft wollen wir leben? Berlin, Halle (Saale), Jena, Mannheim.
- Koltermann, J. (2025): Paradoxon des Missmuts. In: FAZ vom 08.07.2025, S. 9.
- Lang, F. R.; Lessenich, S.; Rothermund, K. (2022): Altern als Zukunft – eine Studie der Volkswagenstiftung. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Lettrari, A. (2019): Wendekinder und Transformationskompetenz. In: *Journal für politische Bildung* 9 (4), S. 32–37.
- Lythreatis, S.; Singh, S. K.; El-Kassar, A.-N. (2022): The digital divide: A review and future research agenda. In: *Technological Forecasting and Social Change* 175, S. 121359.
- Mau, S.; Lux, T.; Westheuser, L. (2023): Triggerpunkte. Konsens und Konflikt in der Gegenwartsgesellschaft. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, S. (2024): Ungleich vereint: Warum der Osten anders bleibt. Berlin: Suhrkamp.
- Mau, S. (2022): „Die Welt ist bunter, als meist angenommen“: Ein Gespräch mit Steffen Mau über Polarisierungsunternehmer, Veränderungser schöpfung und gesellschaftliche Gewöhnungsprozesse. Soziopolis: Gesellschaft beobachten.
- Ragnitz, J. (2025): Ostdeutsche Strukturbruch-Erfahrungen als Transformationsbremse. In: Schroeder, W.; Ranft, F. (Hg.): Varianzen der Transformation. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 19–28.
- Rheingold Institut (2021): Grundlagenstudie zum Stimungs- und Zukunftsbild in Deutschland, 17.10.2021.
- Reiser, M.; Rinne, J.; Vogel, L. (2025): Eigentumskonflikte: Konsens und Polarisierung in vergleichender Perspektive. Im Erscheinen.
- Silbereisen, R. K.; Pinquart, M. (2008): Sozialer Wandel und individuelle Entwicklung. In: Dies. (Hg.), Individuum und sozialer Wandel. Weinheim und München: Juventa, S. 7–36.
- Störk-Biber, C.; Hampel, J.; Kropp, C.; Zwick, M. (2020): Wahrnehmung von Technik und Digitalisierung in Deutschland und Europa: Befunde aus dem TechnikRadar. In: HMD 57 (1), S. 21–32.
- Teney, C.; Pietrantuono, G.; Wolfram, T. (2024): What polarizes citizens? An explorative analysis of 817 attitudinal items from a non-random online panel in Germany. In: PLOS. One 19 (5).

Autorinnen und Autoren

Helene Franke, M. A.

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Prof. Dr. Everhard Holtmann

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Dipl.-Soz. Tobias Jaeck

Zentrum für Sozialforschung Halle (ZSH) an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Prof. Dr. Reinhard Pollak

Institut für Soziologie an der Universität Mannheim und Gesis – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Abteilungsleiter Data and Research on Society

Prof. Dr. Marion Reiser

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Dr. Matthias Sand

GESIS – Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften, Survey Design and Methodology

Pierre Zissel, M. A.

Institut für Politikwissenschaft und Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration (KomRex) an der Friedrich-Schiller-Universität Jena

